



„So wirst du leben.“ (Lk 10,28)

Europa in Solidarität –
Evangelische Impulse



Evangelische Kirche
in Deutschland

Liebe Leserinnen und Leser,

die Synode hat sich für ihre dritte Tagung viel vorgenommen. Jeder sieht, dass es Europa nicht gut geht. „Europa steht am Scheideweg“, hat es der Rat der EKD anlässlich seines Besuchs in Brüssel im April dieses Jahres auf den Punkt gebracht. Die Länder der Europäischen Union und ihre Bürgerinnen und Bürger müssen sich entscheiden: Wollen sie eine gemeinsame Zukunft suchen und gestalten – oder soll Eigennutz vor Gemeinschaft gehen und Identität vor Integration?

Die Synode wird sich mit der Frage befassen, was es für ein gestärktes, solidarisches und weltoffenes Europa braucht und welchen Beitrag die Kirchen dazu leisten können. Als biblisches Motto steht über der Tagung der Synode eine Formulierung aus dem Lukasevangelium: „So wirst du leben“ (vgl. Lukas 10,28). In ihrer schillernden Offenheit, je nachdem wie man betont: „So (oder so oder noch anders) wirst du leben; ihr habt eine Wahl.“ – oder: „... so wirst du leben; so hat Europa eine Chance.“ Denn das ist es, worum es bei der Diskussion um die Zukunft Europas im Kern geht: um die Frage: „Wie wollen wir leben?“

Die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, sind „die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ So steht es in Artikel 1a des Vertrages von Lissabon, der als Verfassung der EU gilt. Das sind Werte, die sich auch der Gestaltungskraft des Christentums verdanken und über deren Geltung bislang ein großer Konsens bestand – auch unter Menschen anderer Weltanschauung. Aber ob diese Werte weiter als unveräußerliche Grundlage des Zusammenlebens anerkannt werden, ist gegenwärtig nicht ausgemacht. In manchen europäischen Staaten wird mit starker Unterstützung der Bevölkerung ihre Geltung in Frage gestellt. Und auch die Kirchen sind in grundlegenden Fragen europäischer Solidarität uneins.

Wie also sollen neue Formen des Zusammenlebens entwickelt werden? Denn die wachsenden sozialen Ungleichheiten, die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich gefährden den Zusammenhalt ernsthaft. Dagegen hat der Rat der EKD in Brüssel klar formuliert: „Die EKD setzt auf die kulturellen, ethischen und sozialen Ressourcen Europas und seine ökonomische Kraft. Dem europäischen und dem christlichen Geist entspricht es, sich über Grenzen hinaus selbstbewusst zu öffnen. Als EKD engagieren wir uns deshalb für ein Europa der veröhnten Verschiedenheit, das sich seiner weltweiten Verantwortung stellt.“

Das Motto „So wirst du leben“ ist auch die Frage an uns, ob wir so leben wollen, wie wir leben. Die Unsicherheit, die durch terroristische Anschläge, durch Bürgerkriege in unserer Nachbarschaft, durch die Zumutungen der Zuwanderung, ja auch durch die immer wieder aufflammende Finanzkrise bewirkt wird, löst Ängste aus, die wir Christen nicht dadurch verstärken wollen, dass wir ihnen nachgeben.

Mit diesem höchst komplexen Feld von Themen und Fragen hat sich der Vorbereitungsausschuss unter der Leitung des Historikers Matthias Rogg und der Theologin Anne Gidion auseinandergesetzt. Er hat die Rolle der Kirchen reflektiert, aber auch ihre Aufgaben und Möglichkeiten, ein solidarisches Europa zu fördern – mit dem Ziel, das Phänomen „Europa“ für die Debatten unserer Tagung handhabbar zu machen. Dafür sei ihm auch an dieser Stelle ganz herzlich gedankt. Einen Einblick in die Überlegungen und Diskussionen des Ausschusses geben die Beiträge in diesem Booklet, das Sie auf den Schwerpunkttag in Magdeburg einstimmen soll. Da finden Sie Grundsätzliches und Erfahrungen aus Europa, europäische Projekte und Gedanken aus den kirchlichen Zusammenschlüssen in Europa, Blicke von außen und von innen auf die Chancen Europas.

Die Synode widmet sich dem Thema Europa nur wenige Tage, nachdem in Genf der „Europäische Stationenweg“ eröffnet wurde. Er führt bis Mai 2017 quer durch Europa nach Wittenberg. An 67 Orten soll neu bewusst werden, wie stark die Reformation das Miteinander Europas geprägt und verändert hat.

Wie wichtig der Beitrag der Kirchen zu einer friedlichen, zukunfts zugewandten und solidarischen Gesellschaft ist, konnte man Anfang August in der Wochenzeitung „Die Zeit“ lesen. Mehrere Beiträge darin befassten sich mit der Zukunft der Demokratie. Die Journalistin Sabine Rückert rief in zehn Punkten dazu auf, aktiv zu werden, um die Demokratie zu stärken. Ihr zehnter Punkt ist: „Ich trete in die Kirche ein oder in eine aufgeklärte Glaubensgemeinschaft anderer Religionen, auch als Agnostiker. Diese Gemeinschaften halten die Gesellschaft zusammen, sie lehren die Tugenden des Umgangs: Höflichkeit, Freundlichkeit, Herzlichkeit. Sie bewahren mich vor dem Irrweg, alles besser zu wissen.“

Ich wünsche Ihnen eine interessante Reise durch die Informationen dieses Booklets, die vor allem eines klar machen: Es lohnt sich für diese Zukunft in Europa zu streiten.

Ihre



Dr. Irmgard Schwaetzer

Präses der Synode der EKD

Inhaltsverzeichnis

8 Der Europäische Stationenweg

9 I – Europa: Worum es geht

10 Europa eine Seele geben – mit Herz, Verstand und Händen

16 „So wirst du leben.“

Biblische Narration zu Lukas 10,25–37

22 II – Grundsätzliches

24 Europäische Ökumene. Historische Erfahrung und evangelischer Auftrag

35 Blick aus Schweden

36 Fünf Reden für Europa

44 Die Spur der Solidarität. Wegmarken in EKD-Texten

50 III – Europa in Aktion

52 „Man darf sich von solchen Rückschlägen nicht entmutigen lassen!“

Interview mit Gunther Krichbaum, MdB

59 Blick aus Griechenland

61 „Die in Brüssel“ oder wir in Europa?

Gedanken zur europäischen Zivilgesellschaft

67 „Miteinander für Europa“

Wie sich ein christliches Netzwerk für die europäische Einigung einsetzt

71 Pilgern für die Schöpfung

Der Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit

75 Blick aus Polen

76 Was hält Europa zusammen?

Erfahrungen Jugendlicher im freiwilligen sozialen Jahr

82 IV – Europa aus der Sicht des Glaubens

84 Was bedeutet Europa?

Statements von Vertretern der Religionsgemeinschaften

92 Im Dialog mit Europa

Der kirchliche Öffentlichkeitsauftrag auf europäischer Ebene

100 „Komm herüber und hilf uns!“

Das Reformationsjubiläum 2017 in Europa

107 Blick aus Finnland

108 Die evangelischen Kirchen und Europa

119 Blick aus Portugal

120 Frieden. Ein Beitrag der COMECE

121 Bescheidenheit. Ein offener Brief der KEK

122 V – Außen- und Innenansichten

124 „Wenn man Europa liebt, darf man auch zornig sein!“

Interview mit Heribert Prantl

133 Blick aus England

134 Feindbild und Vorbild

Ein kritischer Blick auf Europa

140 „Wir haben den richtigen Zeitpunkt verpasst!“

Interview mit Doris Peschke, CCME

144 „Ich dachte, Europa ist ein Paradies“

146 Europa mit Humor

148 Blick aus Malta

149 Eine unbescheidene Vision für Europa

155 Anhang

Die Europäische Union (Karte) / Europa: Definition / Die Entwicklung der EU / Die Organe der EU / Die Rechtsquellen der EU / Wesentliche Gebote und Prinzipien der EU / Der Binnenmarkt / Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts / Die Unionsbürgerschaft / Instrumente der Partizipation / Kirchliche Organisationen in Europa

Der Europäische Stationenweg

Ein Band eint Europa



Wenige historische Ereignisse haben europaweit so viel verändert wie die Reformation. Das gesellschaftliche Erdbeben, das vor 500 Jahren von Wittenberg, Zürich, Genf und vielen anderen Orten ausging, hat das Miteinander Europas verändert. Von Europa aus strahlte diese Bewegung auf andere Kontinente, prägte Kulturen und Regionen.

Vom 3. November 2016 an knüpft der Europäische Stationenweg ein Band durch Europa. Im Mai 2017 kommt dieser Weg in Mitteldeutschland an und mündet in Wittenberg in die „Tore der Freiheit – Weltausstellung Reformation“. Städte in den Niederlanden und in Ungarn, in Slowenien und Irland werden ebenso angefahren wie Worms, Speyer, Augsburg und Eisenach, Wuppertal und Augsburg.

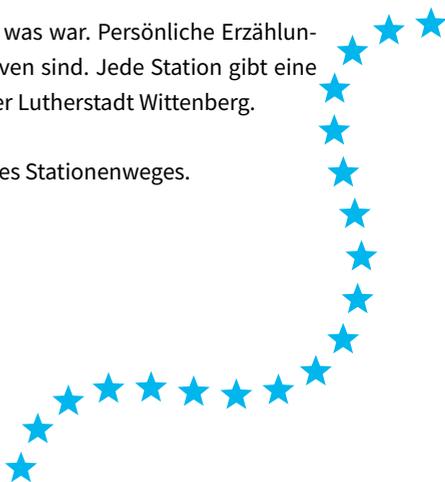
36 Stunden lang wird jeweils Station gemacht: Regionale und ökumenische Partner laden zu einem Fest mit zahlreichen Veranstaltungen ein, um lokale Beziehungen zur Geschichte der Reformation aufzudecken.

Durch überraschende Inszenierungen wird lebendig, was war. Persönliche Erzählungen bezeugen, wie aktuell reformatorische Perspektiven sind. Jede Station gibt eine Erinnerung mit zur Weltausstellung Reformation in der Lutherstadt Wittenberg.

Im vorliegenden Heft dokumentieren wir die Städte des Stationenweges.

 r2017.org/europaeischer-stationenweg/

 **Europäischer Stationenweg
November 2016 – Mai 2017**



The background of the image is the European Union flag, featuring a blue field with twelve yellow five-pointed stars arranged in a circle. A large white circle is superimposed in the center of the image.

I

Europa: Worum es geht

Europa eine Seele geben – mit Herz, Verstand und Händen

von Anne Gidion und Matthias Rogg

Europa eine Seele geben ...

Wenn heute von Europa geredet wird, dann meist im Zusammenhang von ungelösten Herausforderungen und Krisen. Die Zahl der unbearbeiteten Großbaustellen ist kaum noch zu überschauen: Euro- und Finanzkrise, erst drohender Grexit, dann beschlossener Brexit, Vertrauensverlust in die proeuropäischen Parteien der Mitte, zunehmender Rechtspopulismus und Nationalismus, ein hilfloses Agieren Europas als internationaler Akteur, offener Streit der Mitgliedstaaten über den Umgang mit Flüchtlingen und nicht zuletzt die Brüsseler Bürokratie. Die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung bei den zurückliegenden Europawahlen und der sprunghafte Anstieg bei den euroskeptischen Parteien verstärken das Bild von Europa in einer tiefen Krise.

Dabei sind Krisen für Europa nicht neu. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war der Weg zu einem geeinten Europa steinig und kurvenreich, aber er war auch von Enthusiasmus und von Visionen begleitet – und von vielen Erfolgen, die in der Rückschau verblasst sind. Zu den größten Herausforderungen zählten bis vor Kurzem die Neuorientierung Europas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, die Umsetzung des Maastricht-Vertrages, die Integration neuer Mitglieder und das alles im Angesicht eines blutigen Bürgerkriegs auf dem Balkan, mitten in Europa.

In diesem Prozess der Ungewissheiten und offenen Fragen versuchte der damalige Kommissionspräsident Jaques Delors einen Impuls zu setzen, als er im Februar 1992 vor der Konferenz Europäischer Kirchen leidenschaftlich für ein spirituell erneuertes Europa warb, um „Europa eine Seele zu geben“ (Redeauszug s. S. 39). In diesem öffentlich geführten Diskurs sah Delors die Kirchen in einer besonderen Verantwortung, „sich aktiv zu beteiligen“. Sie waren gefragt als wichtige Stimme der europäischen Idee: der Sehnsucht nach Frieden, des Wunschs nach gemeinsamer Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger, der Verpflichtung zu Solidarität und des Bewusstseins, dass Großes nur mit gemeinsamer Tatkraft erreicht werden kann.

... mit Herz und Verstand

Fast ein Vierteljahrhundert später ist diese Verpflichtung aktueller denn je. Gerade weil Europa Gemeinschaftsaufgabe und ständiger Gestaltungsprozess ist, sind die Religionen und die Kirchen in besonderem Maße gefordert.

Europa braucht eine Seele, unbedingt, aber es braucht auch Herz und Verstand: ein Herz, das mutig ist, kraftvoll und zuverlässig einen Rhythmus vorgibt und nicht aufhört, neue Ideen und Impulse in den ständigen Kreislauf der Diskussionen und Debatten zu pumpen, und einen Verstand, der klarmacht, dass es nicht zuletzt die logischen und pragmatischen Gründe sind, die für und nicht gegen Europa sprechen. Selbst wenn es möglich wäre, es wäre töricht, die Zeit zurückzudrehen. Ohne Europa geht es nicht, mit Europa geht es besser. Die größten Herausforderungen erfordern gemeinsames Handeln. Große Themen wie Frieden, Gerechtigkeit, Umwelt und Klima können offenkundig nur über die Landesgrenzen hinweg wenn nicht gelöst, so doch in Angriff genommen werden. Weil es alle angeht, sind alle gefordert. In der Verantwortung für eine friedlichere, gerechtere und solidarischere Welt müssen sich die Kirchen, und damit auch die Evangelische Kirche in Deutschland, zu Europa verhalten. Was ist der eigene Beitrag und die genuin evangelische Stimme? Europa braucht eine Seele, mehr denn je, mit Herz und Verstand!

Europa in Solidarität – evangelische Impulse

Das Präsidium der Synode der EKD entschloss sich früh, dem Thema „Europa“ mit einem Themenschwerpunkt breiten Raum zu geben und dafür einen Vorbereitungsausschuss aus Synodalen und Experten zu berufen. Dieser Ausschuss hat nun das Thema fast ein halbes Jahr engagiert, auch strittig, aber am Ende mit großem Gewinn zunächst einmal für die am Prozess Beteiligten aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.



Bild links: Vor dem Haupteingang des Europäischen Parlaments in Straßburg steht die Bronzestatue „Europe a coeur“ der Bildhauerin Ludmila Tcherina. Sie symbolisiert das vereinte Europa.

Beim Vermessen des Themenfeldes und nach den ersten Diskussionen wurde schnell klar, dass die Größe und Komplexität möglichst einfache und klare Strukturen als Grundlage für eine synodale Debatte erfordern. Der Ausschuss hat nach einem Narrativ, einer sinngebenden Erzählung gesucht, die eine Grundlage und einen Zugang für die Diskussionen auf der Synode geben kann. Dieses Narrativ sollte biblisch, bekannt und zugänglich sein – und doch vielschichtig genug, um es für die Herausforderungen heute neu auszulegen. Zugleich soll es anschlussfähig sein für die Diskussionen außerhalb der Synode, in den Landeskirchen, kirchlichen Gremien und Gemeinden, in Gesellschaft, Politik und Medien.

Früh kam dabei das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter (Lukas 10, 25–37) in den Blick. Es erhält viele Facetten des großen Themas Solidarität – nicht umsonst wird es häufig als biblische Begründung des diakonischen Auftrags der Kirchen genannt. Zugleich steckt die Erzählung voller politischer, ethischer und religiöser Pointen für eine Diskussion um evangelische Beiträge in einem Europa in Solidarität. Der Samariter bewegt sich außerhalb seines eigenen religiösen Kontextes. In der Fremde wird er zum Nächsten. Er handelt selbst und kann auch delegieren. Daraus lässt sich für Europa heute herauslesen: Verantwortliches Handeln muss sich lösen von den engen Grenzen religiöser, nationaler, ethnischer oder sozialer Gruppen. Die hier gezeigte Nächstenliebe ist pragmatisch und gut, denn sie ist der Schlüssel für ein kluges und verantwortliches Miteinander: mit Seele, Herz und Verstand und einem nüchternen Blick für die Konsequenzen. Und diese Liebe ist mehr: In so verstandener, grenzen- und bedingungsloser Nächstenliebe zeigt sich, wie Gott Menschen liebt. Und wie Menschen einander lieben können und sollen.

Der Schriftgelehrte aus der Rahmengeschichte will seine Zuständigkeiten begrenzen, indem er nach seinem Nächsten fragt. Und Jesus antwortet mit der Erzählung vom Barmherzigen Samariter: Wer unser Nächster ist? Das wirst du schon sehen, wenn du mit offenen Augen die Straße entlang gehst. Jesus grenzt nicht ein und beschreibt Zuständigkeiten, sondern er spielt den Ball zurück. Das ist nicht nur radikal, es ist vor allem eine Herausforderung und Aufforderung für den Fragenden und alle, die sich

Europäischer Stationenweg



Genf 03.+ 04.11.2016

In der Schweizer Stadt wurden im Jahr 1536 die Reformation und die unabhängige Republik Genf ausgerufen. Heute ist sie Sitz vieler internationaler Organisationen, darunter auch des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Lutherischen Weltbundes.

Lausanne 06.11.2016

Die Stadt liegt in der französischsprachigen Schweiz (Romandie), am Genfer See, und gehört zu den größten Gemeinden der Schweiz. Mit Einführung der Reformation verlor Lausanne seinen Status als Bischofssitz.

Neuchâtel 09.11.2016

Die Stadt mit dem deutschen Namen Neuenburg gehört zum französischsprachigen Teil der Schweiz. 1530 brachte der von Bern geschickte Reformator Guillaume Farel die Reformation in die meisten Gemeinden der Grafschaft.

Basel 12.11.2016

In der Stadt im Dreiländereck Schweiz/Frankreich/Deutschland wurde der Humanist Erasmus zum Wegbereiter der Reformation: 1516 erschien das Neue Testament in der Ursprache im Druck. Mit Johannes Oekolampad, dem Mitarbeiter des Erasmus, setzte sich die Reformation 1529 durch.

Villach 15.11.2016

Nachdem um 1526 die Reformation Einzug gehalten hatte, wurde Villach zum Kärntener Zentrum des Protestantismus. Während der Gegenreformation um 1600 sind viele evangelische Villacher ausgewandert, was zum zeitweiligen wirtschaftlichen Niedergang der Stadt beitrug.

Graz 17.11.2016

Die Landeshauptstadt der Steiermark wurde Mitte des 16. Jahrhunderts zu weiten Teilen evangelisch. Unter Ferdinand II. begann die wesentlich von den Jesuiten unterstützte Gegenreformation. 1598 wurden die Prädikanten aus Graz vertrieben.

angesprochen fühlen: „Tu das, so wirst du leben.“ So gelesen und auf Europa heute bezogen sind evangelische Christenmenschen mit aller Kraft gefordert. Es geht darum, der Verantwortung gerecht zu werden im solidarischen Handeln – ganz gleich, ob es um Lastenausgleich in Europa geht oder darum, geflüchteten Menschen zu helfen. Es gilt, vor der zunehmenden Gewalt nicht zu verzagen, sondern ihr mutig und aktiv entgegenzutreten – ganz gleich, ob es sich um die verbale Gewalt von Nationalisten und Rechtspopulisten oder die offene Gewalt von verbrecherischen Schleusern oder Kriegstreibern geht. Es geht darum, vor der ungerechten Verteilung existentiell notwendiger Ressourcen nicht die Augen zu verschließen, sondern nach Lösungen zu suchen.

Bei den Vorlagen für die Synode steht dabei Europa im Zentrum – mit klarem Blick für das Handeln Europas in der Einen Welt.

Evangelische Impulse sollen dazu Anstöße liefern und Debatten auslösen. Das Thema ist groß und die Herausforderungen sind es auch. Worte werden nicht reichen. Haltung ist gefragt und Handeln auch: denn Europa braucht eine Seele, mit Herz, Verstand und Händen.



Anne Gidion

*Anne Gidion ist Pastorin im Gottesdienstinstitut der Nordkirche.
Sie ist Mitglied der 12. Synode der EKD.*



Matthias Rogg

*Der Historiker Prof. Dr. Matthias Rogg ist Direktor des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr.
Er ist Mitglied der 12. Synode der EKD.*



»Für wen bin ich zur
Hilfe verpflichtet?«

»Wer wird mir zum
Nächsten?«

„So wirst du leben.“

Biblische Narration zu Lukas 10,25–37

von Gabriele Hoerschelmann

Die Menschheit lässt sich nicht nur in Frauen und Männer, Junge und Alte, Langschläfer und Frühaufsteher oder Befürworter und Gegner unterteilen, sondern vor allem in eine unübersehbare Vielzahl verschiedener Kulturen und damit verbundener Weltbilder und Überzeugungen. Sie alle sind in dieser Gruppe, die sich so einfach „Mensch“ nennt, vertreten. Es ist eine schier unerschöpfliche Vielfalt. Wie schwierig es sein kann, in dieser Vielfalt miteinander zu leben, wissen wir nur zu gut. Immer dann, wenn wir nicht uns selbst meinen, reden wir vom „Anderen“ oder vom „Fremden“, im besten Fall noch vom „Gegenüber“. Während die Fremden den einen schlicht Angst machen, lassen sich andere auch gerne faszinieren. In beiden Fällen liegt jedoch die Erkenntnis zugrunde, dass Fremde so ganz anders sind und zuweilen schwer zu verstehen. Fremde fordern uns heraus – und zwar im Kern unserer Identität. Wer sind wir im Angesicht von Fremden? Wo liegen Grenzen? Wer gehört zu uns? Und wer nicht? Wie geht man miteinander um? Was und wie viel soll man für andere tun? Muss man, kann man überhaupt mit allen solidarisch sein? Und was passiert dann mit uns selber? Kommen wir am Ende nicht zu kurz?

Die Erzählung von dem Reisenden aus Samaria, der auf fremdem Gebiet unterwegs ist und dort auf dem felsigen Weg zwischen Jericho und Jerusalem einen Verletzten am Boden liegen sieht, wurde von vielen Menschheitsgenerationen im Lichte dieser Fragen betrachtet. Sie wurde zu einer Geschichte, die als wegweisend für das christliche Menschenbild gilt und die durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder eindrücklich zur Hilfe und zum Beistand für Menschen in Not aufgefordert hat. Es ist aber auch eine Geschichte, die Menschen fremder Herkunft thematisiert und gleichzeitig mit der Frage nach einem angemessenen, gottgefälligen Verhalten angesichts von Ungerechtigkeit und Gewalt verbindet. Es ist eine Geschichte, die Gottes Vision von einer solidarischen Menschenfamilie in einer Welt widerspiegelt, die das Leben und das Wohl des Anderen im Blick hat.

„Was muss ich tun, dass ich das ewige Leben ererbe?“, fragt ein Schriftgelehrter Jesus. Dieser wiederum antwortet, wie Lehrer es gerne tun, und fragt zurück, um an das eigene Wissen des Schriftgelehrten anzuknüpfen: *„Was steht im Gesetz geschrieben?“* Die Antwort darauf ist einfach, denn das wusste damals jeder in Israel, insbesondere ein Schriftgelehrter. Denn die Worte, die nun folgen, sind jedem von Kindheit an ins Herz geschrieben und stehen täglich vor Augen: *„Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst.“* (Dtn. 5,6) *„Tu das, so wirst du leben“*, fügt Jesus noch hinzu. So einfach scheint sich die Frage aber in den Augen des Schriftgelehrten nicht beantworten zu lassen: *„Wer ist denn mein Nächster?“*, bohrt er weiter. Und Jesus führt aus: *„Es war ein Mensch, der ging von Jerusalem hinab nach Jericho und fiel unter die Räuber ...“*.

Was nun folgt, ist zunächst eine haarsträubende Räubergeschichte. Eine Erzählung, die beim Zuhörer erst Schrecken auslöst, dann Empörung und schließlich Unverständnis. Schrecken über das Ausmaß an Gewalt, die dem Reisenden widerfährt, Empörung über die Ignoranz der Vorbeikommenden und Unverständnis über die zweimalig unterlassene Hilfeleistung. Eine Situation, die man nicht nur damals, sondern auch heute nur zu gut kennt. Da wird ein Mann auf einem U-Bahnsteig morgens im



Bild links: Hilfe für Obdachlose in Berlin: Mitarbeiter des Kältebusses der Berliner Stadtmission kümmern sich um Obdachlose.

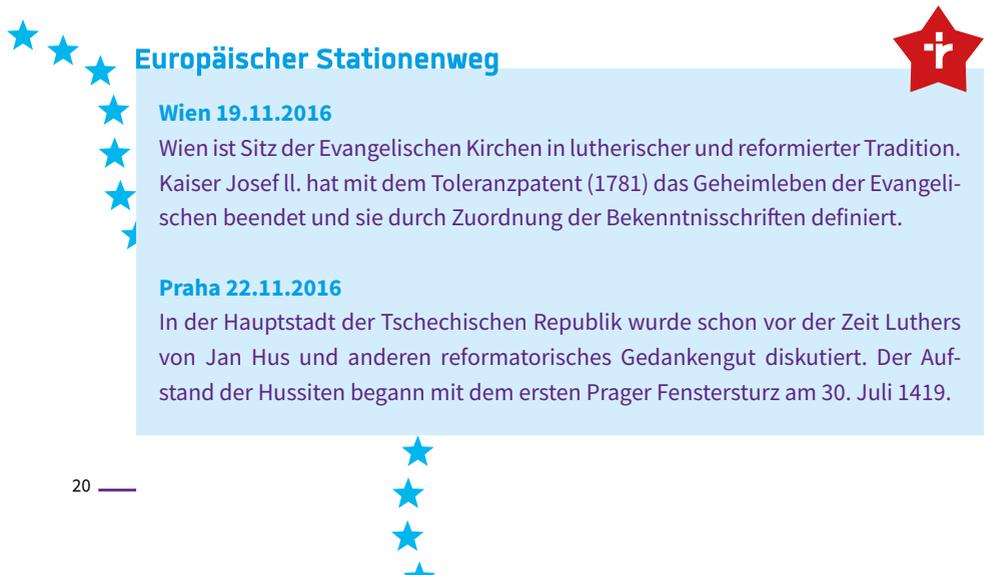
Berufsverkehr angepöbelt und zusammengeschlagen, da werden nachts, wenn alle schlafen, Flüchtlingsunterkünfte angezündet, da werden Frauen in einer fröhlichen Silvesternacht eingekesselt und bedrängt. Menschen in Paris, Syrien, Istanbul, Brüssel, Dakkhar, Orlando, Nizza, Ansbach, Menschen in einem Café, in einem Konzert und auf der Straße fallen Bombenattentätern zum Opfer. Schrecken, Empörung und blankes Unverständnis auf allen Seiten. Wie soll man mit dieser Form der Gewalt umgehen? Wie kann man ihr Einhalt gebieten?

Aber auch wenn man, damals wie heute, vom Priester und Leviten eine andere Reaktion erwartet hätte, wird sich beim einen oder anderen auch Verständnis für das Verhalten der beiden Vorübergehenden regen: Was passiert mit mir, wenn ich hier eingreife? Wer kann mit Sicherheit sagen, dass die Täter nicht noch in der Nähe sind und ich plötzlich selbst zum Opfer werde? Vielleicht war damals und ist heute auch eine Portion Unsicherheit und Überforderung dabei: Wie kann man jemandem helfen, der so zusammengeschlagen wurde? Wie tut man das Richtige? Woher nehme ich den Mut dazu? Möglicherweise ist es aber auch eine Art Selbstschutz, die Not des Anderen nicht an sich heranzulassen, sondern lieber weiterzugehen und dabei beflissentlich in eine andere Richtung zu schauen. Wäre es heute nicht auch das Einfachste, die Grenzen zuzumachen und die Probleme damit gar nicht erst nach Europa, ins Land und damit in das eigene Leben zu lassen? Wir können doch nicht für alle verantwortlich sein. Oder ganz elementar: Wer ist unser Nächster?

Schauen wir zurück auf die Erzählung: „*Ein Samariter aber, der auf der Reise war, kam dahin; und als er ihn sah, jammerte er ihn*“ (Vers 33), heißt es dort weiter. Die Geschichte bearbeitet nun die Frage „*Wer ist mein Nächster?*“ auf zweifache Weise: Aus der Sicht des Helfenden lautet sie: „*Für wen bin ich zur Hilfe verpflichtet?*“ Aus der Sicht des Opfers dagegen: „*Wer wird mir zum Nächsten?*“ Dabei wird deutlich, dass nur die Person zum Nächsten werden kann, die konkret hilft, die die Not des Opfers nicht nur sieht und weitergeht, sondern auch im Herzen wahrnimmt und schließlich entsprechend handelt. Am Beispiel des Samariters wird deutlich, dass für „den Nächsten“ weder die Grenzen der Nationalität noch die der Religionszugehörigkeit relevant sind. Ganz im

Gegenteil – sie werden sogar aktiv überschritten. Der Samariter hat keine innerhalb seiner ethnischen Gruppe vorgegebene Verpflichtung an dem überfallenen Mann zu erfüllen. Die Hilfe eines Angehörigen dieser Volksgruppe wurde von den jüdischen Zuhörern dieser Geschichte wohl auch nicht ohne Weiteres erwartet. Dennoch hilft er. Damit kommen wir zur anfangs aufgeworfenen Frage nach den Grenzen der Hilfsbereitschaft zurück. Doch diese Erzählung des Lukasevangeliums führt uns in großen Schritten weit über jegliches Aushandeln von Grenzen hinweg.

Die christlichen Kirchen sind zwar für viele derjenigen, die in Europa nach Schutz suchen, Vertreter nicht nur einer anderen Religion, sondern gleichzeitig auch einer anderen Kultur. Dennoch sind wir von Jesus zur Solidarität mit Menschen in Not gerufen. Der Nächste ist die Person, die unabhängig von ihrer religiösen, ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit unmittelbar in Not ist. Hilfe in der Not kennt keine Grenzen und keine ethnischen oder nationalen Rahmenbedingungen. Es gibt im Konzept Jesu Christi keine näheren oder ferneren Nächsten. Aufgrund unseres christlichen Menschenbildes können wir also gar nicht anders, als uns solidarisch zu verhalten.



Europäischer Stationenweg

Wien 19.11.2016

Wien ist Sitz der Evangelischen Kirchen in lutherischer und reformierter Tradition. Kaiser Josef II. hat mit dem Toleranzpatent (1781) das Geheimleben der Evangelischen beendet und sie durch Zuordnung der Bekenntnisschriften definiert.

Praha 22.11.2016

In der Hauptstadt der Tschechischen Republik wurde schon vor der Zeit Luthers von Jan Hus und anderen reformatorisches Gedankengut diskutiert. Der Aufstand der Hussiten begann mit dem ersten Prager Fenstersturz am 30. Juli 1419.

„Tu das,
so wirst du leben.“

Was ist also zu tun? Auch diese Frage wird in der Erzählung in zwei Aspekten ausgeleuchtet. Der Samariter handelt zunächst sehr konkret, praktisch und direkt am Ort, an dem die Notlage entstanden ist: *„und er ging zu ihm, goss Öl und Wein auf seine Wunden und verband sie ihm, hob ihn auf sein Tier und brachte ihn in eine Herberge und pflegte ihn“* (Vers 34). Im Fortgang der Erzählung wird die weitere Hilfe jedoch delegiert. *„Hier hast du zwei Silbergroschen, Sorge für ihn.“* Der Wirt wird beauftragt, die Pflege für das Opfer gegen ausreichende Bezahlung fortzuführen. Die Verantwortung wird also auf mehrere Schultern verteilt. Es wird eine konzertierte Hilfsgemeinschaft gebildet, die so lange besteht, wie Hilfe in Anspruch genommen werden muss. Es kann und muss nicht alles von einer Person, einer Gruppe oder einem Land alleine geleistet werden. Die Hilfe muss auch nicht umsonst erbracht werden. Helfen kostet Geld. Dafür kommt in der Erzählung interessanterweise einer der Hilfeleistenden, nicht etwa der Hilfsbedürftige auf. Um der Not des Nächsten also gerecht zu werden und ihr wirkungsvoll begegnen zu können, bedarf es einer starken Solidargemeinschaft, die zusammensteht und die Versorgung der Notleidenden gemeinsam angeht – so wie sie auch im Herzen der europäischen Idee steckt.

Am Ende gibt es auf die vielen Fragen dann doch nur eine Antwort, in der – Gott sei Dank – eine Verheißung steckt: *„Tu das, so wirst du leben.“*



Gabriele Hoerschelmann

PfarrerIn Dr. Gabriele Hoerschelmann ist seit 2015 Direktorin von Mission EineWelt (MEW) und leitet dieses Zentrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern gemeinsam mit ihrem Mann Pfarrer Hanns Hoerschelmann. Sie ist Mitglied der 12. Synode der EKD.



II

Grundsätzliches

Europäische Ökumene

Historische Erfahrung und evangelischer Auftrag

von Paul Nolte

1. Der Kontinent Europa – ein flüssiger Gestaltungsraum

Im Schulatlas oder auf dem Satellitenbild der Erde zeigt Europa unverwechselbare Konturen: die iberische Halbinsel, der Stiefel Italiens, der Balkan im Süden; Skandinavien und die britischen Inseln im Norden und Westen. Die Konturen Europas bilden sich an der Grenze zwischen Festland und Wasser, mit Ozeanen und Binnenmeeren, mit Meerengen wie dem Kanal oder dem Bosphorus. Aber die Eindeutigkeit trägt und schon bei der Geographie des Kontinents kommt es auf die Perspektive an: Von Osten gesehen ist Europa eine vielgliedrige Halbinsel Asiens; von Süden betrachtet ein erweiterter Mittelmeerraum; vom Westen her eine nordatlantische Peripherie. In diesen unterschiedlichen Perspektiven spiegeln sich schon seit der Antike historische und kulturelle Traditionen, aber auch religiöse Prägungen wider, ebenso wie politische Deutungskämpfe um die Identität Europas, die im 20. Jahrhundert ideologische und oft gewaltsame Form angenommen haben.

Mit den Revolutionen von 1989 schienen diese Konflikte überwunden und die friedliche und demokratische Integration ganz Europas in naher Zukunft erreichbar. Doch im frühen 21. Jahrhundert zeigt der Blick auf die Karte Europas neue Bruchzonen, nicht selten an den Übergängen zwischen Land und Wasser. Ist das Mittelmeer Eingangstor oder Grenzwall Europas? Wie breit ist der Kanal – liegt Großbritannien in Europa oder im Atlantik? Und wohin zieht es die Türkei, deren Metropole Istanbul über den Bosphorus hinweg zwei Kontinente überspannt? Die Landmasse Europas ist ein flüssiger Gestaltungsraum, ein vielgliedriger Raum der Aushandlung von Konflikten und Identitäten, aber auch des Aufeinanderprallens von nationalen Interessen. Die Spannung zwischen Einheit und Vielfalt, zwischen dem Anspruch auf gemeinsame Werte und der Realität vielgestaltiger und oft kleinräumiger Differenzierung ist Teil des kulturellen Erbes Europas – und bleibendes Merkmal seiner gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsversuche. Die Menschen Europas sind aufgefordert, die Vielfalt und die Konflikte ihres Kontinents nicht zu leugnen, sondern menschenwürdig und solidarisch zu gestalten.

2. Die Gestaltungskraft des Christentums

Europa ist ohne die Gestaltungskraft des Christentums, die das Leben auf dem Kontinent seit dem Ausgang der Antike geformt hat, nicht vorstellbar. Die christliche Prägung Europas behauptete ihre Geltung über fast anderthalb Jahrtausende immer wieder gegen konkurrierende Weltdeutungen und Lebensformen: gegen die „Heiden“ in der frühmittelalterlichen Mission, gegen die Juden, obwohl das Christentum aus jüdischer Wurzel entstanden ist, gegen den Islam seit dem Mittelalter und in der Moderne zunehmend gegenüber säkularer Gesellschaft. Europa ist dies alles: christlicher Kontinent, Raum der multireligiösen Überlappungen und inzwischen eine der religionslosesten Zonen der Welt. Im frühen 21. Jahrhundert müssen sich nicht nur die Christinnen und Christen in Europa, sondern alle seine Bewohnerinnen und Bewohner den daraus resultierenden Spannungen stellen. Die besondere historische Bedeutung und fortwirkende Prägekraft des Christentums in Europa und für die europäische Kultur reicht in einem weiten Bogen von der Gestalt europäischer Städte bis zum Bildungssystem, vom Sozialstaat bis zu Individualismus und Demokratie, und der Protestantismus spielt dabei seit fünfhundert Jahren eine besondere Rolle.

Diese Geschichte wird durch eine nachlassende kulturelle Prägekraft des Christentums, durch wachsenden religiösen Pluralismus oder durch sinkende Kirchenmitgliedschaft nicht außer Kraft gesetzt. Aktuell bleibt das Erbe christlicher Hegemonie in Europa aber auch in anderer Weise: in der Erinnerung an gewaltsame Abgrenzung, an zivilisatorisch verbrämten Religionskrieg, an Pogrome und Vernichtung. Europa als das „christliche Abendland“: Das konnte ein hehres Versprechen sein und erwies sich doch immer wieder als ein Schlagwort in Kämpfen, deren Wunden noch nicht verheilt sind und deren Schuldenlast Christinnen und Christen bis heute tragen. Ein christliches Europa kann kein Europa mehr sein, das im Namen eines christlichen Abendlandes Grenzen errichtet; kein Europa, das Angst vor und Hass gegen andere Religionen und Kulturen schürt.

3. Europa – von christlicher Einheit zu religiösem Pluralismus

Die christliche Tradition hat Europa seit dem frühen Mittelalter geeint, aber auch bitter geteilt, und das keineswegs nur in religiöser Hinsicht. Die Trennung in westliches und östliches Christentum, in römische und orthodoxe Kirche, hat einen kulturellen und politischen Graben gezogen, der die Konflikte um die Zugehörigkeit zur politischen Integration Europas an der Nahtstelle der Europäischen Union nach Osten, seit dem Ende des Kalten Krieges sogar stärker bestimmt als davor. Die Reformation hat die Einheit der westlichen, der römischen, Kirche vor fünfhundert Jahren aufgelöst. Das bedeutete einen Verlust an Einheit, an Integration, an geteilten Überzeugungen und kulturellen Praktiken, im Glauben und darüber hinaus. Es bedeutete aber auch einen Gewinn an Pluralität, an Optionen, an Chancen für Freiheit und Individualismus und bildete eine wesentliche Voraussetzung für die beispiellose Dynamisierung Europas in der Neuzeit. Beide Perspektiven sollen im Jahr des Refomationsjubiläums 2017, das ein zentrales europäisches Erinnerungsjahr ist, zur Geltung kommen.

Religiös motivierte Gewalt zwischen den christlichen Konfessionen, zwischen Katholiken und Protestanten, hat weite Teile des Kontinents, zumal das deutschsprachige Mitteleuropa, im Dreißigjährigen Krieg des 17. Jahrhunderts verwüstet. Aber sogar im späten 20. Jahrhundert hat innerchristliche konfessionelle Gewalt, zum Beispiel im Nordirland-Konflikt, blutige Spuren in Europa hinterlassen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung erneuert sich der Auftrag zu christlicher Einheit in Toleranz, Pluralismus und Ökumene. Aber der Traum von der christlichen Einheit und Friedfertigkeit Europas kann sich schon lange nicht mehr in der Vorstellung eines christlichen Alleinvertretungsanspruchs erschöpfen, sondern weitet sich zu dem Anspruch auf Respekt aller religiösen und nichtreligiösen Kulturen Europas voreinander aus. Im demütigen Bewusstsein der Schuldverstrickung in der eigenen Gewaltgeschichte müssen Christinnen und Christen heute der religiösen und religiös verbrämten Gewalt entgegentreten.



*Solidarität erweist sich
– erst recht in den Krisen
und Herausforderungen –
als Eintreten der Starken
für die Schwachen.*

4. Protestantismus, Deutschland und Europa – ein schwieriges Erbe

Die evangelische Kirche und evangelische Christinnen und Christen haben, gerade in Deutschland, Anlass zu selbstkritischer Reflexion ihrer eigenen Geschichte seit der Reformation. Die Reformation war ein europäisches Ereignis, aber sie hat, nicht nur mit der konfessionellen Trennung, auch neue Grenzen gezogen. Im Bündnis der Reformation mit den Territorialstaaten, im landesherrlichen Kirchenregiment, in den protestantischen Staatskirchen, teils auch in seiner besonderen Obrigkeitstreue hat der Protestantismus, zumal in seiner lutherischen Prägung, politische Grenzen konstituiert und die nationale Staatenordnung Europas bis ins 20. Jahrhundert befestigt. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte die Symbiose von Protestantismus und Nationalismus nach. Den Abschied von einer nationalistischen Kultur und Staatsauffassung, die Öffnung zur europäischen Idee und zu einem neuen, supranationalen Universalismus mussten Evangelische oft mühsamer lernen als ihre katholischen Brüder und Schwestern.

Aber aus der Geschichte dieser Verengung und der bitteren Erfahrung ihrer Pervertierung im Nationalsozialismus erwachsen seit 1945 neue Kräfte zur Grenzüberschreitung, zur Überwindung des Nationalismus, zum Bewusstsein der Einheit in Vielfalt, zur europäischen Solidarität und zur Solidarität in der einen Welt. Dieser Übergang war kein Selbstläufer, sondern wurde in immer neuen Konflikten erstritten, in der akademischen Theologie ebenso wie in der sozialen Praxis der Kirchen und nicht zuletzt in den neuen sozialen Bewegungen, von denen der Protestantismus in Deutschland besonders profitierte – ebenso wie diese Bewegungen und eine neue, liberale und demokratische Kultur ohne evangelische Impulse nur schwer vorstellbar sind. Vor dem Hintergrund dieser eigenen, schwierigen Geschichte hat der Protestantismus heute die Chance, als Kraft des Zusammenhalts und der Solidarität zu wirken, ohne dabei staatliche Ordnungen geringzuschätzen, die Freiheit und Sicherheit garantieren können. Die Verbindung von evangelischem Geist und zivilgesellschaftlicher Demokratie erweist sich jedoch zuerst in der Solidarität über nationale und staatliche Grenzen hinweg, in der Zuwendung zu denen, die Freiheit und Sicherheit in Europa, in Deutschland, in unserer Nachbarschaft suchen.



*Die scheinbar größten
Triumphe, die gemeinsame
Währung und der offene Raum
des Schengen-Abkommens
haben nicht alle Mitgliedstaaten
überzeugt.*

5. Die Erweiterung eines freien Europas hin zur Europäischen Union – historische Erfahrung und Aufgabe

Seit der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft über große Teile des Kontinents ist Europa sicherer, friedlicher und in seiner politischen Verfassung demokratischer geworden. Das demokratische und pluralistische, das menschenrechtlich gesicherte und religiös freie Europa ist gewachsen: in den Umbrüchen von 1945, in der Demokratisierung Südeuropas in der Mitte der 1970er Jahre und erneut seit 1989 mit dem Fall der kommunistischen Diktaturen. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften durch die Römischen Verträge 1957 wurde der Grundstein für ein prosperierendes, friedliches und stabiles Europa gelegt, in dem zunächst durch die wirtschaftliche, aber auch die wissenschaftlich-technische Verflechtung zukünftige Kriege unmöglich gemacht werden sollten. Seitdem ist die europäische Integration räumlich erweitert und politisch vertieft worden – nicht selten mit der Vision eines europäischen demokratischen Bundesstaates, der Vereinigten Staaten von Europa.

Doch das Modell einer immer größeren und immer tieferen europäischen Einigung hat in den letzten zehn Jahren zahlreiche Rückschläge erlitten. Nationalismus und Populismus sind erstarkt und grenzen sich von der Idee eines integrierten und solidari-schen Europas ab. Die scheinbar größten Triumphe, die gemeinsame Währung und der offene Raum des Schengen-Abkommens, haben nicht alle Mitgliedstaaten überzeugt und erweisen sich als krisenanfällig. Die Freiheit der Märkte genügt nicht, um den inneren Zusammenhalt Europas zu gewährleisten. Mit dem britischen Referendum vom 23. Juni 2016 hat sich zum ersten Mal ein Mitgliedsland für den Austritt aus der EU entschieden. Wenige Wochen später hat der autoritäre Kurs der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch den Beitritt dieses Landes auf absehbare Zeit unwahrscheinlich gemacht. Das europäische Unionsmodell befindet sich in einer tiefen Krise.

Aus den historischen Erfahrungen von zweitausend Jahren und zumal des 20. Jahrhunderts bleibt der Zusammenhalt Europas, auch jenseits gescheiterter Träume von perfekter Harmonie, ein Anspruch, für den sich Christinnen und Christen ebenso stark machen sollten wie für das beharrliche Bemühen um eine Erweiterung der EU. Die Europäische Union als Gemeinschaft von 28 unabhängigen, demokratischen Staaten ist auch heute noch ein wesentlicher Garant für Frieden, Demokratie, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und Stabilität. Für zahlreiche Länder z. B. des westlichen Balkans wie Serbien, Montenegro, Albanien oder Mazedonien bleibt ein Beitritt in diese Gemeinschaft weiterhin ein höchst erstrebenswertes Ziel. Auch für die größeren Länder an der jetzigen Peripherie der EU wie die Ukraine und die Türkei sollte die Tür zu einem Beitritt langfristig geöffnet bleiben.

Europäischer Stationsweg



Osnabrück 24.11.2016

In der Stadt an der Grenze zwischen Westfalen und Niedersachsen wurde von 1643 bis 1648 der „Westfälische Friede“ verhandelt und unterzeichnet. Osnabrück ist seit dem 8. Jahrhundert katholischer Bischofssitz und heute geprägt von aktiv gelebter Friedenskultur.

Minden 26.11.2016

Im Zuge der Reformation kam es 1529 in Minden zu einem schweren Konflikt. Danach übte ein Rat aus 36 Männern das Stadtrecht aus. Im Februar 1530 verkündete Nikolaus Krage von der Kanzel der Martinikirche die evangelische Kirchenordnung für die Stadt.

Stadthagen 29.11.2016

1559 führte der in Stadthagen residierende Graf Otto IV. zusammen mit seiner zweiten Frau Elisabeth Ursula von Braunschweig-Lüneburg das lutherische Bekenntnis ein und berief Jakob Dammann nach Stadthagen.

6. Solidarität in der komplizierten Vielfalt Europas

Die Sehnsucht nach Einheit hat viele Christinnen und Christen, nicht zuletzt in Deutschland, seit 1945 immer wieder beflügelt und in politische und gesellschaftliche Verantwortung gestellt: sei es als Bemühen um innerchristliche Ökumene oder um die institutionelle Gestalt eines europäischen Islam, sei es als Streben nach der Überwindung von Grenzen, von Nationalismus und nationalstaatlicher Souveränität. Aber die Sehnsucht nach Einheit und Zusammenhalt ist auch immer wieder enttäuscht worden und es gilt deshalb neu zu lernen, sich auf die Vielfalt und Widersprüchlichkeit Europas einzustellen, ohne den Anspruch auf Gemeinsamkeit, Offenheit und Solidarität preiszugeben. Solidarität erweist sich – erst recht in den Krisen und Herausforderungen – als Eintreten der Starken für die Schwachen; innerhalb der Bürgerschaft der Europäischen Union, wie in der Solidarität mit Griechenland oder mit Geflüchteten. Wir Deutsche sollten nicht darüber klagen, sondern froh und dankbar sein für die wirtschaftliche und kulturelle Stärke, aus der heraus wir solidarisch sein können.

Das linear-fortschrittliche Integrationsmodell mit seinem Zielpunkt in einem europäischen Bundesstaat stellt nicht mehr die einzige, im Moment nicht einmal die wahrscheinlichste Option für die Zukunft Europas dar. Neue Fragen stellen sich: Wie kann Großbritannien auch nach dem „Brexit“ möglichst europäisch bleiben, einschließlich möglichst offener Grenzen? Wie schon in den Gründerzeiten der Römischen Verträge erscheint Europa heute eher als kompliziertes und vielfältiges Geflecht verschiedener Integrationskreise. Integration in die Gemeinschaft europäischer Werte und europäischer Demokratie gibt es, wie die Schweiz oder Norwegen schon seit Langem zeigen, auch außerhalb der EU. In christlicher, in evangelischer Sicht haben die europäischen Werte und Ziele wie übernationale Verständigung, Solidarität und Freiheit den Vorrang vor einer spezifischen institutionellen Realisierung. Denn die Herausforderung einer politischen Polyphonie, die den Fluchtpunkt der Einheit und der Solidarität dennoch nicht aus den Augen verliert, entspricht der Erfahrung einer religiösen und konfessionellen Vielfalt. Solche Vielfalt ist in protestantischer Sicht kein Schaden, sondern sie ermöglicht Freiheit, ohne die Gewissheit der Gnade des einen Gottes preiszugeben.



Europa ist ein kompliziertes und vielfältiges Gebilde. Diese Kompliziertheit und Vielfalt wird weiterhin zu seiner Eigenart gehören, zu seiner Schwäche ebenso wie zu seiner Stärke. Europa streitet über seine Grenzen, über seine Identität und nicht zuletzt über das Verhältnis der einzelnen Nationen zum Ganzen Europas. Ein europäischer Bundesstaat, eine den Nationalstaaten nachgeformte europäische Demokratie wird auf absehbare Zeit nicht entstehen. Europa bleibt ein Kontinent heterogener Verfassungen in der Vielfalt und in den Mehrdeutigkeiten seiner politischen Ordnung, in den nationalen Kulturen und zunehmend auch in seiner religiösen Situation.

Bild links: April 2016: Am Hafen von Piraeus in Athen kampierten 2.000 bis 3.000 Flüchtlinge in kleinen Zelten und in einer Lagerhalle. Sie wurden von Freiwilligen und Nichtregierungsorganisationen versorgt.

7. Europa – Auftrag zur Grenzüberschreitung

Trotz dieser Widersprüche und Konflikte ist Europa ein Raum der Hoffnung für viele Menschen aus anderen Teilen der Welt geworden. Angesichts von Gewalt und Verfolgung, von Krieg und Zerstörung, von Armut und Hoffnungslosigkeit in Syrien und anderen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ebenso wie Afrikas suchen sie Zuflucht in Europa. Als Flüchtende oder Migranten überschreiten sie, alleine oder mit ihren Familien, Grenzen und haben die europäische Solidarität auf eine Bewährungsprobe gestellt, als Solidarität der europäischen Partner untereinander ebenso wie als Solidarität Europas mit den Anderen, den Flüchtlingen, den Schwächeren. Beide Proben hat Europa keineswegs glänzend bestanden – häufig im Gegenteil: Grenzen, die abgebaut waren, sind wieder errichtet worden. Von Schleppern verführte Flüchtlinge ertrinken unter den Augen Europas im Mittelmeer. Trotz unserer großen Sicherheit, unseres großen Wohlstands sind Angst und Abwehr an die Stelle von Offenheit und Zuversicht getreten. Flucht und Migration werden zu Sündenböcken für das Versagen der eigenen Gesellschaft gemacht.

Daneben steht das Festhalten an den Zielen der europäischen Solidarität bei vielen Politikerinnen und Politikern ebenso wie bei vielen Millionen Menschen, die sich für Geschwisterlichkeit und Willkommenskultur, auch im Bewusstsein realpolitischer Probleme, engagieren. Christinnen und Christen und ihre Kirchen haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die evangelische Solidarität mit Geflüchteten folgt dem christlichen Glauben ebenso wie dem zivilgesellschaftlichen Auftrag des Protestantismus, sich für eine gerechte und barmherzige Gesellschaft einzusetzen. Sie vertraut zugleich auf den europäischen Auftrag und auf die Stärke Europas, nicht nur auf eine ökonomische Kraft, sondern auch auf die Kraft seiner Kultur und seines sozialen Kapitals, das sich auch aus den Kirchen und Religionsgemeinschaften speist. Dem europäischen und dem christlichen Geist entspricht es gleichermaßen, sich selbstbewusst zu öffnen und Grenzen zu überschreiten.

8. Europäische Ökumene

In der Situation des frühen 21. Jahrhunderts und in der Erinnerung an den Beginn der Reformation vor fünfhundert Jahren treten evangelische Christinnen und Christen für eine Kultur und Praxis der europäischen Ökumene ein. So haben sie mit der Leuenberger Konkordie (1973) die Vision der Einheit in versöhnter Verschiedenheit ein Stück Wirklichkeit werden lassen. Auch mit der Charta Oecumenica (2001), die Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa festlegt, ist ein Zeichen der Hoffnung für Europa gesetzt worden. Europäische Ökumene: Das meint – religiös, theologisch und konfessionell – das friedliche Zusammenleben der Konfessionen und Religionen; das zielt auf Europa als einen Kontinent der freien und pluralistischen Glaubensbekenntnisse; das unterstreicht das Selbstbewusstsein einer religiösen Prägung Europas gegenüber säkularistischen Positionen ebenso wie die Gemeinschaft mit ihnen. Europäische Ökumene: Das meint aber auch, mit den nichtreligiösen Bedeutungen dieses Begriffes, das europäische Zusammenleben in der Gemeinschaft des „bewohnten Erdkreises“, des gemeinsamen Siedlungs- und Lebensraumes zwischen Atlantik und Ural, zwischen Nordkap und Mittelmeer – einen offenen, freiheitlichen Lebensraum, der sich zur Vielfalt bekennt und im Inneren wie nach außen Grenzen überwindet. In der europäischen Ökumene treffen sich historische Erfahrung und evangelischer Auftrag für ein solidarisches Europa.



Paul Nolte

Prof. Dr. Paul Nolte, Jg. 1963, lehrt Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Er ist Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin und berufenes Mitglied der 12. Synode der EKD.

ZWISCHENRUF

BLICK AUS SCHWEDEN



Speziell nach dem Brexit haben die Schwedinnen und Schweden eine positivere Haltung zur EU, zum europäischen Gedanken und zu EU-Projekten entwickelt, zeigen die Meinungsbilder. Allerdings würde auch heute eine Valutaunion keine Mehrheit finden. Die junge Generation schätzt es, überall in Europa einfach studieren zu können, die schwedischen Studienkredite ins EU-Ausland mitnehmen und sich frei bewegen zu können. Billige Kommunikation und Roaming wird geschätzt. Man denkt, dass es keine Alternative zur EU-Zusammenarbeit gibt, und möchte solidarisch sein. Eine gewisse Enttäuschung kommt jedoch beim Thema Flüchtlinge auf, wo man von der EU mehr erwartet. Viele wissen nicht, welches Mandat die EU gegenüber den Mitgliedsstaaten hat. Gleichzeitig hat der nationalistische und populistische Teil der Gesellschaft Zulauf bekommen, der der EU gegenüber kritisch eingestellt ist.

Die Schwedische Kirche hat verschiedene Kooperationsprojekte auf lokaler und regionaler Ebene. Man nutzt das europäische Sozialfondsprojekt, um Erfahrungen mit England auszutauschen in Bezug auf soziale Unternehmungen wie Cafés, Secondhandläden oder Arbeitsplatzschaffung. In Lund gibt es ein Umweltprojekt gemeinsam mit Deutschland, Slowenien, Lettland und Dänemark, in dem man die Möglichkeiten der Umweltarbeit für Kirchengemeinden auf dem Land entwickelt. In einigen lokalen Gemeinden gibt es eine breite Zusammenarbeit in der Frage der Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen, z. B. in Örkelljunga, wo man mit acht europäischen Ländern kooperiert. Unsere Gemeinde hat seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit der Deutschen Gemeinde Riga und unterstützt Sozialprojekte im Baltikum.

Die EU-Politik hat wenige Auswirkungen auf den Alltag in unseren Gemeinden. Manchmal gibt es Gerüchte, etwa dass EU-Regeln den gewohnten Kirchkaffee verbieten könnten. Besonders Gemeinden auf dem Land versuchen, EU-Gelder zu bekommen, und stellen Anträge für Projekte.



Pfarrerin Susanne Blatt

Deutsche St. Gertuds Gemeinde, Stockholm (bis 31.8.16)

www.svenskakyrkan.se/deutschegemeinde

Fünf Reden für Europa

Wer definiert den Geist von Europa? Eine wichtige Instanz sind manche Reden erfahrener Staatsmänner und Staatsfrauen. Sie bringen auf den Punkt, welcher Geist in Europa weht, welche Probleme bremsen und wie das Ziel eines gänzlich versöhnten und friedvollen Europas erreicht werden könnte.

Wir dokumentieren Auszüge aus fünf bedenkenswerten Reden.



1950 Robert Schuman

„Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen!“



Am 9. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman in einer Rede die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vor. Die EGKS (Gründungsmitglieder: Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg) war die erste einer Reihe supranationaler europäischer Institutionen, die schließlich zur heutigen Europäischen Union wurden.

„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.

Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Frankreich, das sich seit mehr als zwanzig Jahren zum Vorkämpfer eines Vereinten Europas macht, hat immer als wesentliches Ziel gehabt, dem Frieden zu dienen. Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt.

Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen.

»L'Europe ne se fera pas d'un coup: elle se fera par des réalisations concrètes créant d'abord une solidarité de fait.«

Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten.

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind.

Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offensteht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfasst, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen.

Diese Produktion wird der gesamten Welt ohne Unterschied und Ausnahme zur Verfügung gestellt werden, um zur Hebung des Lebensstandards und zur Förderung der Werke des Friedens beizutragen. Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils. So wird einfach und rasch die Zusammenfassung der Interessen verwirklicht, die für die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft unerlässlich ist und das Ferment einer weiteren und tieferen Gemeinschaft der Länder einschließt, die lange Zeit durch blutige Fehden getrennt waren.“

 europa.eu/european-union/about-eu/symbols/europe-day/schuman-declaration_de

1992 Jacques Delors

„Europa eine Seele geben!“



1992 referierte der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors vor der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Budapest. Wenige Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Wiedervereinigung Europas sprach er erstmals von der „Seele Europas“.

„Wir betreten nun eine faszinierende Zeit – wahrscheinlich vor allem für die junge Generation – eine Zeit, in der die Debatte über die Bedeutung des Aufbaus Europas ein wesentlicher politischer Faktor werden wird. Glauben Sie mir, wir werden mit Europa keinen Erfolg haben mit ausschließlich juristischer Expertise oder wirtschaftlichem Knowhow. Es ist unmöglich, das Potenzial des Vertrags von Maastricht ohne frische Luft Wirklichkeit werden zu lassen. Wenn es uns in den kommenden zehn Jahren nicht gelingt, Europa eine Seele zu geben, es mit einer Spiritualität und einer tieferen Bedeutung zu versehen, dann wird das Spiel zu Ende sein. Daher möchte ich die intellektuelle und spirituelle Debatte über Europa wiederbeleben. Ich lade die Kirchen ein, sich daran aktiv zu beteiligen. Wir möchten diesen Prozess nicht kontrollieren, es ist eine demokratische Debatte, die nicht von Technokraten monopolisiert werden darf. Ich möchte einen Ort des Austauschs schaffen, einen Raum für Diskussion, der offen ist für Männer und Frauen mit Spiritualität, für Gläubige und Nichtgläubige, für Wissenschaftler und Künstler. Wir arbeiten bereits an dieser Idee. Wir müssen einen Weg finden, hier auch die Kirchen mit einzubinden.“

www.europe-infos.eu/europeinfos/de/archiv/ausgabe163/article/5938.html

„Si nous ne parvenons pas à donner une âme à l'Europe, à lui donner une spiritualité et un sens, c'en sera fait de l'unification européenne.“

„Wir haben das kaum Denkbare geschafft.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde im Jahr 2008 mit dem Karlspreis geehrt. In ihrer Rede sagte sie:

„Europa war, ist und wird unser gemeinsames Schicksal sein [...] Europa ist voller Zeugnisse kultureller Blütezeiten, es trägt aber auch schreckliche Wunden der Vergangenheit in sich. Die Erfahrungen mit der wechselvollen Geschichte Europas waren oft keine verbindenden, sondern trennende Erfahrungen. Europa hat allzu oft erleben müssen, dass der Mensch zu Furchtbarem fähig ist. Immer wieder wurde unser Kontinent mit Krieg, Gewalt und Vertreibung überzogen. Die schlimmste Zeit von Hass und Vernichtung liegt noch kein Menschenalter hinter uns. Von deutschem Boden aus wurde unsägliches Leid über Europa und die Welt gebracht. In deutschem Namen wurde der unfassbare Zivilisationsbruch der Shoah begangen. Nur wenn wir das erkennen, bleibt uns auch bewusst, wie wunderbar das Geschenk der Aussöhnung zwischen unseren Völkern ist und welches Wunder das Friedenswerk der europäischen Einigung ist. [...] Deshalb ist und bleibt es – davon bin ich zutiefst überzeugt – eine Daueraufgabe, junge Menschen auch für die dunklen Kapitel europäischer Geschichte zu sensibilisieren. Denn nur wer seine Vergangenheit kennt, kann die Zukunft verantwortungsbewusst gestalten. Nur eine selbstkritische Erinnerung macht uns auch in den Augen anderer glaubwürdig – anderer, die wir von unserer Einsicht und Erfahrung gerne überzeugen wollen: Wer grundlegende Werte beachtet und lebt, hat, wie ich glaube, alle Chancen auf Stabilität und Prosperität. Wir können am Beispiel unserer europäischen Geschichte aufzeigen: Nach Jahrhunderten gewalttätiger Auseinandersetzungen haben wir das kaum Denkbare geschafft: Ein friedliches und freundschaftliches Miteinander in Europa. Warum soll das nicht auch in anderen Regionen der Welt zu schaffen sein? Für mich ist das keine Utopie. Nein, für mich ist das eine Vision, und zwar eine, die in einen konkreten Auftrag mündet. Daher bin ich auch davon überzeugt: Es ist jede Mühe wert, auf friedliche Konfliktlösungen hinzuwirken. Gelingen kann dies aber nur auf der Grundlage gemeinsam anerkannter Werte.“

 www.karlspreis.de/de/preistraeger/angela-merkel-2008/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel

2009 Gesine Schwan

„Europa braucht Wärme!“



Die Professorin für Politikwissenschaft war viele Jahre Mitglied in zahlreichen politischen Gremien. Von 1999 bis 2008 wirkte sie als Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), seit 2014 ist sie Präsidentin der von ihr gegründeten HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform (Berlin). Am 15.2.2009 hielt sie bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Krönungssaal des Aachener Rathauses eine Grundsatzrede zu Europa.

„Zu Hause fühlt man sich dort, wo man Freiheit und Sicherheit erfährt. Deutschland ist im 19. Jahrhundert erst aus einem Flickenteppich zu einer Nation zusammengewachsen, als es sich zu einem Sozialstaat entwickelte und die Menschen den Staat auch als Garantie von Sicherheit empfanden. In Demokratien sind Freiheit und Sicherheit zwei Seiten einer Medaille, nur zusammen schaffen sie ein Gefühl der Zugehörigkeit.“

Erst wenn die Europäische Union von den Bürgern in ihrem Alltag nicht nur als freiheitliche Marktwirtschaft mit dem scharfen Wind der Globalisierung, sondern auch als Garant von sozialer Sicherheit erlebt wird, werden diese ein europäisches Zugehörigkeitsgefühl entwickeln. Erst dann werden auch die nationalen Regierungen die Unterstützung für die dringend notwendige Gemeinsamkeit von politischen Wirtschafts-, Finanz- oder Umweltentscheidungen finden. Europa braucht Wärme. Dann kann es die Herausforderungen meistern und vor allem die Chancen nutzen, die diese kostbare konkrete Utopie, deren Wert wir oft sträflich unterschätzen, uns bietet. [...] In der Gefahr ist sich spontan jeder selbst der Nächste. Wenn Europa zerfällt, geraten wir aber erst recht in Gefahr. Die Nationalstaaten für sich können Freiheit und Sicherheit nicht mehr bieten. Deshalb brauchen wir das ganze, auch das soziale Europa.“

www.gesine-schwan.de/positionen/reden/europa-15022009/



„Was ist mit dir los, Europa?“

Am 6. Mai 2016 wurde Papst Franziskus im Vatikan mit dem Aachener Karlspreis geehrt. Mit der Auszeichnung solle das „herausragende Engagement für Frieden, Verständigung und Barmherzigkeit in einer europäischen Gesellschaft der Werte“ des Papstes gewürdigt werden, heißt es auf der Urkunde.

„Was ist mit dir los, humanistisches Europa, du Verfechterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Freiheit? Was ist mit dir los, Europa, du Heimat von Dichtern, Philosophen, Künstlern, Musikern, Literaten? Was ist mit dir los, Europa, du Mutter von Völkern und Nationen, Mutter großer Männer und Frauen, die die Würde ihrer Brüder und Schwestern zu verteidigen und dafür ihr Leben hinzugeben wussten? [...]

Wenn wir eine menschenwürdige Zukunft anstreben wollen, wenn wir eine friedliche Zukunft für unsere Gesellschaft wünschen, können wir sie nur erreichen, indem wir auf die wahre Inklusion setzen: „die, welche die würdige, freie, kreative, beteiligte und solidarische Arbeit gibt“¹. Dieser Übergang (von einer „verflüssigten“ zu einer sozialen Wirtschaft) vermittelt nicht nur neue Perspektiven und konkrete Gelegenheiten zur Integration und Inklusion, sondern eröffnet uns von Neuem die Fähigkeit, von jenem Humanismus zu träumen, dessen Wiege und Quelle Europa einst war.

Am Wiederaufblühen eines zwar müden, aber immer noch an Energien und Kapazitäten reichen Europas kann und soll die Kirche mitwirken. Ihre Aufgabe fällt mit ihrer Mission zusammen, der Verkündigung des Evangeliums. Diese zeigt sich heute mehr denn je vor allem darin, dass wir dem Menschen mit seinen Verletzungen entgegenkommen, indem wir ihm die starke und zugleich schlichte Gegenwart Christi bringen, seine tröstende und ermutigende Barmherzigkeit. Gott möchte unter den Menschen wohnen, aber das kann er nur mit Männern und Frauen erreichen, die – wie einst die großen Glaubensboten des Kontinents – von ihm angerührt sind und das Evangelium leben, ohne nach etwas anderem zu suchen. Nur eine Kirche, die reich an Zeugen ist,

¹ Ansprache beim Welttreffen der Volksbewegungen, Santa Cruz de la Sierra, 9. Juli 2015

»Alla rinascita di un'Europa affaticata, ma ancora ricca di energie e di potenzialità, può e deve contribuire la Chiesa.«

vermag von Neuem das reine Wasser des Evangeliums auf die Wurzeln Europas zu geben. Dabei ist der Weg der Christen auf die volle Gemeinschaft hin ein großes Zeichen der Zeit, aber auch ein dringendes Erfordernis, um dem Ruf des Herrn zu entsprechen, dass alle eins sein sollen (vgl. Joh 17,21).“

 www.karlspreis.de/de/preistraeger/papst-franziskus-2016/rede-von-sh-papst-franziskus

Europäischer Stationenweg



Goslar 01.12.2016

In der Stadt, in der im 16. Jahrhundert der Bergbau florierte, wurde 1528 trotz erbittertem Widerstand einer kaisertreuen Ratsfraktion die Reformation eingeführt und 1528 Nikolaus von Amsdorf nach Goslar gerufen.

Helmstedt 03.12.2016

In der Stadt, die dem bekanntesten Grenzübergang zwischen den beiden deutschen Staaten den Namen gab, fand 1530 die erste evangelische Predigt statt. Die Reformation setzte sich in der Stadt Helmstedt gegen Widerstände durch. Das Umland blieb katholisch.

Wolfsburg 06.12.2016

1938 gegründet, um Wohnraum für Arbeiter zu schaffen, gehörte die Stadt zu den beiden ehemaligen Ländern Hannover und Braunschweig. Daher gehörten die lutherischen Kirchengemeinden der Orte in Wolfsburg auch zu zwei Landeskirchen.

Die Spur der Solidarität

Wegmarken in EKD-Texten

von Roger Mielke

Der Ruf nach Solidarität und nach einem solidarischen Europa ist nicht neu. Viele Texte und Verlautbarungen der Synode und des Rates der EKD reagieren auf die Wahrnehmung, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Druck steht, die Gemeinschaft zwischen den europäischen Nationen bedroht ist und der Sinn für den Schutz der Opfer von Krieg und Verfolgung immer wieder neu gewonnen werden muss. „Solidarität“ fordert demgegenüber eine Ordnung gegenseitiger Verpflichtung und politisches, wirtschaftliches und soziales Handeln, das in freien und gerechten Kooperationsbeziehungen wurzelt und gemeinsames Handeln stärkt.

Solidarität und die christliche Tradition Europas

Die EKD-Synode 1995 stand unter dem **Schwerpunktthema „Europa fordert die Christen. Für eine Gemeinschaft in Gerechtigkeit und Frieden“**. Der Vertrag von Maastricht als Gründungsdokument der „Europäischen Union“ war zwei Jahre vorher, zum 1. November 1993, in Kraft getreten und sollte Europa nach dem Ende des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation eine neue Gestalt geben. Die Vorlage des Vorbereitungsausschusses betont die Verankerung des europäischen Projekts in der christlichen Tradition, die für die zentralen Güter des Friedens und der Gerechtigkeit einsteht: „Europa steht in der Tradition eines christlich geprägten Kontinents und sollte deshalb auch zu einem Hort des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit werden. Im Gemeinschaftsgedanken der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind Traditionen wirksam, die ethischer und gesellschaftspolitischer Natur sind. Das friedliche und partnerschaftliche Miteinander von freien und eigenständigen Staaten ist möglich auf der Grundlage geistiger Traditionen dieses Europas. Die Wurzeln liegen im Christentum, in der Aufklärung, in der bürgerlichen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts in Europa und in den humanistischen Traditionen der europäischen Geschichte.“ (Europa zusammenführen und versöhnen, S. 43–46)



Kunstaktion des dänischen Künstlers Jens Galschiot beim 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg. Das Kunsthappening sollte auf die Flüchtlingsdramen an den EU-Außengrenzen und unsere Mitverantwortung an den Fluchtursachen hinweisen.

Solidarität als anthropologischer Grundbegriff und als Prinzip der Gesellschaftsgestaltung

Mit der Einbettung der Solidarität in die christliche Tradition wird ein Anspruch erhoben, der über diese besondere, partikulare, Tradition hinausgeht und das „Gemeinwohl“ thematisiert. Solidarität ist möglich und wird verpflichtend, weil Menschen überhaupt eingebettet sind in Gemeinschaften – und die verschiedenen Gemeinschaften wiederum in dem überein kommen, was allen Menschen gemeinsam ist. Dies betont das **„Gemeinsame Wort des Rates der EKD und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz ‚Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit‘“** von 1997 (S. 48): „Solidarität meint zunächst die Tatsache menschlicher Verbundenheit und mitmenschlicher Schicksalsgemeinschaft. Wenn Menschen aufgrund von Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten oder wechselseitigen Abhängigkeiten entdecken, daß sie trotz vielfältiger Unterschiede dennoch ein ‚wir‘ bilden, kann aus dieser Tatsache ein Impuls zu solidarischem Handeln entstehen.“ Solidarität spricht auf die unterschiedlichen Ebenen der Gemeinschaftsverpflichtung des Menschen an und steht damit in enger Beziehung zu einem weiteren Grundbegriff christlicher Sozialethik, zu „Subsidiarität“. Solidarisches Handeln erwächst aus dem hohen Verpflichtungsgrad der sozialen Nahbeziehungen (Familie) und ist doch eingebunden in die großen Verantwortungszusammenhänge bis hin zur Menschheitsgemeinschaft. „So kommt im Grundsatz der Solidarität ein grundlegendes Prinzip der Gesellschaftsgestaltung zur

Geltung. In ihm schlägt sich die Einsicht nieder, daß in der Gesellschaft ‚alle in einem Boot sitzen‘ und daß deshalb ein sozial gerechter Ausgleich für das friedliche und gedeihliche Zusammenleben unerlässlich ist. Dies gilt sowohl im Inneren einer Gesellschaft wie auch in dem umfassenderen Horizont der Einen Welt.“ (a.a.O. S. 49) Solidarität können allerdings nicht nur diejenigen erwarten, die als Bürgerinnen und Bürger dem eigenen politischen Gemeinwesen zugehörig sind. Sie richtet sich, wenn der Rahmen einer gemeinsamen menschheitlichen und menschenrechtlichen Verpflichtung bedacht wird, besonders auf die Ausgeschlossenen, Hilfsbedürftigen und Verwundbaren. Viele kirchliche Stellungnahmen zu Fragen von Flucht und Asyl thematisieren diese Verpflichtung und damit auch die Forderung nach einer gemeinsamen, „solidarischen“ Lastenverteilung zwischen den aufnehmenden Ländern. Auch hier muss der Ruf nach Solidarität allerdings den politischen Charakter der Menschenrechte beachten. Sie sind zu ihrer politischen Verwirklichung angewiesen auf funktionierende staatliche Ordnungen und die Zustimmung von Bürgerinnen und Bürgern.

Solidarität als Teilhabe

Solidarität wird auch bedroht durch den Zugriff einer rein wirtschaftlichen Logik auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Dadurch wächst Ungleichheit innerhalb der Gesellschaften, die der wachsenden Ökonomisierung ausgeliefert sind, aber auch zwischen verschiedenen Teilen der Welt, die den Anforderungen, die die Globalisierung an sie stellt, in unterschiedlichem Ausmaß gewachsen sind. Innerhalb unserer eigenen Gesellschaft gilt es, den sozialen Ausschluss größerer Teile der Bevölkerung zu verhindern und gerechte Teilhabe zu ermöglichen. Dies wird heute verstärkt als Chancengerechtigkeit oder Befähigungsgerechtigkeit diskutiert. Die **EKD-Denkschrift „Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“** von 2006 thematisiert diesen Zusammenhang: „Weit mehr als in ärmeren Gesellschaften kann es keine Entschuldigung geben für politische Zögerlichkeit oder eine mangelnde Bereitstellung von Ressourcen und Bildung zur Vermeidung von Armut und zur Stärkung von Solidarität. Es entspricht dem christlichen Verständnis und liegt im Interesse aller,

dass dies wirksamer als bisher gelingt. Diese Aufgabe kommt dabei besonders den in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Verantwortung Stehenden zu. Wohlstand und gesellschaftliche Stabilität lassen sich dauerhaft nur für alle gemeinsam sichern. Wenn sich aber ein großer Teil der Bevölkerung als ausgeschlossen erlebt und die Differenzen zwischen Reichen und Armen immer weiter wachsen, kann es keine allseits als gerecht erlebte gesellschaftliche Entwicklung geben. Solidarität und Freiheit sind zwei Seiten einer nachhaltigen und gerechten wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt kulturellen Entwicklung. Nur Menschen, die sich ihrer Teilhabe an der Gesellschaft sicher sind, können sie auch in einer demokratischen, solidarischen und nachhaltigen Weise gestalten.“ (S. 10 f.)

Solidarität zwischen Interessen und Kooperation

„Solidarität“ ist auch ein klassischer Begriff der Arbeiterbewegung und führt die Erinnerung an erbitterte soziale Auseinandersetzungen mit sich. Er ist neben seinen anderen Bedeutungen auch ein Kampfbegriff, der sich auf die Klassensolidarität der Arbeiterschaft bezieht. Christliche Sozialethik verweist darauf, dass der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital eingeeht werden soll in einer Ordnung, die einerseits Kooperation ermöglicht und andererseits einen Raum bereitstellt, in dem Konflikte ausgetragen werden können. Die **EKD-Denkschrift „Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt“** von 2015 erläutert diesen Zusammenhang von Empfangen und Geben im solidarischen Handeln, wie er im deutschen Kontext vor allem im Begriff der „Solidargemeinschaft“ ausgedrückt wird: „Ein Ausdruck dieser kooperativen Struktur menschlicher Arbeit ist die Haltung der Solidarität. Sie entsteht aus der Erfahrung der Zusammenarbeit und des Aufeinander-angewiesen-Seins in der Arbeitswelt und in der gemeinsamen Lebenswelt. Solidarität lässt Menschen füreinander eintreten und bewährt sich gerade in Notlagen. Konkrete Hilfe darf dabei insbesondere derjenige erwarten, der einer Solidargemeinschaft angehört, der also selbst mit seinem Einsatz zum Wohl aller beiträgt, und der durch Krankheit, Unfall oder Wegfall seines Arbeitsplatzes in eine unvorhergesehene Notlage gerät, die er al-

lein nicht bewältigen kann. In diesem Sinn kann jeder auf Solidarität angewiesen sein, gerade deswegen kann Solidarität auch von jedem gefordert werden. Im biblischen Kontext entsprach dieser Erfahrung die ethische Forderung der „Gemeinschaftstreue“ (hebr. ‚Zedaka‘, oft mit ‚Gerechtigkeit‘ übersetzt).“ (S. 22)

Solidarität und Freiheit

Solidarität und Freiheit bilden, wie Freiheit und Gleichheit, ein spannungsvolles, aber gerade in dieser Spannung unauflösliches Begriffspaar. Solidarisches Handeln kann nicht aus Zwang oder einer vermeintlichen sachlich begründeten Alternativlosigkeit erwachsen. Es ist angewiesen auf Einsicht und freie Zustimmung der Solidarpartner. Das Gemeinsame Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 betont diesen Charakter der Solidarität: „Denn die Tatsache der Verbundenheit bzw. der Abhängigkeit fordert zu ethischer Gestaltung heraus, und in diesem qualifizierten Sinne ist Solidarität Sache und Ergebnis einer Entscheidung. Menschen, die sich solidarisch verbunden wissen, erkennen und verfolgen gemeinsame Interessen und verzichten auf eigennützige Vorteilssuche, wenn diese zu Lasten Dritter oder der Gemeinschaft geht.“ (S. 48). Auch die Synodenvorlage des Jahres 1995 „Europa fordert die Christen. Für eine Gemeinschaft in Gerechtigkeit und Frieden“ betont, wie sehr sich die Idee einer Gemeinschaft Europas auf die Freiheit bezieht: „Bei diesem Gemeinschaftsgedanken geht es um: die Freiheit der Bürger [...], den Gleichheitsgedanken, der seit der Reformationszeit und der Aufklärung das politische Denken mehr und mehr geprägt hat und soziale Gleichheit intendierte, und die ‚Brüderlichkeit‘ der Bürger aus gleicher Tradition. Als Grundwert ‚Solidarität‘ ist dieser Ansatz in das moderne sozialstaatliche Denken eingegangen.“ Christinnen und Christen werden darin auch einen Reflex des biblischen Evangeliums und der reformatorischen Botschaft von der Freiheit eines Christenmenschen erkennen: Solidarität ist eine Frucht des versöhnenden und befreienden Handelns Gottes am Menschen.

Material:

- Verantwortung für ein soziales Europa. Herausforderungen einer verantwortlichen sozialen Ordnung im Horizont des europäischen Einigungsprozesses. Eine Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung, Gütersloh 1991
- Die Denkschriften der EKD Band 1: Frieden, Menschenrechte, Weltverantwortung, Teil 3, hg. vom Kirchenamt der EKD, Gütersloh 1993
- Europa zusammenführen und versöhnen. Äußerungen der Synode und des Rates der EKD sowie weiterer kirchlicher Gremien zur europäischen Einigung, hg. vom Kirchenamt im Auftr. des Präsidiums der Synode, Hannover 1996
- Gemeinsames Wort des Rates der EKD und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, 1997
- Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität – mit einer Kundgebung der Synode der EKD. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Gütersloh 2006
- Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt. Eine Denkschrift des Rates der EKD zu Arbeit, Sozialpartnerschaften und Gewerkschaften, im Auftrag des Rates der EKD hg. v. Kirchenamt der EKD, Gütersloh 2015



Roger Mielke

Oberkirchenrat Dr. Roger Mielke M.A. ist Referent für Fragen der öffentlichen Verantwortung der Kirche im Kirchenamt der EKD in Hannover.



Feierstimmung in Brüssel: Am 1. Mai 2004 wurden zehn Länder EU-Mitglieder: Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Malta, Polen, Slowakei und Slowenien.



Europa in Aktion

„Man darf sich von solchen Rückschlägen nicht entmutigen lassen!“

Wie mahlen die Mühlen der Europäischen Union – und wie kann die deutsche Politik sich einbringen? Der Jurist Gunther Krichbaum leitet als Bundestagsabgeordneter den Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Wir sprachen mit ihm über die Chancen und Rückschläge der EU, Bürokratismus und Bürgerferne – und die Rolle der Kirchen.

Wie würden Sie den europäischen Gedanken formulieren?

Die Europäische Union ist zunächst ein Friedensprojekt. Nach zwei schrecklichen Weltkriegen im letzten Jahrhundert haben wir gelernt, unsere Konflikte friedlich und im Dialog zu lösen. Trotz aller gegenwärtigen Krisen dürfen wir daher nie vergessen, wo dieses Projekt seinen Ursprung nahm. Dies muss uns auch für die Zukunft Maßstab und Verpflichtung bleiben.

Worin besteht die bislang größte Leistung der EU?

Allein die erfolgreiche Schaffung und Bewahrung des Friedens in Europa hätte alle Anstrengungen und alles Engagement gelohnt. Nicht vergessen werden darf auch die erfolgreiche Integration der Staaten Ost- und Südosteuropas, die bis Anfang der neunziger Jahre unter kommunistischer Gewaltherrschaft standen. Darüber hinaus steht die EU heute für Demokratie, Freiheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, sozialen Wohlstand, Meinungs- und Pressefreiheit und für die Achtung der Menschenrechte. Allerdings bleibt gerade bei der Bekämpfung der viel zu hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten auch noch einiges zu tun.

Wie gehen Sie als engagierter Verfechter der europäischen Idee und Politiker mit Rückschlägen wie dem Brexit um?

Rückschläge bei der europäischen Einigung hat es immer wieder gegeben, es sei hier nur an das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 erinnert. Aber in der Politik darf man sich von solchen Rückschlägen nicht entmutigen lassen. Vielmehr muss man den Blick dafür bewahren, was auf dem Spiel steht und was man erreichen möchte. Leider werden die negativen Auswirkungen des Brexit vor allem die jungen Menschen treffen, die mehrheitlich für den Verbleib Großbritanniens in der EU



*Der Jurist Gunther Krichbaum (*1964) ist seit 2002 für die CDU Mitglied des Deutschen Bundestages. Er hat den Vorsitz des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.*

gestimmt haben. Sie wurden von der älteren Generation, die mehrheitlich für den Brexit war, sprichwörtlich um ihre Zukunft betrogen.

Europa schwächelt. Einige befürchten sogar den Zerfall. Wie beurteilen Sie die Situation?

Natürlich befindet sich die EU gerade in schwierigem Fahrwasser. Aber nicht ohne Grund ist die Zustimmung zur EU in Deutschland nach dem Brexit-Referendum angestiegen. Die Menschen sehen sehr wohl, dass ein Land im Zeitalter der Globalisierung auf sich allein gestellt kaum Chancen hat, sich zu behaupten. Unseren europäischen Werten, vor allem auch unserer sozialen Absicherung und unseren hohen Umweltstandards, können wir weltweit gegenüber den neuen Wirtschaftsmächten nur gemeinsam zu größerer Geltung verhelfen. Jedes einzelne europäische Land – auch Deutschland – wäre für sich genommen viel zu klein, um es mit China oder Indien aufnehmen zu können. Wer beispielsweise Kinderarbeit bekämpfen will, muss für eine starke EU sein.

Nationalistische und rechtspopulistische Strömungen scheinen Europa von innen heraus zu zersetzen und fordern nach dem Brexit den EU-Austritt anderer Staaten. In Deutschland fährt die AfD beträchtliche Wahlerfolge ein. Was tun gegen diese Form der Entsolidarisierung?

Die Umbrüche in einer globalisierten Welt, der Krieg in Syrien und im Irak, Flucht und Migration, der Krieg in der Ostukraine, die Hilfsprogramme für Griechenland – all diese Themen bewegen die Menschen und führen zu



Bild links: Das nach Louise Weiss benannte Hauptgebäude des Europaparlaments in Straßburg.

Verunsicherung und Furcht. In dieser Situation werden in allen EU-Staaten Parteien stärker, die den Menschen einreden, dass das jeweilige Land ohne eine EU-Mitgliedschaft besser mit den Herausforderungen der Gegenwart klarkommen würde. Aber eine Abschottung gegen die Globalisierung ist nicht möglich. Hier helfen nur Solidarität und ein gemeinsames Vorgehen der Europäer. Solidarität darf allerdings auch nicht überspannt werden. So war es beispielsweise völlig richtig, Griechenland zu helfen. Richtig war es aber auch, dies nur unter der Bedingung zu tun, dass das Land zunächst alle Anstrengungen unternimmt, sich selbst zu helfen. Alles andere wäre zu Recht auch in Deutschland nicht durchsetzbar gewesen.

Im Deutschlandfunk sagten Sie, wir müssten „eine neue Vergewisserung auch auf nationale Identitäten zulassen“. Was meinen Sie damit? Und was bedeutet das auf Deutschland bezogen?

Europa muss sich nicht um alle Aufgaben kümmern – Europa muss sich um die richtigen Aufgaben kümmern. Nach dem Subsidiaritätsprinzip bedeutet dies, dass Europa sich nur der Themen annehmen sollte, die über die Kraft der einzelnen Nationalstaaten hinausgehen. Der Maßstab muss also sein, dass es Europa nicht auch machen kann. Nein, Europa muss es vielmehr besser machen können. Berücksichtigen wir dies, dann steigt auch wieder die Akzeptanz des europäischen Projekts. Deshalb kann die Zulassung auf eine Rückbesinnung des national Identitätsstiftenden sinnvoll sein. Zugleich brauchen wir aber auch einen neuen Prozess, für den wir uns in Europa gemeinsam begeistern können.

Sie beklagen die „Verlotterung des Rechts“ in der EU. Können Sie das erläutern? Das verblüfft ja etwas in Hinblick auf die Tatsache, dass es unzählige, darunter viele schwer nachvollziehbare, EU-Gesetze und Verordnungen gibt. Das sieht ja eher aus wie eine Perfektionierung des Rechts.

Die EU hat sich in der Tat im Laufe ihrer Geschichte sehr viele Regeln gegeben und die allermeisten davon sind auch sinnvoll. Aber bei der konsequenten Rechtsanwendung hapert es leider gerade in Bereichen, die für die nationalen Regierungen politisch relevant sind. So gab es beispielsweise bisher über 60 Verstöße gegen den Stabilitäts-



Das Themenjahr „Reformation und die Eine Welt“ wurde am 31. Oktober 2015 in Straßburg eröffnet. In dem Gottesdienst stellten Schauspielerinnen und Schauspieler die Schicksale europäischer Männer und Frauen dar.

und Wachstumspakt, der für Haushaltsdisziplin sorgen soll. Kein einziger dieser Verstöße wurde bislang von der Kommission geahndet. Für diese Entwicklung ist auch Deutschland mitverantwortlich, denn es waren Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Präsident Jacques Chirac, die 2004 Sanktionen gegen ihre Länder durch massive politische Einflussnahme verhindert haben. Das war quasi der Dammbruch und das nagt an der Glaubwürdigkeit Europas, die man am besten dadurch wieder herstellt, dass man die selbstgesetzten Regeln respektiert.

Welchen Beitrag kann Deutschland zum Zusammenhalt der EU leisten? Gibt es Beispiele gelungenen Engagements oder Beispiele für gescheitertes?

Deutschland ist europapolitisch immer dann erfolgreich, wenn es die kleineren Länder in die Entscheidungsprozesse einbezieht und auf ihre speziellen Sorgen eingeht. Hier sind beispielhaft die EU-Hilfen für Griechenland zu nennen. Gerade die neuen Mitgliedstaaten aus dem Baltikum, aber auch aus Mitteleuropa standen den Hilfspaketen äußerst kritisch gegenüber, weil sie Schwierigkeiten hatten, sie vor ihrer eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen, die wirtschaftlich noch längst nicht das Niveau der alten EU-Staaten – inklusive Griechenland – erreicht hatten. Angela Merkel musste hier sehr klug zwischen den verschiedenen Interessen abwägen und ausgleichend wirken.

Viele Menschen nehmen die EU als bürokratischen, bürgerfernen Apparat wahr. Wie kommt es dazu?

In der Vergangenheit war es sicher so, dass die EU viele kleine Einzelregelungen getroffen hat, die von der Bevölkerung als bürokratische Bevormundung empfunden wurden. Hier möchte ich nur an das Glühlampenverbot erinnern. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat sofort nach seinem Amtsantritt die Reißleine gezogen. Während die Kommission vor seiner Amtszeit jährlich über 100 neue Rechtssetzungsvorschläge veröffentlicht hat, reduzierte Juncker dies auf 23 pro Jahr. Die Konzentration auf das Wesentliche ist in Brüssel und Straßburg deutlich spürbar geworden. Das ist ein richtiger Schritt.

Sie sind evangelischer Christ. Haben die Kirchen eine besondere Aufgabe und besondere Möglichkeiten, die Solidarität in der EU zu unterstützen?

Ich glaube, das tun die Kirchen heute schon auf vielfältigste Weise. So gibt es zahlreiche Partnerschaften zu anderen Gemeinden über Landesgrenzen hinweg und man unterstützt auch karitative Projekte. Das ist gelebte Solidarität und fördert den Gedanken der Völkerverständigung sowie das Zusammenleben in unseren Kirchen. Wie bereits erwähnt, teilen wir heute in Europa zentrale Werte wie Frieden, Freiheit, Solidarität und Demokratie. Gerade bei der Vermittlung dieser Werte fällt den christlichen Kirchen bis heute eine unverzichtbare Rolle zu.

Das Gespräch führte Uwe Birnstein



*Eine Abschottung
gegen die Globalisierung
ist nicht möglich. Hier
hilft nur ein gemeinsames
Vorgehen der
Europäer.*

Europäischer Stationenweg



Schmalkalden 08.12.2016

Bekannt ist die südthüringische Stadt sowohl durch den 1531 geschlossenen Schmalkaldischen Bund, in dem sich die protestantischen Reichsstände zusammenschlossen, als auch durch die Schmalkaldischen Artikel, die als lutherische Bekenntnisschrift weltweit verbreitet sind.

Worms 10.12.2016

Vor dem Reichstag in Worms 1521 hat Martin Luther gegenüber Kaiser Karl V. die 95 Thesen und seine bis dahin erschienenen Schriften verteidigt. Drei Jahre später wurde dort erstmals eine deutsche evangelische Messe gedruckt.

Heidelberg 13.12.2016

Die kurpfälzische Residenzstadt ist bekannt für ihr Schloss und die Altstadt. Im April 1518 verteidigte Martin Luther dort seine reformatorischen Thesen. 1563 trat der durch Kurfürst Friedrich III. beauftragte Heidelberger Katechismus in Kraft, der bis heute wirkt.

Bretten 15.12.2016

In der Stadt im Kraichgau wurde 1497 der Reformator und Humanist Philipp Schwartzerdt geboren, der später ins Griechische übersetzt Melanchthon hieß. Er wuchs in Bretten auf, wo sein Großvater für eine gründliche Erziehung und Bildung sorgte.

Tübingen 17.12.2016

In der Universitätsstadt am Neckar endete 1534 die Vorherrschaft der Klöster. Ein Jahr später gründete Herzog Ulrich von Württemberg ein Stipendium für evangelische Theologiestudenten im ehemaligen Augustinereremiten-Kloster.

Crailsheim 20.12.2016

In der im Nordosten von Baden-Württemberg gelegenen Stadt wurde 1522 die erste evangelische Predigt gehalten und durch den Reformator Adam Weiß der Prozess der Reformation in Gang gesetzt. Auch bei der Durchsetzung der Reformation in Mittelfranken spielten Adam Weiß und Crailsheim eine wichtige Rolle.

BLICK AUS GRIECHENLAND



Seit der „Grexit-Diskussion“ im letzten Jahr haben wir eine große Auseinandersetzung zum Thema Europa gehabt. Der erklärte Wille, in der Eurozone zu bleiben, hat Griechenland vor einer weiteren Krise bewahrt. Im Alltag habe ich immer wieder Stimmen gehört, die in einer guten Weise von Deutschland und von Europa gesprochen haben; allerdings im Sinne von Solidarität in Not und Unterstützung. Zum anderen gehört Griechenland zu den Ländern, die im Augenblick deutlich spüren, dass der europäische Gedanke sich auf Wirtschaft und Finanzsysteme gründet und weniger auf Solidargemeinschaft, Humanität und Werte. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist ein eindeutiges Zeichen dafür. Griechenland ist mit den im Land verbliebenen Menschen, die auf der Suche nach einem sicheren Leben in Europa sind, alleingelassen und überfordert. Wer ein Flüchtlings-Camp in Nord-Griechenland betritt, kann kaum glauben, in Europa zu sein. Hier sind die Hoffnungen groß, dass Europa weiterhin unterstützt, die Hilfe koordiniert und effektiv gestaltet.

Als Evangelische Kirche deutscher Sprache in Thessaloniki hatten wir die Möglichkeit, mit anderen europäischen Nationen Projekte durchzuführen. Der Wille, sich miteinander für ein Ziel über Grenzen hinweg einzusetzen und für den anderen einzubringen, war für uns ein deutliches Signal für eine beispielhafte europäische Solidarität, die es in jeder Hinsicht zu fördern gilt. Daraus sind tragende Partnerschaften geworden.

Als Evangelische Kirche deutscher Sprache in Thessaloniki sind wir ein Verein nach griechischem Vereinsrecht; die Griechisch-Orthodoxe Kirche ist Staatskirche. Seit dem Herbst 2014 ist es möglich, auch als Kirche anerkannt zu werden, was wir anstreben. Dadurch erfahren wir eine Wahrnehmung und Würdigung in Griechenland, die vorher nicht denkbar war. Diese Möglichkeit haben wir der Europäischen Union zu verdanken.



Ulrike Weber

Pfarrerin der Ev. Kirche deutscher Sprache
für Nord- und Mittelgriechenland/Thessaloniki
www.evkiithes.net



Menschenrechtsaktivisten demonstrieren vor dem Bundeskanzleramt in Berlin für eine liberalere EU-Flüchtlingspolitik.

MASSEN-
STERBEN IM
MITTELMEER
STOPPEN –
SOFORT!
AMNESTY
INTERNATIONAL

MASSENSTERBEN
IM MITTELMEER
STOPPEN – SOFORT!
AMNESTY
INTERNATIONAL

FLÜCHTLINGE
RETTEN –
JETZT!
AMNESTY
INTERNATIONAL

MASSEN-
STERBEN IM
MITTELMEER
STOPPEN
AMNESTY
INTERNATIONAL

JA! ZUM FLÜCHTLINGSSCHUTZ

AMNESTY INTERNATIONAL

Deutscher Platz
10115 Berlin

Amnesty International
Zentrum für Strafrecht
10115 Berlin

„Die in Brüssel“ oder wir in Europa?

Gedanken zur Europäischen Zivilgesellschaft

von Johannes Grün

Europa geht immer. Zumindest als Chiffre für Bürokratie, Überregulierung oder Fremdbestimmung. Als finstere Beschwörung einer entdemokratisierten, intransparenten „Black-Box“, als ein Machtwerk von sterilen Institutionen, als Ansammlung von Partikularinteressen. „Die in Brüssel“ als entmenschlichtes Synonym für eine Ebene des Entscheidens und Regierens, die fern von der Lebensrealität der Bewohnerinnen und Bewohner Europas ist. Dankbares Nicken ist jedem gewiss, der mit sorgenvoller Stimme und gerunzelter Stirn vom „Demokratiedefizit“, von „Technokraten“ und „fehlender Transparenz“ in Europa raunt. „Eigentlich ja gut gemeint, dieses Europa, aber leider ...“ Die Skepsis vieler Menschen in Europa ist messbar. Nach einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2015 sind fast drei Viertel der EU-Bürger (72 Prozent) der Meinung, die EU „bewege sich in die falsche Richtung“.

Soweit zu den Bürgerinnen und Bürgern der europäischen Mitgliedsstaaten. Wer aber ist eigentlich die sogenannte „Zivilgesellschaft“? Definitionen zum Begriff der Zivilgesellschaft gibt es viele, und für die folgenden Gedanken soll es besonders um die sogenannte „nicht organisierte“ Zivilgesellschaft gehen, also weniger um Nichtregierungsorganisationen, sondern vielmehr um die Bürgerinnen und Bürger Europas und ihre Rolle. Spannend ist und bleibt die Frage, ob sich unsere Vorstellung von „Zivilgesellschaft“ auf die europäische Ebene übertragen lässt und dort eigentlich funktioniert. Um nicht missverstanden zu werden: Die organisierte Zivilgesellschaft ist in der europäischen Politik höchst relevant. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sind seit Langem auf der europäischen Ebene, in der politischen Landschaft in Brüssel und Straßburg, vertreten und beobachten die Entscheidungen, nehmen Stellung und ergreifen Partei. Auf der Ebene der organisierten Zivilgesellschaft ist Brüssel schon seit langer Zeit kein virtueller Ort mehr, sondern ein Machtzentrum, dessen politische Entscheidungen direkt in die eigene Lebensrealität wirken. Das ist auch im kirchlichen Bereich so. Ob Brot für die Welt oder die EKD, sie wissen genau um die Entscheidungen auf europäischer Ebene und die Bedeutung für ihr Wirken (wie z. B. der Artikel von Katrin Hatzinger in diesem Reader (S. 92) es beschreibt).

Vielfalt als Gewinn

In punkto nicht-organisierter Zivilgesellschaft vollzieht sich in Europa aber gerade eine interessante Veränderung. Was in der Bankenkrise schon in Ansätzen sichtbar wurde, wird gerade Realität: Mit den großen Flüchtlingsbewegungen hat sich im Bewusstsein, dass ein vermeintlich griechisches oder italienisches Problem und eine deutsche Lösung nicht zusammenpassen, zum ersten Mal eine echte europäische Öffentlichkeit herausgebildet. Bürgerinnen und Bürger in allen Ländern Europas beschäftigen sich mit der Frage, wie wir die Geflüchteten in Europa gerecht verteilen, aufnehmen und integrieren können. Es ist eine Thematik, die alle betrifft und für die es ohne eine gemeinsame Lösung, die auf europäischer Ebene verhandelt werden muss, nicht gehen wird. Und auch in der politischen Debatte um das Handelsabkommen TTIP sind die Bürgerinnen und Bürger Europas plötzlich über Grenzen hinweg als eine Bewegung vereint, die Transparenz und Teilhabe einfordert und kritisch fragt, für wen dieses Abkommen wirklich ein Gewinn ist, und zu welchem Preis.

Gibt es also eine (nicht organisierte) europäische Zivilgesellschaft? Und wozu brauchen wir sie? Das ist nicht zuerst eine praktische, sondern eine Wertefrage. Ohne eine aktive und engagierte Zivilgesellschaft ist Europa kein Europa der Bürgerinnen und Bürger. In Zeiten eines neuen Autoritarismus, in Zeiten, in denen in vielen Ländern dieser einen Welt der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement schrumpft bzw. staatlicherseits von zunehmend autoritären Regimen geschrumpft wird (Stichwort „Shrinking spaces“), muss Europa sich als Ort der Freiheit für gesellschaftliches Engagement als Antreiber und kritische Reflexion der politischen und wirtschaftlichen Prozesse beweisen. Das ist ganz besonders notwendig, weil die weltweite Entwicklung eher gegenläufig ist und sich ein neuer Autoritarismus Bahn bricht. In Putins Russland werden international vernetzte zivilgesellschaftliche Organisationen als „ausländische Agenten“ denunziert, in China das repressive neue NGO-Gesetz als globaler Wettbewerbsvorteil verkauft. Und gerade in Zeiten, in denen mitten in Europa z. B. in Ungarn die Presse- und Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt wird, in Polen der Rechtsstaat geschliffen und Demonstrierende als „Verräter“ denunziert werden, da muss Europa zeigen, dass diese Vielfalt gesellschaftlicher (Nicht-)Organisiertheit ein Gewinn ist.



Demonstration des Aktionsbündnisses Blockupy gegen die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main.

Zorn statt Haltung

Das ist keine Selbstverständlichkeit. In Europa, auch in Deutschland, haben aktuell politische Akteure Zulauf, die sich zwar als Stimme des Volkes begreifen, aber von organisierter Zivilgesellschaft wenig halten. „Gutmenschentum“, „Flüchtlingsindustrie“ und andere Schmähbegriffe gebrauchen die Vertreterinnen und Vertreter der vermeintlichen Alternative(n), wenn sie von ehren- und hauptamtlichen Engagierten sprechen, die Deutschkurse für Flüchtlinge geben oder Arztbesuche organisieren. In der Vorstellung derer, die gern „das Volk“ wären und es in Wirklichkeit verachten, reicht es, wenn sich der Volkszorn ungefiltert von der Straße weg Bahn bricht und in „der Politik“ mal so richtig aufräumt, ganz besonders in Brüssel. Zorn statt Ziel, Hass statt Haltung, ersteres muss reichen.

Deutlich weniger sichtbar, aber ebenfalls eine bedenkliche Tendenz ist die häufiger versuchte Gleichsetzung von Zivilgesellschaft und nicht-staatlichen Organisationen: Plötzlich ist auch der Lobbyverband der Industrie als nicht-staatlicher Akteur Teil der Zivilgesellschaft. Das führt die Vorstellung von Zivilgesellschaft als einer basisdemokratischen Organisation gesellschaftlicher Interessen anstelle von Partikularinteressen aber ad absurdum. Diese Gleichsetzung von Zivilgesellschaft und nicht-staatlichen Organisationen gibt außerdem denjenigen eine Steilvorlage, die die durchaus vorhandenen Fehlkonstruktionen und Mängel der (eben häufig nicht so) repräsentativen Demokratie auf europäischer Ebene gerne durch nicht-staatliches Handeln kompensiert sehen würden – aber am liebsten soll es dann doch der Markt richten.

Europäischer Stationenweg



Wildhaus 22.12.2016

In Wildhaus, das heute zu Obertoggenburg gehört, wurde 1484 der Reformator Huldrych Zwingli geboren. Als Priester in Glarus entwickelte er seine reformatorische Theologie, die er später als Leutpriester in Zürich einführte.

Bern 04.01.2017

In der heutigen Hauptstadt der Eidgenossenschaft hat der Reformator Berchtold Haller im Februar 1528 die Reformation mit Unterstützung der Stadt eingeführt. 1532 bekam die Stadt eine eigene Kirchenordnung.

Zürich 06.+07.01.2017

Die größte Stadt der Schweiz ist bis heute geprägt von der Reformation durch Huldrych Zwingli. Unter seiner Führung wurde Zürich zum reformierten Rom an der Limmat. Auch die Täuferbewegung nahm ihren Ausgangspunkt in Zürich.

Schwäbisch-Hall 11.01.2017

1523 leitete der seit 1522 wirkende Theologe und Reformator Württembergs, Johannes Brenz, die Reformation ein, abgeschlossen mit der Kirchenordnung von 1543. Zu Weihnachten 1526 feierte er dort erstmals Abendmahl in beiderlei Gestalt.

Chur 14.01.2017

Chur – die älteste Stadt der Schweiz schloss sich 1523 der Reformation an. Der Reformator Johannes Comander prägte von dort aus politische Neuerungen für das heutige Graubünden. Trotz der Reformation ist Chur Bischofssitz geblieben bis heute.

Roma 18.01.2017

In der heutigen Hauptstadt Italiens ist der Apostel Paulus gestorben. Sie ist Sitz des Papstes. Martin Luther besuchte 1510/1511 die Stadt am Tiber. In Rom gibt es heute auch eine aktive zweisprachige lutherische Gemeinde.

Falsche Heilserwartungen

Dass Zivilgesellschaft die demokratischen Defekte oder Ungleichgewichte im Kräfteverhältnis der europäischen Institutionen ausgleichen könnte, wäre übrigens auch generell eine falsche Heilserwartung an zivilgesellschaftliches Handeln. Die europäischen Institutionen und ihr Verhältnis zueinander zu reformieren bleibt als Aufgabe. Eine solche Reform ist sogar notwendige Voraussetzung, wenn die EU eine stärkere Repräsentativität erreichen will.

Genauso wenig wie die Zivilgesellschaft also den Reformdruck innerhalb der EU vermindern oder kompensieren kann, ist ein Plädoyer für eine europäische Zivilgesellschaft automatisch ein Plädoyer für mehr direkte Demokratie. Wohin Populismus auf Kosten von „denen in Brüssel“ führt, lässt sich am Angstkater, der auf die Brexit-Besoffenheit der Befürworterinnen eines Ausscheidens Großbritanniens aus der EU folgt, gerade gut erkennen. Wer aber in der Debatte um Gehen oder Bleiben als wichtigstes Argument die Folgen für den europäischen Binnenmarkt und den Finanzmarkt anführt, liefert eine ausschließlich zweckmäßige Begründung, die Europa auf die Wirtschaftsunion reduziert. Von der Wertegemeinschaft bleibt dann auch im Anspruch nichts mehr übrig.

Außerhalb von Europa wird die Möglichkeit, seine Meinung frei äußern und sich gesellschaftlich organisieren zu können, oft mehr geschätzt als in Europa selbst. Auf dem Maidan in Kiew sind besonders junge Menschen nicht für die Verheißungen eines Handelsabkommens auf die Straße gegangen, sondern für einen Sehnsuchtsort, der sich nicht zuerst durch ein Prosperitätsversprechen (welches von der Realität in den südeuropäischen Ländern real konterkariert würde), sondern durch das Versprechen freier Meinungsäußerung und Demokratie ausgezeichnet hat – zivilgesellschaftliches Leben im besten Sinne.

Hoffnungszeichen

Eine hoffnungsvoll stimmende Bewegung war im November 2015 in Polen zu beobachten: Während die neue rechtskonservative Regierung in der Umsetzung eines ihrer ersten Beschlüsse die Fahnen der Europäischen Union in den Ministerien abhängte, schwenkten Zehntausende Menschen die blaue Flagge mit den gelben Sternen auf den Plätzen von Warschau, Krakau oder Breslau im lauten und bunten Protest gegen die Re-Nationalisierungspolitik der Regierung Szydlo.

Wer das sieht, der möchte den Skeptikern und Schwarzmalern zurufen: Hört auf mit euren wiederkehrenden Melodien nationalistischer Folklore eines Gestern, in dem am besten auch gleich noch die Globalisierung, der IS, Abgasskandal, Flüchtlinge und was auch immer da draußen aus der weiten Welt im heimischen Wohnzimmer Angst und Zweifel schürt oder Gewissheiten erschüttert, draußen bleiben sollen! Ihr seid Bürgerinnen und Bürger Europas! Dass Europa mehr ist als ein Binnenmarkt, mehr als Institutionen, ist kein Selbstläufer. Es liegt in eurer Hand, die europäische Idee mit Leben zu füllen und Werte über Grenzen hinweg zu leben, eine „europäische Identität“ (J. Kocka) auch als die eigene zu begreifen. Wer sich als Bürgerin und Bürger Europas versteht, der ist ganz von selbst Teil einer Zivilgesellschaft von über 500 Millionen. Bürgerin und Bürger Europas zu sein, ist eine Frage des Bewusstseins und des Willens zur Veränderung, und – trotz allem – der Freude und Dankbarkeit über Frieden und Demokratie. Wer in die Welt im Jahr 2016 blickt, weiß, dass beides keine Selbstverständlichkeiten sind.



Johannes Grün

Der geborene Oberhesse und überzeugte Europäer Johannes Grün ist Referatsleiter bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst. Er ist Mitglied der 12. Synode der EKD.

„Miteinander für Europa“

Wie sich ein christliches Netzwerk für die europäische Einigung einsetzt

„Begegnung – Versöhnung – Zukunft“: Unter diesem Motto kamen am 2. Juli 2016 auf dem Karlsplatz in München 5000 Menschen zusammen. Die Stimmung war fröhlich und entspannt wie bei einem Kirchentag. Es gab Tanz und Musik, Vertreter evangelischer und katholischer, charismatischer und orthodoxer Gemeinschaften sprachen, der bayerische Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm stand auf der Bühne, ebenso der Münchener Kardinal Reinhard Marx. Papst Franziskus und Patriarch Bartholomaios I. sandten Grußbotschaften per Video.

Schon an den beiden Tagen zuvor hatte man sich zu einem Kongress getroffen. In Foren und Podien ging es um Flüchtlinge und ihre Integration, um Ökumene, die Umwelt, den Dialog mit dem Islam sowie Wege aus der Wirtschaftskrise und vieles mehr. Hinter allem steht der Wunsch, sich gemeinsam für die Einheit Europas einzusetzen, ja, dem Kontinent zu helfen, seine christliche Seele neu zu entdecken. Denn dieses vor allem in unseren Tagen nicht ganz kleine Ziel hat sich „Miteinander für Europa“ gesetzt, ein Netzwerk christlicher Bewegungen und Gemeinschaften. Heinrich Bedford-Strohm ist überzeugt: „Miteinander für Europa‘ ist eine geistliche Bewegung und genau das brauchen wir heute: Wir brauchen neue geistliche Kraft in Deutschland, aber eben auch in Europa.“

Begonnen hat alles am 31. Oktober 1999, als Vertreter der römisch-katholischen Kirche und des Lutherischen Weltbundes in Augsburg die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ unterzeichneten. Dieser historische Schritt setzte einen Schlussstrich unter fast 500 Jahre des Streits zwischen den Konfessionen. Bei der anschließenden Feier trafen sich erstmals auch Vertreter evangelischer und katholischer Bewegungen. Zu ihnen gehörte die (2005 verstorbene) Gründerin der Fokolar-Bewegung, die Italienerin Chiara Lubich. Eine ihrer engsten Mitarbeiterinnen, Eli Folonari, erinnert sich: „Wir haben plötzlich gespürt, wie nah wir uns waren, obwohl wir zu verschiedenen Kirchen gehörten. Damals sagte Chiara Lubich: Warum diskutieren wir in der Ökumene eigentlich immer nur über das, was uns trennt? So kommen wir nie zu einer Einheit der Christen. Wir sollten uns stattdessen gemeinsam für das einsetzen, was uns verbindet: für Christus.“



Teilnehmende der Kundgebung „Miteinander für Europa“ im Juni 2016 in München.

Man beschloss künftig in Kontakt zu bleiben. „Miteinander für Europa“ war geboren. Und aus dem spontanen Impuls bei der Feier zur „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ entwickelte sich innerhalb von nur wenigen Jahren ein europaweites Netzwerk.

Ein Schlüsselerlebnis war für alle Beteiligten eine Begegnung im Jahr 2000: Gerhard Proß lud damals als Vorsitzender des Leiter-Kreises evangelischer Bewegungen in Deutschland die neu gewonnenen katholischen Freunde und Freundinnen zu einem ökumenischen Treffen nach Rothenburg ein. An diesem Tag wurden Referate gehalten, die aufzeigten, wie die Kirche aufgrund ihrer Spaltung an Ausstrahlungskraft verloren hatte. Dann geschah etwas Unerwartetes, berichtet Gerhard Proß. „Uns wurde plötzlich klar: Dadurch, dass man sich im Glauben getrennt hat, ging die Glaubwürdigkeit des Evangeliums verloren. Diese erschreckende Einsicht hat in uns eine Art Umkehr bewirkt.“

Ein katholischer Priester bat daraufhin um Vergebung für das, was die katholische Kirche der evangelischen im Lauf der Jahrhunderte angetan hatte. „Dann haben wir Evangelischen diese Vergebung gewährt und gleichzeitig unsererseits um Vergebung gebeten“, erinnert sich Gerhard Proß. „Das war ein sehr bewegender Moment.“ Ein Jahr danach besiegelte bei einem Treffen in der Münchener Matthäus-Kirche ein „Bund gegenseitiger Liebe“ die Absicht der Beteiligten, für Europa zusammenzuarbeiten.

Die Zahl der Bewegungen, die sich dem Netzwerk anschließen, wächst seither zusehends: Neben evangelischen und katholischen Gruppen finden immer mehr Anglikaner und Angehörige von Freikirchen den Weg zu „Miteinander“, aber auch orthodoxe Bewegungen. Ihre Gegenwart scheint angesichts der aktuellen politischen Krisen besonders wertvoll.

Christophe D'Aloisio vertritt die internationale orthodoxe Jugendvereinigung Syndemos. „Wir sehen die Zusammenarbeit mit den anderen Konfessionen als Chance“, sagt er, „jene Länder, in denen viele orthodoxe Christen leben, besser in die europäische Wirklichkeit zu integrieren.“ Die russisch-orthodoxe Christin Larisa Musina leitet in Moskau die Bruderschaft „Transfiguration Brotherhood“. Durch „Miteinander für Europa“, so die engagierte Russin, habe die Kirche für sie eine neue Dimension bekommen: „Wir ignorieren keineswegs die Probleme, die zwischen den Kirchen noch bestehen, aber wir vertrauen gemeinsam Christus und dem Heiligen Geist. Und wir erleben, dass die Frucht des Vertrauens die Erfahrung von Einheit ist.“

Heute gehören zu „Miteinander für Europa“ mehrere Hundert christliche Bewegungen, darunter auch die katholisch geprägte Laienorganisation Sant'Egidio und der Christliche Verein Junger Menschen (CVJM). Einige Gemeinschaften zählen Tausende von Mitgliedern, andere nur eine Handvoll. Insgesamt vertritt das Netzwerk Millionen von Christen aller Konfessionen.

Kardinal Walter Kasper, ehemaliger Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, unterstützt die Initiative seit Langem. „Wir sind gemeinsam Christen, singen und beten miteinander, diskutieren auch miteinander, feiern miteinander und geben damit ein gutes Zeichen für die Einheit Europas, die ja auf christlichen Wurzeln basiert“, sagt er.

„Miteinander für Europa“ beweist, dass das oft zitierte Ideal der „Einheit in Vielfalt“ mehr ist als eine abstrakte Idee. Im Lauf der Jahre wuchs auch die praktische Kooperation zwischen den einzelnen Bewegungen. Immer mehr gemeinsame Projekte sind

*Wir als Kirchen wollen
ein Zeichen der
Hoffnung setzen, dass
die Gewalt nicht das
letzte Wort hat.*

entstanden. So unterstützt man einander etwa im Kampf gegen Aids in Afrika, schafft Beratungsstellen für Straßenkinder oder organisiert Schulungen für Behinderte. Christliche Barmherzigkeit bekommt heute in Europa noch einmal neues Gewicht durch die Probleme, die von der Wirtschaftskrise und der aktuellen Flüchtlingswelle aufgeworfen werden. Man wolle „christliche Lösungen“ aufzeigen, heißt es aus der Initiative durchaus selbstbewusst.

Walter Kasper, der das offizielle Gespräch zwischen den Kirchen über Jahrzehnte mitgestaltet hat, hält „Miteinander für Europa“ für eine der fruchtbarsten ökumenischen Bewegungen, die es gegenwärtig gibt. „Das ist kein Ersatz für die offizielle Ökumene zwischen den Kirchen selber, die soll weitergehen und geht auch weiter. Aber es ist sozusagen eine parallele, informelle Ökumene, die sehr lebendig, sehr frisch, sehr spontan und hoffnungsvoll ist aus meiner Sicht.“

Es sei höchste Zeit, erklärt der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm, dass die getrennten christlichen Konfessionen beim Thema Versöhnung mit gutem Beispiel vorangingen: „Denn dass wir getrennt sind, ist ein Skandal!“ Die Menschheit sei zerrissen, die Gewalt nehme manchmal überhand. „Wir als Kirchen, so der Bischof, wollen ein Zeichen der Hoffnung setzen, dass die Gewalt am Ende nicht das letzte Wort hat. Und das können wir am besten dadurch bezeugen, dass wir selbst miteinander die Versöhnung leben.“

Von Amet Bick nach einer Radio-Sendung von Corinna Mühlstedt im Bayerischen Rundfunk in der Reihe Evangelische Perspektiven am 26.6.2016.

 www.together4europe.org/de/

 www.br.de/radio/bayern2/programmkalender/ausstrahlung-716232.html

Pilgern für die Schöpfung

Tausende Menschen wanderten 2015 auf dem Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit und setzten ein starkes Zeichen

1.470 Kilometer in 77 Tagen, von Flensburg nach Paris. Mit vielen kleinen Schritten hin zu einem großen Ziel. Über 5000 Menschen machten sich im Herbst vergangenen Jahres auf den Weg. Unter dem Motto „Geht doch!“ wollten sie auf den Klimawandel aufmerksam machen und auf die Notwendigkeit, jetzt weitgreifende Maßnahmen zu verabreden, damit der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert wird. Von Flensburg ging es über Hamburg, Bremen, Münster, Osnabrück, Dortmund, Wuppertal, Köln, Metz, Châlons-en-Champagne und Montmirail in die französische Hauptstadt. Am 13. September startete die erste Pilgergruppe, am 27. November wurde Paris erreicht. Rechtzeitig zu Beginn der Verhandlungen der 195 Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention über ein global verbindliches Klimaabkommen.

Die Zusammensetzung der Pilgergruppe wechselte fast täglich. Mal waren es nur ein knappes Dutzend, die den Weg gemeinsam gingen, dann wieder Hunderte. Manche liefen nur ein paar Stunden mit, andere Tage, Wochen oder Monate. Einige wenige schafften sogar die gesamte Strecke von Flensburg nach Paris. Gelegentlich stießen prominente Pilgerinnen und Pilger dazu: kommunale Politiker, Bischöfe und die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.

Auf ihrem Weg nach Paris, der oft über alte deutsche Pilgerpfade führt, steuerten die Wanderer immer wieder „Kraftpunkte“ an. Als solche verstanden sie etwa Gemeindehäuser mit Solaranlagen, Biogasanlagen oder einen Tierpark zur Erhaltung alter Nutztierassen – Beispiele für einen nachhaltigen Umgang mit der Schöpfung. Ebenso besuchten sie „Schmerzpunkte“, wozu eine Anlage zur Massentierhaltung oder ein aktiver Braunkohletagebau gehörten. Zwischendurch gab es Gesprächsrunden, Diskussionen mit Politikern und Workshops. So war es auch eine Bildungsreise – für die Teilnehmenden, aber auch für die Menschen in den Orten, die durchquert wurden. Doch auch stille Zeiten mussten sein. Pilger Christian Seidel etwa suchte sie immer wieder, „denn die wunderbaren Landschaften, Städte und Dörfer, die wir sahen, wollte ich einfach nur genießen“. Andachten wurden gefeiert, spirituelle Impulse gegeben. Klimapilgern ist, wie im Namen schon mitklingt, eine Mischung aus Kontemplation und politischem Engagement. Eine Mischung mit großer Kraft. Wer pilgere, bewege sich, halte

Bild rechts: Die Klimapilgergruppe auf der Etappe von Osnabrück nach Lengerich am 13. Oktober 2015.

inne und spüre die Ressourcen Gottes, der in uns wirkt, beschrieb es Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD. Und er bekomme so die Kraft zu handeln. Initiiert und organisiert hat den Ökumenischen Klima-Pilgerweg ein breites Bündnis aus Landeskirchen, Diözesen, Verbänden und Entwicklungsdiensten. Nachdem sich die Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen nach ihrer Vollversammlung in Südkorea 2013 auf einen „Pilgerweges der Gerechtigkeit und des Friedens“ begeben hatten, entstand die Idee, im Rahmen der Weltklimakonferenz eine ähnliche Aktion zu starten.

Wunde Füße, Blasen und Muskelkater blieben nicht aus. Manchmal regnete es in Strömen. Abends fanden die müden Knochen ein hartes Ruhelager auf der Isomatte in einem Pfarr- oder Gemeindehaus. Doch gemeinsam die Komfortzone zu verlassen, sich für ein Ziel auf den Weg zu machen, führte zu einem starken Gemeinschaftsgefühl.

Europäischer Stationenweg



Venezia 21.01.2017

Die Lagunenstadt ist von ihrer wechselhaften Geschichte geprägt. Die Reformation fiel dort auf fruchtbaren Boden, doch den italienischen Sympathisanten der Reformation wurde schnell der Garaus gemacht und im Untergrund blieb man aktiv.

Ljubljana 24.01.2017

Die Hauptstadt Sloweniens ist auch deren politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum. Im Jahr 1536 errichtete der württembergische Reformator Primus Truber dort eine Lateinschule im Range eines Gymnasiums.

Puconci 25.01.2017

Puconci ist eine Gemeinde und eine Ortschaft in der historischen Region Prekmurje in Slowenien. In der Reformationszeit war eines der Dörfer, das heute zur Gemeinde gehört, mehrheitlich evangelisch.





In dieser Atmosphäre fiel es leicht, sich Menschen zu öffnen, die man kaum kannte. Er habe zahlreiche Gespräche geführt, in denen ihm fast Unbekannte aus ihrem Leben berichteten, erzählt Christian Seidel. Und die vielen Freiwilligen in den Kirchengemeinden, die die Pilgerinnen und Pilger an den Haltepunkten liebevoll versorgten, machten die Strapazen am Ende des Tages wett.

In der deutsch-französischen Grenzregion wird die oft leidvolle gemeinsame Geschichte der beiden Länder bewusst. Doch die alten Feindschaften sind schon lange begraben, Europa ist zusammengewachsen. Französische Pilger stießen zu den deutschen hinzu, gemeinsam gingen sie weiter. Nur vereint kann Europa die Herausforderungen der Gegenwart annehmen und seinen ressourcenverbrauchenden Lebensstil verändern, damit Menschen im globalen Süden nicht die Konsequenzen tragen müssen. Dann kam die Nachricht von den Terroranschlägen in Paris. Nur wenige Tage, bevor Pilgergruppen aus Dutzenden Ländern zu einer großen Kundgebung zusammenkommen wollten, hatte sich die Situation dramatisch verändert. Die Kundgebung musste abgesagt werden. Am 27. November trafen dennoch Hunderte Menschen am Ende ihres Pilgerweges in der St.-Merry-Kirche in Paris ein. Sie hatten große Strecken innerhalb Europas zurückgelegt, kamen aus Österreich, den Niederlanden, England oder eben Deutschland. Aber auch in Übersee hatten sich Menschen auf den langen Weg nach Paris gemacht, waren aus Vietnam, Indonesien oder den Philippinen angereist. Sie erzählten einander von der Schönheit ihrer Heimat, aber auch von den sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels. Ihr Lob der Schöpfung und ihre Sorge um sie wur-

den zu einem ganz eigenen Gebet. Am folgenden Tag übergaben die Pilger Christiana Figueres, Leiterin des Sekretariats der Klimaschutzkonvention der Vereinten Nationen, eine Petition mit 1,8 Millionen Unterschriften. Kontemplation und Handeln. „Nicht nur die Politik trifft Entscheidungen, sondern auch jeder Einzelne von uns. Ob weniger sichtbar, wenn wir zu Hause Müll vermeiden, oder nach außen deutlich, wie mit dem Klimamarsch nach Paris“, fasst Hildegard Wöhle ihre Erfahrung nach vier Wochen Wanderschaft zusammen.

DIE FÜNF ZIELE (GEKÜRZT)

- Die Stimme erheben für die Schwächsten und meist Verwundbarsten in der Weltgemeinschaft. Denn „die Opfer des Klimawandels sind die neue Gestalt der Armen, Witwen und Fremden, denen besonders die Liebe und Fürsorge Gottes gilt.“ (Minute on Climate, Justice Busan)
- Auf die globale Dimensionen des Klimawandels aufmerksam machen und den Diskurs um Gerechtigkeitsfragen (Verteilungsgerechtigkeit, Lastenausgleich) vorantreiben.
- Sich mit unterschiedlichen Menschen gemeinsam auf den Weg machen und für das Thema Klimagerechtigkeit sensibilisieren. Durch die Medien soll Öffentlichkeitswirksamkeit erreicht werden.
- Das Engagement einzelner Gruppen oder Projekte für mehr Klimagerechtigkeit sichtbar und erlebbar machen. Auf dem Weg „Kraftpunkte“, sog. Best-practice-Beispiele in Sachen Klimaschutz, besuchen. Gleichzeitig sollen „Schmerzpunkte“ aufgezeigt werden, an denen politische Weichenstellungen nötig sind.
- Die Vernetzung von kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen und ein breites Bündnis von MitstreiterInnen.

ZWISCHENRUF

BLICK AUS POLEN



Derzeit reagiert die Mehrheit der Polen – etwa 70 Prozent – mit starker Abwehr auf die Ankunft der wenigen Flüchtlinge im Land. Dies ist auch eine Folge der Angst vor dem Fremden. 75 Prozent der Polen hatten in den letzten drei Jahren keinerlei Kontakt mit Ausländern. Daher lohnt es sich, in die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft zu investieren und Räume für den interkulturellen Dialog zu schaffen. Ich denke, dass solche Aktionen die Angst vor dem Fremden mindern können und dass eine Entwicklung hin zu einer offeneren Gesellschaft möglich ist. Dieser Prozess bedarf weiser und geduldiger Unterstützung sowie Verständnis für die besonderen Bedürfnisse der Polen nach Jahrzehnten der kommunistischen Abschottung vor äußeren Einflüssen. Momentan meinen dennoch 81 Prozent der Polen, dass es richtig war, der EU beizutreten.

Die Gemeinden der lutherischen Kirche in Polen haben zahlreiche Partnerschaften zu anderen Gemeinden und protestantischen Kirchen in Europa. Mit unseren Partnern arbeiten wir an Projekten zu den Themen Kirche, Bildung, gemeinnützige Arbeit und Jugendarbeit. Die Diakonie führt den Europäischen Freiwilligendienst durch. Als Teil des polnischen ökumenischen Rates beteiligen wir uns am Projekt „Versöhnung in Europa“ – einer Aufgabe der Kirchen in der Ukraine, Weißrussland, Polen und Deutschland. Seit 2005 gab es viele Veränderungen in der polnischen Gesellschaft – angefangen von rein ökonomischen Faktoren (z. B. der Möglichkeit, Subventionen für Landwirte zu erhalten, den Bau neuer Straßen und viele Zweige der Wirtschaft zu nutzen) bis hin zu sozialen Aspekten. Wenn ich mein Heimatland von 2005 mit dem von 2015 vergleiche, ist es für mich schwer zu glauben, dass es dasselbe Land ist. Ich träume davon, dass die Veränderungen dieses Jahr noch weiter voranschreiten, damit alle europäischen Werte in Polen einmal mit der gleichen Begeisterung geteilt werden wie die Mitgliedschaft in der EU.



Pastor Karol Długosz

Deutschsprachige Evangelische Gemeindegruppe in Warschau
www.warschau-evangelisch.de

Was hält Europa zusammen?

Auch die jungen Menschen, die in einem anderen Land ein freiwilliges soziales oder diakonisches Jahr leisten. Vier von ihnen schildern ihre Erfahrungen.



Sophie Storch

Anstöße zum Nachdenken und Handeln



Ich lebe in Litoměřice in Tschechien und arbeite in der Gedenkstätte Terežín/Theresienstadt, einem Ort des Gedenkens für die Opfer des Holocaust. Ich betreue Gruppen, die die Gedenkstätte für mehrere Tage besuchen. Das Programm besteht aus Führungen durch das ehemalige Ghetto, Workshops sowie Exkursionen in die Gedenkstätte Lidice oder nach Prag in das jüdische Viertel. In Prag organisieren wir Gespräche mit Überlebenden, die von ihren Erlebnissen erzählen. Diese Gespräche sind etwas sehr Wertvolles, da wir uns glücklich schätzen können, zu einer der letzten Generationen zu gehören, die noch die Möglichkeit hat, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen kennenzulernen und ihnen Fragen zu stellen. Die Begegnungen mit ihnen sind spannend, aber zugleich auch sehr berührend. Ich nehme viel für mein Leben aus diesen Gesprächen mit. Am schönsten ist es jedoch, wenn ich mich mit den Überlebenden über ganz alltägliche Dinge oder die Zeit nach 1945 unterhalte. Ich beginne dann, sie nicht nur auf einen Teil ihres Lebens zu reduzieren. Ich habe die Hoffnung, mit meiner Arbeit bei den Besucherinnen und Besuchern der Gedenkstätte bleibende Eindrücke zu hinterlassen, ihnen Anstöße zum Nachdenken und vielleicht auch zum Handeln zu geben. Neben meiner Arbeit genieße ich das Leben. Tschechien ist ein wunderschönes, nicht besonders großes Land mit vielen historischen Städten und einer unglaublichen Landschaft. Ich bin glücklich, mich für dieses Jahr entschieden zu haben, und dankbar für diese Möglichkeit. Ich habe das Gefühl, Erfahrungen zu machen, die mein Leben prägen.

Alter: 22

Heimatstadt: Tecklenburg

War von September 2013 bis August 2014 in Litoměřice, Tschechien.

Organisation: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Bild links: Die Französin Amandine Descamps arbeitete im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes in einer evangelischen Kindertagesstätte in Bremen.

Laura Yilmaz

„Ich bin innerlich gewachsen“



Im kleinen Ort Torre Pellice, im Norden Italiens, habe ich ein Diakonisches Jahr gemacht. Für Italien habe ich mich entschieden, da ich italienische Wurzeln habe. Ich wollte Land und Einheimische besser kennen lernen und meine Sprachkenntnisse vertiefen. In Deutschland hatte ich bereits Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit gemacht. Ich unterrichtete fast jeden Tag gemeinsam mit einer Lehrerin Italienisch für Geflüchtete. Es war eine Herausforderung für mich, machte jedoch Spaß. Auch habe ich Geflüchtete zu Ärzten begleitet und als Dolmetscherin geholfen. Zudem habe ich einmal in der Woche die Radioshow „African Mix“ moderiert. Geflüchtete haben dort Musik ihres Landes präsentiert. Einheimische sollten durch die Sendung für die Flüchtlingsproblematik sensibilisiert werden.

Italien ist durch die Flüchtlingskrise besonders überlastet. Dort kommen viele der Geflüchteten an. Andere europäische Länder sollten Italien unterstützen. Die EU hat sich schließlich zusammengeschlossen, um auch in schwierigen Zeiten zusammenzuhalten.

Als mein Freiwilligendienst sich dem Ende neigte und ich zurück nach Deutschland musste, waren alle traurig und fragten mich, ob ich nicht verlängern könne. Das hat mir gezeigt, dass ich gute Arbeit geleistet habe. Ich habe sehen können, wie auch durch Kleinigkeiten etwas bewirkt wird. Etwas für uns Selbstverständliches kann für andere eine große Sache sein. Viele haben nichts und müssen um ihr Leben kämpfen. Mir ist bewusst geworden, wie gut es uns hier in Deutschland geht. Wir sollten das alle schätzen lernen und zufrieden sein mit dem, was wir haben.

Mein Freiwilligenjahr war ein großer Schritt in meiner Persönlichkeitsentwicklung. Ich bin innerlich gewachsen und habe neue Seiten an mir entdeckt. Auch habe ich viel über andere Kulturen und Lebensweisen gelernt. Zusammenfassend kann ich sagen, dass dieses Jahr eine sehr wichtige und bereichernde Erfahrung für mich war, zu der ich jedem nur raten kann!

Alter: 22

Heimatstadt: Maintal

War von September 2014 bis August 2015 in Torre Pellice im Norden Italiens.

Organisation: Diaconia Valdese

Henning Knapmeyer

Ein Jahr mit Gott



Mein Diakonisches Jahr habe ich in der St. Marks Church in Romford in London absolviert. Ich habe im „Community Café“ der Gemeinde geholfen, in der Kinder- und Jugendarbeit mitgearbeitet und administrative Aufgaben übernommen. Bevor ich ins Studium startete, wollte ich das Leben von Menschen an anderen Orten kennenlernen. Bei einer kirchlichen Organisation habe ich mich beworben, weil ich dieses Jahr ganz besonders mit Gott verbringen wollte, um meinen Glauben zu stärken.

Es gab viele eindruckliche Erlebnisse in dieser Zeit, eines war der Zusammenhalt in der Gemeinde. Sie hat ein neues Kirchengebäude gebaut, das später als geplant fertiggestellt wurde. Das Gebäude musste dann schnell eingerichtet werden – vor der Eröffnung gab es viel zu tun. Aber zusammen haben wir es geschafft.

In meine Zeit in Großbritannien fiel das „Brexit“-Votum. Mich hat in der „Leave“-Kampagne die Empörung darüber irritiert, dass Großbritannien der EU angeblich viel mehr Geld zahlen muss, als es zurückerhält. Meiner Meinung nach geht es vorrangig nicht um Geld, sondern um Solidarität. Länder oder Regionen, denen es schlechter geht, sollen gefördert werden. Und durch die enge Verflechtung innerhalb der EU ist ein Krieg in Europa heutzutage nahezu unvorstellbar.

Während meines Dienstes in dem Londoner Stadtteil, den man als sozialen Brennpunkt bezeichnen kann, wurde ich mit vielen Lebensgeschichten konfrontiert. Die haben mir gezeigt, dass ich für viele Umstände in meinem Leben dankbar sein darf. Ich bin selbstständiger und verantwortungsbewusster geworden. Ich habe gelernt, Menschen mit anderer Meinung, anderer Frömmigkeit, anderer Kultur zu akzeptieren so wie sie sind, ohne dabei meine eigenen Ansichten fallen zu lassen. Jeder Mensch ist verletzlich, hat Schwächen, viele haben Schicksalsschläge erlebt. Doch wenn man seine Probleme mit anderen teilen kann und dabei angenommen wird, ist das tröstend und hilfreich.

Alter: 19

Heimatstadt: Zeven

War von September 2015 bis August 2016 in Marks Gate, bei Romford, Großbritannien.

Einsatzstelle: St. Marks Church

Organisationen: DJiA (Diakonisches Jahr im Ausland), TFG (Time for God)

Leonie Starklauf

Mutprobe bestanden



Nach dem Abitur wollte ich nicht gleich an die Universität und wieder lernen, sondern mich ins Leben stürzen. Außerdem hatte ich mich noch nicht für ein Studienfach entschieden. So kam ich nach London, in das Marylebone Project für obdachlose und sozial benachteiligte Frauen. Zuerst arbeitete ich als Rezeptionistin im Elgood House, einem Hostel, in dem 64 Frauen betreut werden. Ich erledigte Büroarbeiten und organisatorische Aufgaben. Das zweite halbe Jahr arbeitete ich im „Day Centre“. Dorthin kommen täglich 20 bis 30 Frauen direkt von der Straße. Sie erhalten Essen, Trinken und Kleidung, können die Waschmaschine nutzen und werden beraten.

Eindrücklich war, wenn ich nach langem Bemühen zum ersten Mal spürte, dass eine der Frauen mir Vertrauen schenkte. Das machte sich nicht nur mit Worten bemerkbar, etwa wenn sie mir erzählte, wie sie nach Europa geflohen war, sondern auch in einem Lächeln oder einer Umarmung. Von denen, die selbst wenig Liebe erfahren, so viel Liebe zurückzubekommen, war ein unfassbares Gefühl. Mir wurde bewusst, wie wichtig es ist, anderen Menschen zuzuhören und ihnen Aufmerksamkeit zu schenken.

Menschen, die aus unterschiedlichen Kulturen kommen, unterscheiden sich oft voneinander. Meinungsvielfalt ist auf keinen Fall ein Nachteil, sondern bereichernd. Die Frage nach einem geeinten Europa ist heute durch Terrorismus und Flüchtlingskrise so präsent wie nie. Das Grundprinzip der EU, nämlich ein Friedensbündnis und eine Wertegemeinschaft zu sein, befürworte ich, der Umsetzung stehe ich jedoch kritisch gegenüber. Die EU ist ein wertvolles Bündnis und sollte bewahrt werden, doch an ihren Schwachstellen sollte gearbeitet werden.

Mich für den Freiwilligendienst zu melden, war meine bisher größte Mutprobe – und ich habe sie bestanden! Mittlerweile habe ich mich an der Universität eingeschrieben und beginne nun motiviert mein Studium der Zahnmedizin.

Alter: 19

Heimatstadt: Würzburg

War von August 2015 bis Juni 2016 in London, Großbritannien.

Organisation: Church Army, Marylebone Project

Europäischer Stationsweg



Sibiu 28.01.2017

Die Stadt in Rumänien heißt mit deutschem Namen Hermannstadt. 2007 fand dort die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung nach 1989 in Basel und 1997 in Graz statt, um die Zusammenarbeit der Kirchen unterschiedlicher Tradition zu fördern.

Debrecen 31.01.2017

Seit der Debrecener Synode 1567 ist die größte Stadt der ungarischen Tiefebene Zentrum des ungarischen Calvinismus. Die Identität der Stadt als „calvinistisches Rom“ ist geprägt von 15 Kirchengemeinden und zahlreichen kulturellen und sozialen Institutionen der reformierten Kirche.

Sárvár 03.02.2017

Die ungarische Stadt war Zentrum der ungarischen Reformationsbewegung. Durch Beratung von Philipp Melanchthon gründete Tamás Nádasdy 1534 in Sárvár eine Schule unter der Leitung des Melanchthon-Schülers und Humanisten János Sylvester.

Sopron 04.02.2017

In der Stadt im Nordwesten Ungarns lebt eine ungarndeutsche Minderheit, die die Zweisprachigkeit in der Stadt bewahrt hat. Dort wurde 1565 die erste evangelische Gemeinde Ungarns gegründet.

Cieszyn 08.02.2017

Die Stadt liegt im Süden Polens an der Grenze zu Tschechien. Der zur Oder führende Fluss Olsa bildet diese Grenzen. Von Herzog Wenzel III. wurde 1545 für das Herzogtum Teschen die Reformation eingeführt.



IV

**Europa aus der Sicht
des Glaubens**

Was bedeutet Europa?

Wir baten Vertreter der größten Religionsgemeinschaften Deutschlands um Statements

Weitblick

Denke ich an Europa, fallen mir als erstes die Begriffe „Einheit“ und „gemeinsame Werte“ ein. Angesichts der aktuellen Ereignisse stellt sich zunehmend die Frage, wie wir diese Werte festigen, vermitteln und somit den Zusammenhalt für die Zukunft garantieren können. Die Europäische Union steht als Konstrukt exemplarisch für eine Überwindung der Spaltung, für ein Friedensprojekt. Dieses Konstrukt bröckelt – doch unsere Überzeugung sollte dies nicht.

Wir sind mit der Herausforderung konfrontiert, einerseits die zu uns in hoher Zahl geflüchteten Menschen zu integrieren und andererseits Bewegungen entgegenzuwirken, die eine Spaltung Europas propagieren. Daher gilt es mehr denn je, für ein vereintes und starkes Europa einzutreten.

Der auf dem jüdisch-christlichen Erbe basierende Wertekodex spiegelt sich in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wieder, die an vorderster Stelle die Würde des Menschen als unantastbar definiert. Dass die Umsetzung dieser Werte innerhalb Europas Schwachstellen aufweist, erkennen wir anhand des Umgangs mit Minderheiten und den Schwächsten unserer Gesellschaft, die vielerorts noch immer Leid erfahren.



Europa bedeutet für mich auch, den Weitblick zu haben, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen.

Toleranz, Freiheit und Respekt sind Grundpfeiler, die von jedem nicht nur akzeptiert, sondern auch gelebt werden müssen. Allzu schmerzhaft haben wir erfahren, was es bedeutet, wenn diese Werte nicht mehr greifen. Die Lehre aus der Shoa manifestiert sich daher zu Recht in der Verantwortung, sich für Vielfalt und gegen Antisemitismus, Rassismus und Extremismus jeglicher Couleur einzusetzen. Auch haben wir in den vergangenen Jahren Bestrebungen erfahren, die das Grundrecht auf freie Religionsausübung einzuschränken versuchen. Hier dürfen sich die Religionsgemeinschaften nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern müssen weiterhin füreinander eintreten. Europa bedeutet für mich auch, den Weitblick zu haben, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Gerade wenn es um Israel geht, mit dem Europa eine Wertegemeinschaft teilt, wünsche ich mir oft mehr Verständnis und Solidarität angesichts der prekären Sicherheitslage des jüdischen Staates.

Generell sollten wir uns mehr auf das „Wir“ anstatt auf das „Ich“ besinnen. In einer Zeit, in der Schnellebigkeit und Egoismus viel zu oft die Oberhand gewinnen, müssen wir kulturelle Vielfalt als Chance nutzen, um ein vereinendes Miteinander und damit die Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu erreichen und den inneren Frieden zu wahren.

Einheit in Vielfalt – das ist Europa für mich. Das bedeutet vor allem, sein Leben und seinen Glauben gleichberechtigt, in Freiheit und Sicherheit leben zu können. Gemeinsam sollten wir alles dafür tun, ein freiheitliches, vielfältiges und vereintes Europa zu bewahren.



Dr. Josef Schuster

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

*Europa ist zukunftsfähig,
solange es seine Tradition
für die Gegenwart
fruchtbar macht.*

Vertrauen

Der Islam versteht sich als universelle Religion. Er ist an keinen Ort und keine Ethnie gebunden. Daher leben Muslime in Asien, Afrika, Australien und Amerika genauso, wie es eine weit in die Vergangenheit reichende muslimische Präsenz in Deutschland gibt. In Europa leben die unterschiedlichsten Religionen und Kulturen zusammen. Sie alle sind Teil der Vergangenheit und Gegenwart Europas. Dies gilt auch im Hinblick auf Muslime, für die der europäische Kontext neue Erfahrungen mit sich gebracht hat. Diese sind zum Beispiel neue Institutionalisierungsformen muslimischen Lebens und neue Formen der Begegnung mit anderen Religionen.

Europa ist zukunftsfähig, solange es seine Tradition für die Gegenwart fruchtbar macht. Konkret heißt das: Statt Abwehrreflexen sollte ein inklusivistischer Ansatz verfolgt werden. Angesichts der gegenwärtigen Realität und der Tatsache, dass auch Muslime zum Projekt Europa beigetragen haben, ist es nicht förderlich, sich ausschließlich auf eine jüdisch-christliche Tradition zu berufen. Genauso ist es aber auch notwendig, dass Muslime heute mehr konstruktive Beiträge leisten. In dem Maße, in dem diese beiden Notwendigkeiten erfüllt werden, kann es uns in Europa gelingen, dass Millionen Menschen unterschiedlicher Religionen, Weltanschauungen, Ethnien und Lebensgeschichten entschlossen zu einem friedlichen Miteinander beitragen. Erst wenn man seinem Nachbarn nicht mit Angstszenerien und einer großen Skepsis gegenübersteht, sondern mit Vertrauen und Verständnis begegnet, kann ein besseres Europa gelingen.

Der seit Jahrzehnten geführte vertrauensvolle Dialog zwischen Gläubigen verschiedener Weltreligionen in Deutschland ist ein lebendiges Beispiel für das friedliche Miteinander in Europa. Je mehr blutige Kriege überall auf der Welt toben, umso mehr gilt es, sich an solchen positiven Beispielen festzuhalten.



Burhan Kesici

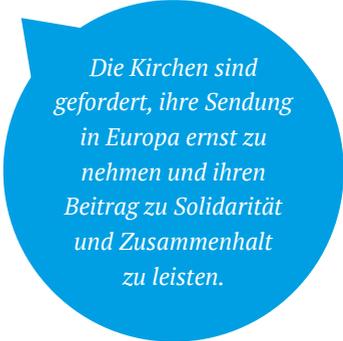
*Vorsitzender des Islamrats für die Bundesrepublik
Deutschland und Sprecher des Koordinationsrats der
Muslime*

Öffnung

Für das Verhältnis der Katholischen Kirche zu Europa ist für mich das Nachsynodale Schreiben „Ecclesia in Europa“ von Johannes Paul II. aus dem Jahr 2003 besonders wichtig. In diesem Text schreibt der Papst, wer Europa sagt, müsse damit immer „Öffnung“ meinen. Diese Aussage richtete er vor allem auf das Thema Migration, so dass sie gerade in den letzten Monaten noch einmal zu einem besonderen Bezugspunkt für Europa geworden ist.

Bereits der Titel des Dokuments „Ecclesia in Europa“ unterstreicht aber, dass die universale Kirche auch in Europa nicht in erster Linie als verschiedene Bischofskonferenzen auftreten soll, sondern als *eine* Kirche nationale Sichtweisen überwinden muss – eine ständige Herausforderung! In diesem Sinn versucht auch die Deutsche Bischofskonferenz stets, ihre Position gemeinsam mit den Bischöfen aus den anderen europäischen Staaten in die politischen Debatten in Europa einzubringen.

Trotzdem ist häufig zu bemerken, dass die Kirchen in Deutschland ein besonderes Augenmerk auf die europapolitischen Fragen werfen und sich besonders stark in Europa engagieren. Dies führt nicht zuletzt auch zu einer engen Zusammenarbeit der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz in europäischen Fragen. An besonderen Weggabe-



Die Kirchen sind gefordert, ihre Sendung in Europa ernst zu nehmen und ihren Beitrag zu Solidarität und Zusammenhalt zu leisten.

lungen Europas haben die beiden Kirchen in Deutschland sich ökumenisch zu Wort gemeldet: Ich denke dabei an den Gemeinsamen Text von 1995 zu Fragen des europäischen Einigungsprozesses, an einen Zeitungsappell der beiden damaligen Vorsitzenden zum Gottesbezug in der Europäischen Verfassung 2004, die Ausführungen zur Eurokrise in der Ökumenischen Sozialinitiative 2014 oder zuletzt die gemeinsamen Äußerungen in der Flüchtlingskrise.

Solche ökumenischen Stellungnahmen machen deutlich, dass die Kirchen immer einen wichtigen Beitrag in Europa geleistet haben. Ihre Stimme ist aber auch in Zukunft unabdingbar. Gerade Papst Franziskus, der nicht aus Europa kommt, hat in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Aachener Karlspreises die konstruktive Begleitung der Europäischen Einigung unterstrichen und dazu aufgerufen, „gerade jetzt, in dieser unserer zerrissenen und verwundeten Welt“ zur „Solidarität der Tat zurückzukehren“, die Robert Schuman am 9. Mai 1950 eingefordert hat. In einer Zeit, in der der Zusammenhalt in Europa brüchig wird, ist diese Solidarität wichtiger denn je. Die Kirchen sind deshalb gefordert, ihre Sendung in Europa ernst zu nehmen und ihren Beitrag zu Solidarität und Zusammenhalt zu leisten.



Reinhard Kardinal Marx
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Schnippchen

Im Jahr 1964 war es soweit: Die bis dahin eher unverbindlichen Begegnungen zwischen Kirchenvertretern aus dem Osten und dem Westen des durch den Kalten Krieg zerrissenen Europas erhielten durch die Gründung der „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) eine neue Verbindlichkeit. Doch die Gemeinsamkeit, welche die Kirchen durch die Gründung dieser regionalen Kirchenkonferenz praktizierten, war bei den staatlichen Stellen noch nicht angekommen. Die Delegierten, etwa aus der DDR, erhielten bis zur letzten Minute kein Einreisevisum für Dänemark, wo die Gründungsversammlung eigentlich stattfinden sollte. Deshalb verlegte man diese kurzerhand auf See, nämlich an Bord der MS Bornholm, wo in internationalen Hoheitsgewässern getagt wurde. Durch diesen Verfahrenstrick konnten alle Delegierten teilnehmen. Auf diese Weise schlugen die Kirchen den Machthabern ein Schnippchen, das buchstäblich Geschichte geschrieben hat. An *dieses* Europa glauben die orthodoxen Christinnen und Christen hierzulande auch heute: nicht an das Europa der Bürokraten, der Butterberge und der Milchseen, sondern an das kreative Überwinden von Mauern in unseren Köpfen, in unseren Herzen, in unseren Kirchen. Dieses Europa ist nicht gelähmt von der Angst vor Terror, Hass und (Selbst-)Zerstörung, sondern steht kreativ im Dienst seiner Bürgerinnen und Bürger, die es bilden. Diese Bedeutung hat nach unserer Auffassung auch die Rede von den christlichen Grundlagen und Werten Europas, die keine Abschottung oder Ghettoisierung, sondern den rechten Umgang mit allen Menschen, die ja „Bild und Gleichnis Gottes“ sind, zur Folge hat. Dabei kann übrigens auch heute noch die besagte „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK) eine wichtige Rolle spielen. Auch wenn (oder gerade weil!) sie dafür nicht mehr ein Schiff besteigen muss.



Erzpriester Constantin Miron

*Beauftragter für innerchristliche Beziehungen
Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland*

Werte

Die Europäische Union ist Ausdruck und Mittel dafür, dass sich die europäischen Nationen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, aber auch den Kriegen der Jahrhunderte davor, endlich zusammengetan haben, um das Miteinander auf dem Kontinent parlamentarisch und partnerschaftlich zu gestalten. Das ist ihr großer und geschichtlich einzigartiger Verdienst. Er ist nur vielen nicht bekannt und wird auch nicht so empfunden! Das zu kommunizieren halte ich für eine entscheidende Aufgabe. Zugleich gilt: Die EU ist keine göttliche Einrichtung. Man kann auch Frieden halten ohne eine solche Struktur. Das muss vor dem Hintergrund des Brexit immer wieder mal gesagt werden, damit die panischen Klänge etwas eingefangen werden.

Ich habe in den letzten Jahren die EU nicht so sehr als Friedensgarant wahrgenommen, sondern als Union, die weltweit ökonomische Kraft ausstrahlt und sich behaupten will gegen andere globale Player und die das Reisen erleichtert hat. Diese Faktoren sind zu wenig.

Wenn sich die EU zu sehr auf ihre ökonomische Stärke fixiert, wenn sie meist nur davon spricht und sie ins Schaufenster stellt, werden die, die davon nichts sehen, frustriert. Das ist schlecht für die Zukunft der EU und der Menschen.

Die Ökonomie spielt in der EU eine zu starke Rolle, der Frieden (und der eindeutige Erfolg in dieser Frage) eine zu schwache.

Wenn man zu viel mit der EU will, kann man auch viel verlieren. Vielleicht ist weniger mehr! Deswegen plädiere ich für eine Konzentration auf Kernwerte und Kernfragen in der EU. Dabei darf nie vergessen werden, dass Europa mehr ist als die EU. Europa ist Europas Kultur, Geschichte und religiöse Prägung. Zu Europa gehört die Schweiz! Auch England bleibt zu Europa gehörig. Wenn wir die EU als Institution wichtiger nehmen als Europa und seine Werte, kann es sein, dass die EU nicht mehr friedensfördernd wirkt.

Schließlich: Die Zeit, in der das Neue Testament verfasst wurde, ist mehr mit der heutigen Zeit vergleichbar, als es uns bewusst ist. Im römischen Reich gab es zentrale Mächte, die Frage nach Identität, es gab eine gut funktionierende Verwaltung, recht eigenständige Provinzen mit vielen Volksgruppen und Sprachen, freien Handel, miteinander konkurrierende Religionen, aber auch Toleranz fordernde Bildungsschichten. Es ist nicht alles völlig neu, was wir heute erleben, es ist nur dichter. Das zu wissen macht gelassen.

Als Christen sollen wir, egal in welchem politischen System wir leben, vor allem von dem sprechen, der sagt: „Fürchtet euch nicht. Ich bin Anfang und Ende!“ (Apg. 1,17)

*Europa ist Europas
Kultur, Geschichte und
religiöse Prägung.*



Ansgar Hörsting
Präses Bund Freier evangelischer Gemeinden

Im Dialog mit Europa

Der kirchliche Öffentlichkeitsauftrag auf europäischer Ebene

von Katrin Hatzinger

Zwar wenden sich die Kirchen in ihrem öffentlichen Wirken vornehmlich an ihre Mitglieder, doch Adressat des kirchlichen Handelns ist die Gesellschaft als Ganze. Das lässt sich bereits aus dem Alten Testament ableiten. Dort heißt es beim Propheten Jeremia in der Handlungsanweisung Gottes an das Volk Israel im Exil: „Suchet der Stadt Bestes (, dahin ich euch habe wegführen lassen,) und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohlgeht, so geht's auch euch wohl.“ (Jeremia 29, 7). Was für Israel im Exil galt, gilt erst recht dort, wo die Kirchen sich frei entfalten können. Sie sind aufgefordert, sich für das Wohl aller einzusetzen und das gemeinsame Beste zu fördern. Sie tragen zu den Voraussetzungen bei, auf die jedes politische Gemeinwesen angewiesen ist, ohne sie selber hervorbringen zu können. Das gilt für die deutsche Ebene, aber erst recht für die europäische. Gleichzeitig wollen sie sich aber nicht auf die Rolle eines bloßen Funktionsträgers reduzieren lassen, sondern stehen für eine kritisch-konstruktive Begleitung politischen Handelns. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mischt sich nicht nur durch Denkschriften, Vorträge, Pressemitteilungen und Stellungnahmen politisch ein, sondern ist über ihre politischen Vertretungen in Berlin und Brüssel auch ganz unmittelbar im Raum der Politik präsent. Dabei ist es nicht das Anliegen der EKD, Politik zu machen, sondern, um es mit dem vormaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Wolfgang Huber, zu sagen, „Politik möglich zu machen“.

Neben der Rolle als kirchendiplomatische Vertretung bei den europäischen Institutionen erfüllt das EKD-Büro Brüssel seit nunmehr 26 Jahren die klassischen Aufgaben eines Verbindungsbüros. Es informiert die EKD, ihre Gliedkirchen und Werke über aktuelle politische Entwicklungen und speist umgekehrt kirchliche Positionen in den Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozess in Brüssel ein. Das Büro ist Teil der Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der EKD. Ein wichtiges Element der Arbeit besteht darin, die politischen Entscheidungsträger auf die kirchlichen Anliegen in der Politikgestaltung und im Gesetzgebungsprozess aufmerksam zu machen. Dazu verfasst die Dienststelle zum Beispiel Stellungnahmen für die offiziellen Konsultationen der Europäischen Kommission, kommentiert Gesetzesentwürfe und bringt sich gegenüber politischen Entscheidungsträgern ein.



Im April 2016 besuchte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Brüssel. Hier standen unter anderem Gespräche mit Spitzenpolitikern der Europäischen Union auf dem Programm, wie hier mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz.

Eine Stimme für jene ohne Lobby

In der Anwendung des Öffentlichkeitsauftrages der Kirchen mischt sich die Vertretung „um Gottes willen“ politisch ein und verleiht denen eine Stimme, die selbst keine Lobby in Brüssel haben. Dabei zählen die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, das Eintreten für ein soziales Europa, der Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung in der EU-Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie die Beratung evangelischer Einrichtungen wie z. B. des DEKT zu europapolitischen Fragestellungen zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Arbeit. Dank einer Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend (aej) nimmt zudem die Jugend- und Bildungspolitik einen großen Stellenwert ein. Oft gilt es, „das Gras wachsen zu hören“ und frühzeitig, schon wenn eine Idee für eine neue Richtlinie oder Verordnung im Entstehen ist, mit den zuständigen Kommissionsbeamtinnen oder -beamten Kontakt aufzunehmen und den Austausch über das Thema zu suchen. Daneben berät und informiert die gemeinsame Servicestelle von EKD und Diakonie Deutschland im EKD-Büro über europäische Fördermöglichkeiten und unterstützt kirchliche Einrichtungen bei der Antragsstellung.

Engagement im Zeichen der Ökumene

Diese vielfältigen Aufgaben erfolgen in enger ökumenischer Zusammenarbeit mit den übrigen kirchlichen Vertretungen in Brüssel, wie etwa der Kommission der Bischofskonferenz der europäischen Gemeinschaften (COMECE), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), dem Jesuitenflüchtlingsdienst, der Caritas oder auch dem katholischen Büro in Berlin.

Die ökumenische Abstimmung ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg kirchlicher Arbeit in einem Europa, in dem die EKD zwar nach der römisch-katholischen Kirche die größte Einzelkirche ist, aber in dem sie eben nur eine nationale Kirche unter vielen ist und die Protestanten insgesamt kaum mehr als 13 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen.

Im Gegensatz zum kirchlichen Tun auf nationaler Ebene, etwa in Deutschland, sind die Rahmenbedingungen dafür, sich in Brüssel bei den EU-Institutionen Gehör zu verschaffen, aber ungleich schwieriger. Europas Vielfalt ist auch eine Vielfalt der Konfessionen und staatskirchenrechtlichen Systeme, von der orthodoxen Nationalkirche in Griechenland über die Staatskirche in England und die strikte Trennung von Staat und Kirche in Frankreich bis hin zum Kooperationsmodell der fördernden Neutralität in Deutschland. Belgien selbst ist ein Land mit katholischer Mehrheit, einem laizistischen Verfassungsverständnis, das aber zum Beispiel Raum lässt für die staatliche Bezahlung aller Geistlichen und weltanschaulichen Würdenträger, und schließlich einer starken Fraktion religionskritisch-antiklerikaler Gruppierungen wie den sogenannten Humanisten und politisch sehr mächtigen Freimaurerlogen. Dazu kommt, dass die Europäische Kommission nach dem Vorbild französischer Verwaltungsapparate geschaffen wurde und daher entsprechend stark von der französischen *laïcité* geprägt ist. Für Religion fühlt man sich nicht zuständig, die Vertretung kirchlicher Interessen im politischen Raum mutet vielen Beamten bis heute als Verstoß gegen die Trennung von Staat und Kirche an, obwohl sie längst Bestandteil der Verträge und der „European Governance“ ist.

Die Kirchenvertreter sind daher immer wieder dazu angehalten, die Botschaft der Bibel in die Sprache des Rechts und der Politik zu übersetzen, so dass auch die Menschen sie verstehen können, die einen anderen religiösen oder weltanschaulichen Hintergrund haben. Zudem kann ein grundlegendes Wissen um das Selbstverständnis der Kirche, das in Deutschland verfassungsmäßig garantierte Selbstbestimmungsrecht oder die enge Kooperation von Staat und Kirche in der Bundesrepublik in den Europäischen Institutionen nicht vorausgesetzt werden. Dementsprechend sind wir als Kirchenvertreterinnen und -vertreter gefordert, diese Zusammenhänge zu erläutern und mit guten Argumenten Bestrebungen, diese Strukturen durch europäisches Recht anzutasten, entgegenzuwirken.

Kirche und EU: Der Dialog ist gewollt

Vor diesem Hintergrund ist hervorzuheben, wie bedeutsam es ist, dass mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zum 1. Dezember 2009 auch der Dialog zwischen Kirchen und EU-Institutionen Rechtsverbindlichkeit erlangt hat. Auch dieser Artikel im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Art. 17 AEUV) verdankt sich übrigens dem gemeinsamen kirchlichen Engagement und ist daher ein großer ökumenischer Erfolg. Ohne den politischen Willen der EU-Mitgliedstaaten hätte es den „Kirchenartikel“ nicht geben können. Die EU hat sich in ihren Verträgen eben nicht für das französische Modell der laïcité entschieden und das Religiöse aus dem Öffentlichen Raum verbannt, sondern will – zumindest auf dem Papier – bewusst ansprechbar sein auf den „besonderen Beitrag“ der Kirchen und Religionen, wie er in dem „Kirchenartikel“ charakterisiert wird.

Auch schon vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon gab es natürlich einen regen Austausch zwischen Kirchen und EU-Institutionen. Allerdings verleiht Art. 17 Absatz 3 AEUV dem Dialog zwischen Kirchen und Religionsgemeinschaften auf der einen und europäischen Institutionen auf der anderen Seite eine neue Qualität und erkennt erstmals auf der Ebene des europäischen Primärrechts die Rolle der Kirchen als gesell-

Europäischer Stationenweg



Bardejov 11.02.2017

Bardejov, heute in der Slowakei, ist die Heimat von Leonhard Stöckel. Er lernte in Wittenberg unter anderem Philipp Melanchthon und Martin Luther kennen – er wurde als Erneuerer des Schulwesens zum „Praeceptor Hungariae“.

Dublin 18.02.2017

Dublin ist die Hauptstadt und größte Stadt der Republik Irland. Obwohl die meisten Iren Katholiken sind, gehören die beiden bekanntesten Dubliner Kirchen zur anglikanischen Church of Ireland. Seit mehr als 300 Jahren gibt es dort eine lutherische Gemeinde.

Liverpool 21.02.2017

Stadt der Beatles, Stadt des Fußballs, Hafenstadt, Stadt auch mit einer reichen Kirchengeschichte. Skandinavische und deutsche See- und Kaufleute kamen durch Handel, blieben und gründeten eigene lutherische Gemeinden, die zum Teil bis heute zur bunten Kirchen- und Religionslandschaft gehören.

Cambridge 23.02.2017

Die englische Stadt Cambridge ist berühmt für ihre Universität, die gotische Kapelle und den Chor des King's College. In der Taverne „White Horse“ wurde schon ab 1521 über die Thesen Martin Luthers diskutiert.

London 25.02.2017

London ist die Hauptstadt des Vereinigten Königreichs und des Landesteils England. Die Stadt liegt an der Themse in Südostengland auf der Insel Großbritannien.

Viborg 01.03.2017

1529 wurde die lutherische Reformation in der dänischen Stadt eingeführt, kurz danach wurden die Klöster und die Pfarrkirchen vom König zum Abriss freigegeben. Bis dahin war Viborg kirchliches Machtzentrum Jütlands.

schaftspolitische Akteure an. In Absatz 3 ist nämlich geregelt, dass die Union „mit diesen Kirchen (und Gemeinschaften) in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ pflegt. Damit schafft Art. 17 Absatz 3 AEUV eine wesentliche Grundlage für die aktive Partizipation von Kirchen und Religionsgemeinschaften bei der politischen Mitgestaltung der EU und bietet zum anderen unter Berufung auf Art. 17 Absatz 1 AEUV die Möglichkeit, etwaige Bedenken der Kirchen im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht auf politischer Ebene zu Gehör zu bringen. Absatz 1 bestimmt nämlich, dass die Union den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, achtet und ihn nicht beeinträchtigt. Der Dialog spielt sich auf drei Ebenen ab: auf der Arbeitsebene, in regelmäßigen Dialogseminaren und auf alljährlichen Spitzentreffen der „Religious Leaders“.

Der „Kirchenartikel“ sendet das wichtige politische Signal, dass der Dialog politisch gewollt und seine Spezifität, etwa in Abgrenzung zum Dialog mit der Zivilgesellschaft, auch rechtlich anerkannt ist. Der Beitrag der Kirchen ist für die Fortentwicklung der europäischen Integration relevant. Die Herausforderung in der täglichen Praxis besteht darin, nach dem Wechsel hin zur Juncker-Kommission (im November 2014) dafür zu sorgen, dass grundlegendes Wissen um die Dialogpraxis nicht verloren geht und der Dialog mit den Kirchen nicht thematisch verengt wird. Deshalb gilt es, den „Kirchenartikel“ immer wieder neu mit Leben zu füllen und den Dialog fortzuentwickeln.

Dazu muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass der Austausch von Politik und Kirche von beiderseitigem Interesse ist und sich nicht in jährlichen Fototerminen erschöpft: Die EU hat ein ureigenes Interesse an der Mitwirkung der Kirchen und Religionsgemeinschaften am gesellschaftlichen und kulturellen Leben Europas, aber auch an dem kirchlich-diakonischen Beitrag zu Bildungseinrichtungen und sozialen Diensten. Die Kirchen tragen mit ihrem Engagement zum sozialen Zusammenhalt bei, befördern in ihrem grenzüberschreitenden ökumenischen Miteinander den Gedanken der Völkerverständigung und setzen sich unter anderem in ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit für die europäischen Werte der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlich-

keit ein. In den Kirchen haben die EU-Institutionen damit in schwierigen Zeiten einen kritisch-konstruktiven Partner, um die europäische Integration zu befördern und ein wertebasiertes Europa zu verwirklichen.

Die Kirchen wiederum sind auf die Offenheit des politischen Gemeinwesens für ihre Impulse angewiesen und brauchen in ihm einen verlässlichen Partner zur Umsetzung gesellschaftlicher Projekte – nicht zuletzt durch Kenntnis und Akzeptanz ihrer spezifischen Verfasstheit und durch politische und rechtliche Rahmenbedingungen, die ihrem Wesen und Auftrag angemessen sind. Der Dialog hilft, das dafür notwendige Verständnis zu schaffen und zu erhalten. Als Dialogpartner sind die Kirchen Akteure im Prozess der europäischen Integration und müssen sich zu Europa verhalten. In Zeiten, in denen Uneinigkeit und nationale Egoismen den Europagedanken in die Defensive treiben und vor lauter Krisenmanagement kaum die Gelegenheit besteht, konstruktiv Politik zu gestalten, sind die Kirchen mehr denn je gefordert, für ein gelingendes europäisches Miteinander und die Vielfalt in versöhnter Verschiedenheit einzutreten. Das

Dialog mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Art. 17 AEUV)

- (1) Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.
- (2) Die Union achtet in gleicher Weise den Status, den weltanschauliche Gemeinschaften nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften genießen.
- (3) Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.

bedeutet auch im Dialog mit europäischen Partnerkirchen unterschiedliche Auffassungen etwa zum Umgang mit dem Islam oder der Integration von Flüchtlingen bewusst anzusprechen und zu diskutieren. Angesichts der Zentrifugalkräfte, der Populisten und Nationalisten, die bewusst den europäischen Zusammenhalt gefährden, geht es aber auch darum, Vertrauen zurückzugewinnen und Räume für Austausch, Begegnung und Diskussion über ein bürgernahes, soziales und weltoffenes Europa zu bieten.

Glaube kennt keine Grenzen

Der kirchliche Öffentlichkeitsauftrag ist also zunehmend auch auf europäischer Ebene relevant und die Kirchen sollten ihn proaktiv wahrnehmen und sich in die Debatte um die Zukunft Europas einbringen. Wenn es darum geht, das europäische Wertefundament auszuformen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, sollten sich die Kirchen als Impulsgeber und Multiplikatoren des Europagedankens verstehen. Glaube und Gemeinschaft kennen keine Grenzen. Friede, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sind globale Anliegen. In der Europäischen Union haben wir ein einmaliges Instrument, um diese Ziele zu verwirklichen. Das Reich, auf das Christinnen und Christen hinstreben, ist nicht von dieser Welt. Aber als Christinnen und Christen leben wir in dieser Welt und wollen sie zu ihrem Besten mitgestalten. Deshalb hat der europäische Gedanke unsere Fürsprache verdient und deshalb sollten wir in ökumenischer Verbundenheit die Chance zum Dialog mit und über Europa selbstbewusst nutzen.



Katrin Hatzinger

Oberkirchenrätin Katrin Hatzinger leitet die Brüsseler Dienststelle des Bevollmächtigten der EKD.



„Komm herüber und hilf uns!“

Das Reformationsjubiläum 2017 in Europa

von Margot Käßmann

Am 31. Oktober 2015 wurde das letzte Themenjahr der „Lutherdekade“, das unter dem Thema „Reformation und die Eine Welt“ steht, in Straßburg mit einem Fernsehgottesdienst und einem Empfang im Europaparlament eröffnet. Das war ein gewichtiges Symbol, gut vorbereitet durch ein enormes Engagement der Kirchen in Elsaß-Lothringen. Nicht deutsch-national wie in den Jahrhunderten zuvor sollen die Feierlichkeiten 2017 ausgerichtet sein, sondern weltoffen, mit einem weiten Blick über unsere Grenzen hinaus. Der Gottesdienst stand unter dem Vers Apostelgeschichte 16,9. Paulus wird nach Mazedonien gerufen: „Komm herüber und hilf uns!“ In diesem Gottesdienst las ein Mädchen das Evangelium, das beide Eltern auf der Flucht verloren hatte. Eine Fürbitte sprach eine Afrikanerin, die in Straßburg auf der Straße lebt. Im Chor sang eine junge Frau das Solo, die erst durch die Kirche und ihre großartige Stimme wieder Lebenszuversicht gefunden hatte. Die evangelischen Kirchen in Frankreich haben so einen kräftigen Akzent gesetzt, dieses Themenjahr zu nutzen für eine Weitung der manchmal allzu schnell engen theologischen oder eurozentrierten, gar deutschen Debatten.

Bild links: Mit einer rund 30 Kilometer langen Lichterkette quer durch Berlin haben rund 25.000 Menschen im Herbst 2015 ein Willkommenszeichen für Flüchtlinge gesetzt.

Dieser weite Horizont war nicht von Anfang an gesetzt für das Jubiläumsjahr 2017. Der Schweizer Evangelische Kirchenbund (SEK) fragte sich, ob überhaupt Platz sei für die oberdeutsche Reformation in einem auf Wittenberg konzentrierten Ereignis. Als ich im Herbst 2012 die Züricher Synode besuchte, wurde gefragt, ob die deutschen Lutheraner wieder Calvin zur Vorspeise und Zwingli zum Nachtisch degradieren würden, Luther bleibe ja immer das Hauptgericht. Diese Spannung wurde von SEK und EKD klug gelöst. Im Oktober 2013 fand in Zürich ein Internationaler Kongress zum Reformationsjubiläum statt, zu dem beide Kirchenverbände ihre Partnerkirchen aus aller Welt einluden. Für mich war das eine Art Durchbruch. Deutlich wurde: 1517 ist ein symbolisches Datum, das wir gemeinsam nutzen können, um an Reformation zu erinnern und gleichzeitig zu fragen, wo heute Reform und Reformation in unseren Kirchen und Gesellschaften angezeigt sind. Und ja, an Martin Luther als der Symbolfigur der Reformation führt kein Weg vorbei. Aber Reformation ist ein breiter Prozess, der viele Jahrzehnte umfasst und den viele Menschen verantworteten und gestalteten.

Europa macht sich auf den Weg

Einer von ihnen ist Jan Hus. Bei meinem Besuch bei den Kirchen in **Tschechien** im März 2014 wurde deutlich, wie groß die Enttäuschung ist, dass die böhmische Reformation in Deutschland kaum wahrgenommen wird. Das hat sich inzwischen deutlich geändert. Am ersten Juli-Wochenende 2015 wurde Jan Hus in Prag mit einem großen Fest in der Altstadt mit Musik, Vorträgen und internationaler Beteiligung in den Mittelpunkt gestellt. Die Stadt Konstanz hat die Vorgänge beim Konzil 1414–1418 ins Gedächtnis geholt. Beim Kirchentag in Stuttgart 2015 gab es ein öffentliches Podium zur Bedeutung von Hus, Wyclif und Hieronimus von Prag. Ja, auch diese Bewegung einhundert Jahre vor Luthers 95 Thesen ist Teil der reformatorischen Bewegung.

Viele europäische reformatorische Kirchen haben sich auf den Weg gemacht. Die Evangelisch-lutherische Kirche in **Italien** hat einen Kirchentag zum Thema Reformation abgehalten, die lutherische Gemeinde in **Venedig** sich im Rahmen der Biennale

HÖHEPUNKTE DES REFORMATIONSJUBILÄUMS

31. Oktober 2016

Gottesdienst und Festakt zur Eröffnung des Reformationsjubiläums in Berlin.

3. November 2016

Start Europäischer Stationenweg in Genf.

14. Januar 2017

Start der Städtetour „Pop Oratorium Luther“ in Hannover.

24.–28. Mai 2017

Deutscher Evangelischer Kirchentag in Wittenberg und Berlin.

25.–27. Mai 2017

Kirchentage auf dem Weg in Leipzig, Magdeburg, Erfurt, Jena/Weimar, Dessau-Roßlau und Halle/Eisleben.

28. Mai 2017

Festgottesdienst auf den Elbwiesen vor den Toren Wittenbergs, anschließend Picknick und Konzert.

20. Mai–10. September 2017

Tore der Freiheit - Weltausstellung Reformation. Sieben Tore der Freiheit öffnen den Blick in die Zukunft. www.r2017.org/weltausstellungreformation

1. Juni 2017

Start der Konfi- und Jugendcamps in Wittenberg: Jeweils 1500 Jugendliche leben in Dorfverbänden mit etwa 70 bis 100 Personen zusammen.

23. Juni 2017

Global schools500reformation Day in Wittenberg. Startschuss für das internationale Bildungsnetzwerk, das aus dem Schulnetzwerk schools500reformation entstehen wird.

5. Juli 2017

Festgottesdienst des Lutherischen Weltbundes und der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen mit „Wittenberger Deklaration“ in Wittenberg.

14. September 2017

Ökumenischer Christusfest-Gottesdienst anlässlich des Festes der Kreuzerhöhung.

16. September 2017

Ökumenisches Fest Deutsche Bischofskonferenz/Zentralkomitee der deutschen Katholiken/Deutscher Evangelischer Kirchentag/Evangelische Kirche in Deutschland in Bochum.

31. Oktober 2017

Bundesweiter Feiertag
Festgottesdienst und Festakt zum 500. Reformationsjubiläum 2017 in der Schlosskirche zu Wittenberg und im Stadthaus Wittenberg

- www.ekd.de
- www.r2017.org
- www.luther2017.de
- www.lutheranworld.org
- www.luther-oratorium.de

2015 über eine Barlach-Ausstellung mit Reformation öffentlich befasst. Die schwedische lutherische Kirche wird im Oktober 2016 für den Lutherischen Weltbund Gastgeberin sein, der auch Papst Franziskus in Lund erwarten darf. Die Gespräche dort haben mir noch einmal neu deutlich gemacht, dass die Reformation im Norden natürlich anders abgelaufen ist als in Deutschland, stärker von oben gesteuert, aber **Schweden** ebenso wie **Dänemark** und **Norwegen** tief verwurzelt sind in der reformatorischen Tradition.

Gespräche und Vorträge in England zeigen, dass viele Anglikaner sich als „sister reformation“ verstehen, Reformation der anderen Art. Und in Irland spielt die kleine lutherische Gemeinde in Dublin eine erstaunliche Rolle dadurch, dass sie keine Dominanz-ängste auslöst und unbefangen zum interkonfessionellen Dialog einladen kann.

Bei Einladungen zu den Kirchen in **Polen** und **Kaliningrad**, in **Spanien** und **Rumänien**, in **Brüssel** und **Amsterdam** habe ich erlebt, wie sehr diese zum Teil sehr kleinen Kirchen Selbstbewusstsein aus ihrer evangelischen Identität schöpfen und darauf hoffen, dass die Evangelische Kirche in Deutschland das Reformationsjubiläum einerseits sichtbar und hörbar macht, ihnen andererseits eine Plattform bietet, ihre Situation, ihr kirchliches Leben in Wittenberg darzustellen nach dem Motto: Die Impulse, die aus Wittenberg kamen, werden nun zurück nach Wittenberg gebracht.



*2017 wird weltweit
gefeiert, mit einem
weiten Blick über unsere
Grenzen hinaus.*



Europäischer Stationenweg



Bergen 04.03.2017

Bergen ist die zweitgrößte Stadt Norwegens. 1537 führte der norwegische König Christian III. die Reformation ein. Die evangelische Glaubenslehre erlangte den Status einer Staatsreligion, der erst 2012 ein Ende fand.

Västerås 11.03.2017

Die Stadt an einer Bucht des Mälaren war im 15. Jahrhundert stark umkämpft. Nach seinem Sieg führte 1527 Gustav I. Wasa die protestantische Lehre in Schweden ein. Seit dem 12. Jahrhundert ist Västerås Bischofssitz der schwedischen Kirche.

Turku 15.03.2017

Da Finnland mehrere Jahrhunderte zum Schwedischen Königreich gehörte, löste ein Beschluss auf dem schwedischen Reichstag 1527 auch dort die Reformation aus. Ein bedeutender finnischer Reformator war Mikael Agricola (ca. 1510–1557), ab 1554 erster lutherischer Bischof in Turku.

Riga 18.03.2017

Die Hauptstadt Lettlands schloss sich 1522 der Reformation an. Gegenreformatorische Bestrebungen, deren die Bürger sich zu erwehren versuchten, endeten mit der Eroberung durch Gustav II. Adolf 1621.

Wuppertal 23.03.2017

Die Stadt im bergischen Land entstand durch die Vereinigung der Städte Barmen und Elberfeld. Im 16. Jahrhundert wurde in den beiden Orten und den meisten anderen Wuppertaler Stadtteilen die Reformation nach reformiertem Bekenntnis eingeführt.



Herzstück Weltausstellung

Während der Weltausstellung Reformation, die 16 Wochen lang von Mai bis September in Wittenberg unter dem Titel „Tore der Freiheit“ stattfinden wird, werden diese kleineren Kirchen etwa im Gasthaus Ökumene, dass die Auslandsarbeit der EKD gestaltet, oder unter dem Dach der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) eine Möglichkeit finden, präsent zu sein. Nicht jede Kirche kann für 16 Wochen dort sein, aber jede zumindest auf Zeit Teil des Geschehens werden. Dank der Schuldklärung des Lutherischen Weltbundes gegenüber den Mennoniten als Erben der sogenannten Täuferbewegung werden auch Mennoniten, Methodisten und andere in Deutschland „Freikirchen“ genannte Kirchen der Reformation 2017 mitgestalten. Die römisch-katholische Kirche wird mit einem eigenen Zentrum im Themenbereich Ökumene und bei vielen Veranstaltungen sichtbar teilnehmen.

Für mich ist diese Weltausstellung das Herzstück des Reformationsssommers 2017. Menschen können für einen Tag kommen und miterleben, mitdiskutieren, miterdenken, was Reformation für uns heute bedeutet etwa mit Blick auf Spiritualität und Globalisierung oder mit Blick auf die Ökumene und den Dialog der Religionen oder hinsichtlich Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Dazu gibt es Themenwochen, die Menschen an speziellen Tagen zu spezifischen Themen einladen: Europa oder Frieden, Ökumene oder Schöpfung. International ist die Ausstellung einerseits, weil Menschen aus aller Welt kommen und Kirchen aus aller Welt präsent sind. Andererseits, weil sie Reformation im weltweiten Horizont versteht und vorwärts denkt.

Kurzum: 2017 wird ein internationales Reformationsjubiläum, das ist keine Frage mehr. Schon heute treffen sich Menschen aus aller Welt in der Lutherstadt Wittenberg, etwa im LWB-Zentrum, aber auch bei vielen Tagungen. Die dortigen Veranstaltungen 2017 werden von Anfang an über nationale Grenzen hinaus konzipiert. Das zeigt sich schon am europäischen Stationenweg. In 67 Städten wird der Reformationstruck oder auch Geschichtenerzählbus ab Anfang November 2017 Station machen. Menschen werden erzählen, was ihre reformatorische Geschichte ist in Genf oder Rom, in Buda-

pest oder Tukur, in Zürich oder Graz. Und sie werden Thesen mit zurück nach Wittenberg geben, die etwas darüber aussagen, wo Reform und Reformation bei ihnen heute notwendig sind.

Ich kenne die Kritik der Eventisierung. Aber ich bin überzeugt, es lohnt sich, in aller Welt von der Reformation zu sprechen, nicht nur unter theologischen Experten. Die Reformation hat die Kirche zurück zu ihren Grundlagen gebracht, sie hat Menschen befreit, auch in Glaubensfragen selbstständig zu denken, sie hat Christus und die Bibel wieder ins Zentrum gestellt – das ist ein Grund zum Feiern. Und: Reformatorische Kirchen sind lernfähig. Wir feiern 2017 nicht anti-katholisch, sondern im ökumenischen Horizont. Der Antijudaismus Luthers ist überwunden. Reformation ist keine nationale Angelegenheit, sondern eine, die wir mit Geschwistern im Glauben über nationale Grenzen hinweg kennen. Auch das ist ein Grund zum Feiern.

Gekürzte Version eines Beitrages in Zeitzeichen 9/2016



Margot Käßmann

Die ehemalige Hannoversche Landesbischöfin und EKD-Ratsvorsitzende Prof. Dr. Margot Käßmann wirkt seit April 2012 als Botschafterin der EKD für das Reformationsjubiläum 2017.

ZWISCHENRUF

BLICK AUS FINNLAND



Finnland hat eine deutliche westliche Ausrichtung und eine positive Grundstimmung zur EU. Getrübt wird diese Sicht durch das angespannte Verhältnis der EU zum östlichen Nachbarn Russland. Europa ist zudem ein wichtiger Wirtschaftspartner. Sorge bereitet einigen Finninen und Finnen die aktuelle Flüchtlingsthematik. Im vergangenen Jahr sind die Zahlen deutlich gestiegen, auch weil einige Flüchtlinge über Russland nach Finnland in die EU eingereist sind. Anders als zum Beispiel in Deutschland gibt es hier Unsicherheit durch mangelnde Erfahrungen im Umgang mit Flüchtlingen. Eine grundlegende EU-Skepsis, wie sie die „Wahren Finnen“ („Perussuomalaiset“) als Regierungsmitglieder artikulieren, existiert aber nicht.

Wir pflegen eine Gemeindeparterschaft zur Domgemeinde Ratzeburg in Deutschland. Zu Beginn wurde hauptsächlich der Jugendaustausch gefördert, heute steht die Seniorenparterschaft im Mittelpunkt. Darüber hinaus pflegen wir intensive Kontakte zu deutschen Gemeinden in angrenzenden Staaten, z. B. in Tallinn, St. Petersburg und Stockholm.

Wir sind keine deutschsprachige Expat-Gemeinde, sondern Teil des finnischen Kirchensystems. Die Ukraine-Krise und die EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland haben zu einem geringeren Steueraufkommen in Finnland geführt. Das hat Kürzungen im Gemeindehaushalt zur Folge. Einige unserer finnischen Gemeindeglieder werden aufgrund der angespannten Situation zwischen der EU und Russland zu Reservistenübungen eingezogen.



Hauptpastor Matti Fischer

Deutsche Gemeinde in Helsinki

www.deutschegemeinde.fi

Die evangelischen Kirchen und Europa

von Michael Bünker

Das Jahr des Umbruchs in Europa, 1989, hat auch das Verhältnis der evangelischen Kirchen zu Europa und zu den politischen Institutionen Europas verändert. Auf der „Europäischen Evangelischen Versammlung“ 1992 in Budapest diskutierten die evangelischen Kirchen die Rolle des Protestantismus auf einem nicht mehr durch Stacheldraht und Mauern getrennten Kontinent und erörterten, wie wichtig eine gemeinsame protestantische Stimme in Europa sei. Als einer der ersten Schritte auf diesem neu eingeschlagenen Weg wurde von der 5. Vollversammlung der GEKE (2001) das Lehrgespräch „Kirche-Volk-Staat-Nation. Ein Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis“ entgegengenommen¹, das nicht nur einen Standort der Kirchen anlässlich des Umbruchs in Mittel- und Osteuropa bestimmte, sondern auch ihre Aufgaben im zusammenwachsenden Europa zukunftsweisend beschrieb.

Man wird mit einigem Recht sagen können, dass viele evangelische Kirchen die Aufgabe einer Stellungnahme zu Europa als einer politischen Größe durch ihre Mitgliedschaft in ökumenischen europäischen Verbänden gewährleistet sehen wollen. Dies gilt im Blick auf die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK; bis 2014 die Kommission für Kirche und Gesellschaft in Brüssel und Straßburg der KEK), aber auch für die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE). In einem ersten Gedankengang soll daher auf das Verhältnis der GEKE zu Europa geblickt werden².

Gleichzeitig blieb die Eigenständigkeit der evangelischen Kirchen in dieser Dynamisierung des Verhältnisses zu Europa gewahrt. So gibt es verschiedene Stellungnahmen von einzelnen evangelischen Kirchen zu Europa. Einige dieser Stellungnahmen sollen exemplarisch in Abschnitt II beleuchtet werden.

¹ Kirche-Volk-Staat-Nation. Ein Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis (hg. von Wilhelm Hüffmeier), Leuenberger Texte 7, Frankfurt/Main, 2002.

² Dazu: Unterwegs nach Europa. Perspektiven evangelischer Kirchen (hg. von Hans Jürgen Luibl u. a.), Frankfurt/Main 2001 und: Theologie für Europa (hg. von Martin Friedrich), Frankfurt/Main 2006.

In Teil III wird die Stellungnahme der 7. Vollversammlung der GEKE zu Europa von 2012 aufgegriffen werden, die in ihrer Grundausrichtung und in den Themen, die sie setzte, nach wie vor Aktualität besitzt.

I. Die GEKE und Europa

In der Leuenberger Konkordie verpflichten sich die Signatarkirchen zu einer ‚möglichst großen Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst an der Welt‘ (LK 29). Nachdem in den ersten Jahren der Kirchengemeinschaft die Klärung grundlegender dogmatischer Fragen im Vordergrund gestanden war, bildete zunehmend – nicht zuletzt durch den europäischen Einigungsprozess angestoßen – die Frage der Verantwortung evangelischer Kirchen in und für Europa den weiteren Fokus der Arbeit.³ Folgerichtig beschloss die 5. Vollversammlung der Leuenberger Kirchengemeinschaft im Juni 2001 das Vorhaben der „gemeinsamen evangelischen Stimme“ in Europa. Dadurch sollte die Kirchengemeinschaft in die Lage versetzt werden, profiliert und zeitnaher als bisher in aktuellen wichtigen Fragen der Politik, der Gesellschaft und der Ökumene ein deutliches evangelisches Zeugnis abzulegen und insbesondere die Präsenz der evangelischen Kirchen auf europäischer Ebene auszubauen. Die Vollversammlung betonte, dass die Kooperation insbesondere mit der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) genutzt und vertieft werden soll. Dies geschieht auf der Grundlage einer Vereinbarung, wonach die Vertretung der Kirchen gegenüber den politischen Institutionen in Europa weiterhin so weit wie möglich über die KEK geschehen soll, in der auch die Koordinierung mit den nicht-evangelischen Kirchen geschehen konnte, während sich die GEKE auf die grundsätzliche Erarbeitung gemeinsamer evangelischer Positionen konzentriert. Grundsätzlich bestimmend ist für die sozialetisch ausgerichteten Äu-

³ Dazu und zum Folgenden: Dieter Heidtmann, Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst an der Welt, in: Evangelisch in Europa, Sozialetische Beiträge (hg. von Michael Bünker), Leuenberger Texte 15, Leipzig 2013, 15–30.



*Das Selbstverständnis
der GEKE als „Einheit in
versöhnter Verschiedenheit“
hat sich bewährt.*

ßerungen der GEKE die evangelische Zuordnung von Freiheit und Verantwortung. Die Vollversammlung in Belfast hatte im Hinblick auf die „spezifisch evangelischen Voraussetzungen und Kriterien ethischer Urteilsbildung“ festgestellt: „Grundlegend sind der Begriff evangelischer Freiheit, die Zuordnung von Freiheit und Liebe im Sinne der Rechtfertigungslehre, der Begriff des Gewissens und die evangelische Gewissensbildung sowie ein evangelisches Verständnis von Verantwortung.“⁴ Auf dieser Grundlage hat sich die europapolitische und europabezogene sozialetische Arbeit der GEKE in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ausgeweitet.

1

Im Jahr 2005 etablierte die GEKE einen „**Fachkreis Ethik**“. Diesem Fachkreis gehören Sozialetikerinnen und Sozialetiker aus unterschiedlichen europäischen Ländern an. Er erarbeitet auf Beschluss des damaligen Exekutivausschusses (heute Rates) Stellungnahmen und gemeinsame Positionen der GEKE zu ethischen Fragen. Seine Arbeitsweise ist den Kammern der EKD vergleichbar.⁵ Hier entstand z. B. die Orientierungshilfe „Leben hat seine Zeit, Sterben hat seine Zeit“ (2011) zu Fragen von Sterbehilfe und Euthanasie, die in vielen GEKE-Mitgliedskirchen in den jeweilig eigenen Diskussionen als Referenzdokument einer europäischen, gemeinsamen evangelischen Stimme aufgenommen worden ist und rege Nachfrage erfahren hat. Zurzeit erstellt der Fachkreis eine Orientierungshilfe zu ethischen Fragen der Reproduktionsmedizin. Die Orientierungshilfe wird in Zusammenarbeit mit der KEK auch mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen und des Europarates in Brüssel und Straßburg diskutiert werden. Gerade diese Konsultationsprozesse ermöglichen es, die vielen evangelischen Minderheits- und Diasporakirchen in Europa zu beteiligen und eine differenzierte, gemeinsame evangelische Stimme zu erarbeiten.

⁴ Dieter Heidtmann (Anm. 3), 27 f.

⁵ Dieter Heidtmann (Anm. 3), 21.

2

Zu aktuellen politischen europäischen Ereignissen formuliert der Fachkreis Ethik **Stellungnahmen**, die der Rat in seinen jeweiligen Sitzungen diskutiert und verabschiedet. Dies geschah etwa nach den Pariser Anschlägen im Januar 2015 („Zusammenleben in Vielfalt gestalten und den interreligiösen Dialog verstärken“), als Aufruf zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 oder anlässlich der Ratssitzung in Brüssel im Oktober 2015 zur Flüchtlingssituation in Europa. Diese Stellungnahmen sind evangelisch profiliert: So wurde im Blick auf die Anschläge in Paris im Januar 2015 („Charlie Hebdo“) auf die evangelische Sensibilität in der Verhältnisbestimmung von Meinungs- und Religionsfreiheit verwiesen, deren Freiheit sich wechselseitig bedingt. Über den GEKE-Mitarbeiter im Brüsseler KEK-Büro werden diese auch den EU-Institutionen bekannt gemacht.⁶

3

Schon die Leuenberger Konkordie hob hervor, dass der evangelische Zusammenschluss die weitere **kirchliche Ökumene in Europa befördern** soll (LK 46–49). Im Zuge seiner sozialetischen Arbeit hat der Fachkreis Ethik so z. B. mit der Stellungnahme „Menschenrechte und christliche Moral“ (2009) eine kritische Antwort auf die Grundsätze der Russisch-Orthodoxen Kirche über „menschliche Würde, Freiheit und Recht“ von 2008 formuliert. In diesen Grundsätzen hatte die Russisch-Orthodoxe Kirche u. a. die theologische Vorrangstellung nationaler und kultureller Traditionen und Werte über ein universelles Verständnis von Menschenwürde und Menschenrechte herausgestrichen und zum Dialog über die Grundsätze eingeladen. Darauf reagierte die GEKE-Stellungnahme und betonte, dass die Würde des Menschen sich nicht nach einem kulturellen Maßstab moralischen Verhaltens oder Fehlverhaltens bemesse. Gemeinsam mit der KEK und der Russisch-Orthodoxen Kirche wurde hierzu 2011 eine Tagung durchgeführt.

⁶ Diese Erklärungen sind leicht über die GEKE-Website zugänglich: www.leuenberg.eu/de



Bild links: Im Mai 1989 tagte in Basel die Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“. Erstmals seit der Reformation trafen sich katholische, protestantische, anglikanische und orthodoxe Christen zur gemeinsamen Formulierung eines Friedenswortes. Teilnehmerinnen und Teilnehmer trugen das Friedenskreuz durch die Stadt.

4

Ein weiteres Format der Beteiligung ist mit den Begegnungstagungen europäischer evangelischer Synodaler geschaffen worden (2012 Bad Boll, Deutschland; 2015 Budapest, Ungarn; 2017 Bern, Schweiz). Auf diesen Tagungen diskutieren delegierte Synodale der GEKE-Mitgliedskirchen aktuelle GEKE-Themen miteinander und bringen ihre Überlegungen in den weiteren Klärungsprozess innerhalb der Mitgliedskirchen und der Kirchengemeinschaft als ganzer ein.

Auf all diesen verschiedenen Ebenen und in den unterschiedlichen Formaten hat sich das **Selbstverständnis der GEKE als „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“** bewährt. Die in dieser Verhältnisbestimmung bestehende Einheit erlaubt eine große Bandbreite an Verschiedenheit, die sich an unterschiedlichen sozialetischen und europapolitischen Positionen der Kirchen zeigt. Diese Verschiedenheit ist allerdings viel weniger konfessionell begründet und erklärbar, sondern zumeist vor dem Hintergrund unterschiedlicher politischer und kultureller Rahmenbedingungen zu sehen. Ein weiterer Grund für diese Diversität liegt in der verschiedenen Verfasstheit evangelischer Kirchen in Europa sowie in ihrem unterschiedlichen Verhältnis zum jeweiligen Staat.



*Die Wahrheit über
das Ausmaß der
gegenwärtigen Krise
Europas kann befreiend
wirken.*

II. Beispiele europapolitischer Stellungnahmen evangelischer Kirchen

Eine Darstellung kann hier nur exemplarisch und beschränkt auf ausgewählte jüngere Stellungnahmen erfolgen. Bei Durchsicht der Stellungnahmen fällt auf, dass sie meist nicht genereller Art sind, sondern sich zu ganz bestimmten, zumeist tiefgreifenden oder dramatischen Entwicklungen äußern. Ersteres gilt für die Stellungnahmen zu den Diskussionen um einen EU-Verfassungsvertrag, Letzteres für Stellungnahmen zur europäischen Finanzkrise, zur Migrationspolitik und zum Referendum in Großbritannien.

- Die europäische Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise seit 2008, die einherging mit schwerwiegenden sozialen Folgen und Verwerfungen in vielen EU-Mitgliedsstaaten, hat einige Kirchen dazu veranlasst, über **Wirtschaft und Wirtschaftsethik** nachzudenken. Die *Protestantse Kerk* in Nederland hat im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Niederländischen Rat der Kirchen 2013 das Dokument „Faith and Economics: Perspective on the Economic Crisis“ veröffentlicht. Darin werden die europäische Krise und ihre Folgen für die Gesellschaften thematisiert. Als eine Konsequenz wird die Notwendigkeit einer stärkeren politischen und ökonomischen Integration in der EU gesehen, die aber in der Bevölkerung vieler Mitgliedsstaaten auf Widerstand treffen dürfte. Die Kirchen in Europa hätten sich allerdings in der Vergangenheit für eine weitere Integration ausgesprochen, sofern diese sich an Zielen wie sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität orientiere. Der *Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK)* hat 2010 die Schrift „Gerechtes Haushalten und faires Spiel – Studie zu den jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrisen aus evangelischer Sicht“ veröffentlicht, die sehr differenziert die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa und in den besonders betroffenen Staaten analysiert. Auch der SEK hebt hervor, dass eine Ursache in der nicht vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion in der EU liege: Die Kombination einer supranational zentralisierten Geldpolitik und einer nach wie vor national verantworteten Finanzpolitik sei problematisch. In den weiteren Erörterungen steht eine ord-

nungspolitische und ethische Perspektive im Vordergrund, die auf eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft zielt.

- Das **Referendum Großbritanniens vom Juni 2016** zur Frage des Verbleibes in der EU hat insbesondere die Kirchen Großbritanniens umgetrieben. Dabei lassen sich zwei Haltungen erkennen. Da in Schottland die Zustimmung zu einem Verbleib in der EU sehr groß war, hat die Church of Scotland sich auch sehr klar für diesen Verbleib ausgesprochen. Ihre *General Assembly* unterstrich die Bedeutung der EU für Frieden, Sicherheit und Versöhnung.⁷ Gleichzeitig hat die *Church of Scotland* gemeinsam mit *The United Reformed Church*, *The Methodist Church* und *Baptists together* den Leitfaden „Think, pray, vote: EU referendum resources for churches“⁸ herausgegeben, der den Gemeinden die Möglichkeit geboten hat, wesentliche Fragen zum Referendum informiert zu diskutieren. Hauptthemen des Leitfadens waren z. B. der gemeinsame Markt, Souveränität und Subsidiarität, der freie Personenverkehr sowie Frieden und internationale Beziehungen. Mit diesem Leitfaden boten die Kirchen Informationen und Grundlagen für eine offene, aber informierte Diskussion über das Referendum. Sie hielten sich aber bewusst mit einer eigenen Abstimmungsempfehlung zurück, um das Gespräch in einer zunehmend emotional geführten Debatte über die verschiedenen Lager hinweg zu ermöglichen.
- Im Bereich der **Flüchtlingspolitik** engagieren sich sehr viele evangelische Kirchen und Gemeinden in Europa. Dieses Engagement kann selbst als Stellungnahme in und zu Europa und zu dem, was Europa ausmacht, angesehen werden. Dies gilt etwa für die *Helleniki Evangeliki Ekklesia*, die als Minderheitskirche in Griechenland ein enormes Engagement durch ihre Mitglieder zeigt. Ähnliches ließe sich von Kirchen und Gemeinden Mittel- und Osteuropas berichten. Auf der Ratssitzung der

⁷ Pressemitteilung 24. Mai 2016: www.churchofscotland.org.uk/news_and_events/news/recent/general_assembly_reaffirms_position_on_european_union (zuletzt: 07.07.2016).

⁸ S. www.jointpublicissues.org.uk/issues/eu-referendum/ (zuletzt: 07.07.2016).

GEKE in Rom im Juni 2016 stellte die Föderation evangelischer Kirchen in Italien ihr Projekt humanitärer Visa vor, dem mittlerweile vom italienischen Staat zugestimmt worden ist und das gemeinsam mit der Kommunität Sant'Egidio durchgeführt wird. Dieses Projekt findet auch in Brüssel und im Europäischen Parlament Anklang und Unterstützung.⁹

⁹ s.: www.mediterraneanhope.com/corridoi-umanitari/the-humanitarian-corridors-pilot-project-presented-to-the-european-parliament-in-brussels-1180 (zuletzt: 08.07.2016).

Europäischer Stationsweg



Bremen 25.03.2017

Bremen ist die Hauptstadt des kleinsten Bundeslandes, in dem Bürgersinn und freiheitliches Denken groß geschrieben wird. Themen wie Flucht und Schutz hängen mit der ersten evangelischen Predigt von 1522 zusammen. Die Reformationsgeschichte begründete die typische evangelische Vielfalt an der Weser.

Wilhelmshaven 28.03.2017

Die Stadt am Jadebusen gehört zum Jeverland, wo Kanzler Remmer von Seediæk bereits 1535 die erste Kirchenordnung für das Jeverland verfasste. Die Reformation im Oldenburger Land kam schleppender voran.

Emden 30.03.2017

Emden ist die größte Stadt Ostfrieslands. Im 16. Jahrhundert gehörte Emden neben Genf und Wittenberg zu den bedeutendsten Stätten der Reformation. Unter anderem wirkten dort Johannes a Lasco, Albert Rizaeus Hardenberg und Menso Alting.

III. Frei für die Zukunft – Verantwortung für Europa

Die 7. **Vollversammlung der GEKE** fand 2012 in Florenz inmitten der Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren tiefgreifenden sozialen Folgen und Verwerfungen in Europa statt. Schon damals waren die heute noch stärker gewordenen rückzugsorientierten und populistischen Strömungen zu beobachten. In diesem Kontext verabschiedete die Vollversammlung eine Stellungnahme, die sich entschieden für den weiterführenden, gemeinsamen europäischen Weg einsetzt und den biblischen Zusammenhang von Wahrheit und Freiheit für die Situation in Europa aktualisiert. Auch wenn die Situation Europas und der EU sich in den letzten Jahren noch einmal dramatisch verändert hat, kann diese Stellungnahme in ihrer Grundausrichtung und den Akzenten, die sie setzte, immer noch als ein Referenzdokument evangelischer Haltung gegenüber Europa angesehen werden.

„Christlicher Glaube lebt von der Erfahrung, durch die Wahrheit frei für die Zukunft zu werden. Er hält sich an die biblische Zusage: ‚Die Wahrheit wird euch frei machen‘ (Johannes 8,32). Im Vertrauen auf diese Zusage sind die Kirchen der GEKE davon überzeugt, dass die Wahrheit über das Ausmaß und die Konsequenzen der gegenwärtigen Krise Europas für die Menschen nicht nur zumutbar ist, sondern auch befreiend wirken kann. Nur mit dem Mut zur Wahrheit können wir neue Handlungsspielräume und Perspektiven für die Zukunft gewinnen. Daher möchte die Vollversammlung die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ebenso wie alle Bürgerinnen und Bürger Europas ermutigen, sich auch unbequemen Wahrheiten zu stellen.

Der Mut zur Wahrheit befreit von der Behauptung, die gegenwärtigen politischen Strategien seien alternativlos. Zwar kann es Situationen geben, in denen man nur eine einzige Lösungsmöglichkeit sieht. Doch gibt es auch eine Ideologie der Alternativlosigkeit, die das Gegenteil von Wahrheit und Freiheit ist. Sie birgt die Gefahr, die Freiheit für die Zukunft zu verspielen. Das Eingeständnis eigener Ratlosigkeit oder Unsicherheit ist kein Zeichen politischer Schwäche, sondern eines der Stärke. Gerade so kann Vertrauen in die Politik gestärkt werden, ohne dass das europäische Projekt zum

Scheitern verurteilt ist. Die Krise wird nicht schnell überwunden werden. Es gilt, in der fortdauernden Krise neue Gestaltungsspielräume für eine gerechtere, solidarische und friedliche Gesellschaft zu gewinnen.

Die Ermutigung zu Wahrheit und Redlichkeit richtet sich aber auch an die Kirchen selbst, die ja nicht außerhalb von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft stehen, sondern Akteure sind. Die Vollversammlung ermutigt daher ihre Mitgliedskirchen, sich selbstkritisch ihrer eigenen Verstrickung in die Krise zu stellen. Nur dann werden sie ihr Wort glaubwürdig an andere richten können.¹⁰

Darüber hinaus angesprochen werden: die Stärkung der Demokratie; die Beachtung der sozialen Folgen; die gerechte Ausrichtung der Steuerpolitik; die Regulierung des Finanzmarktes; kein Zurück in den Nationalismus; die Überprüfung unseres Wirtschaftsmodells; das Engagement für ein solidarisches Europa. Heute müssten sicherlich weitere Themen, wie vor allem die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik, hinzukommen; die damals genannten sind jedoch aktuell geblieben.

 www.leuenberg.net/de

¹⁰ In: *Evangelisch in Europa* (Anm. 3), 280f.



Michael Bünker

Prof. Dr. Michael Bünker ist seit 2008 Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich und seit 2007 Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa.

ZWISCHENRUF

BLICK AUS PORTUGAL



„È a vida.“ – „So ist das Leben.“ Mit solcher Gelassenheit und uns manchmal unverständlicher Geduld nehmen viele Portugiesinnen und Portugiesen die Zumutungen des Lebens hin. Und so viel ist klar: Die wirtschaftliche Situation in Portugal ist angespannt. Es ist nicht für jeden einfach, Arbeit zu finden. Die Löhne sind niedrig, die Steuern selbst für Geringverdiener hoch und vieles kostet mehr als zum Beispiel in Deutschland oder Frankreich. Wir fragen uns manchmal, wie die Leute in Portugal mit einem Durchschnittseinkommen von ca. 1000 Euro überhaupt zurechtkommen. In Lissabon scheint das kaum möglich. Aber die Familien halten zusammen, man verdient sich hin und wieder „nebenbei“ etwas und wartet darauf, dass die Zeiten besser werden.

Unübersehbar ist jedoch, dass die Armut hier in Portugal ein anderes Niveau hat als in Deutschland. Deutlich mehr Menschen bitten an unserer Kirchentür um Unterstützung finanzieller Art oder um Lebensmittel. Als Gemeinde unterstützen wir das Sozialprojekt unserer katholischen Partnergemeinde in dem besonders von Armut betroffenen Lissabonner Stadtteil „Serafina“. Wir stehen in gutem Kontakt mit Padre Crespo. Er erzählt, dass zunehmend weniger Eltern sich die Gebühren für den Kindergarten und die Kinderkrippen leisten können. Auch Hunger ist ein Thema in Portugal. Vielleicht läuft die Konjunktur ja irgendwann wieder an. Vielleicht lockert die EU ihre Auflagen, die Portugal relativ gut einhält. Manche achten genau darauf, wie die EU mit Griechenland umgeht. Manche wollen den EU-Austritt. Doch es steht auch fest: Portugal gehört zu den Netto-Gewinnern, was die EU-Einnahmen betrifft. Portugal wird wohl in der EU bleiben. Beliebt ist die EU-Politik dennoch nicht. Die deutsche Bundeskanzlerin hat mit ihrer Flüchtlingspolitik ein paar Prozentpunkte im portugiesischen Ansehen gewinnen können. Was aber vor allem wichtig ist: Wir haben die EM gewonnen! È a vida.



Pfarrerin Nora Steen und Pfarrer Leif Mennrich,
Deutsche evangelische Kirchengemeinde Lissabon
www.dekl.org

Frieden

Ein Beitrag der COMECE

„Europas Berufung zur Förderung des Friedens in der Welt“: So nennen die in der COMECE mitwirkenden katholischen Bischöfe ihren „Beitrag zur geplanten globalen Strategie der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“. Darin entwickeln sie Handlungsempfehlungen, unter anderem:

12. Humanitäre Hilfe in krisenbetroffenen Regionen nach den Prinzipien von Humanität, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit leisten, wie es im Europäischen Konsens über Humanitäre Hilfe festgehalten ist.

13. Eine Handelspolitik verfolgen, die auf die Förderung gerechter und gleichberechtigter Handelsbeziehungen mit Drittländern gerichtet ist und die spezielle und differenzierte Behandlung von Entwicklungsländern sicherstellt; faire und ethische Handelsprogramme auflegen.

14. Auf europäischer sowie globaler Ebene die Annahme verbindlicher Regeln für die Tätigkeit multinationaler Konzerne und Aktionen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung fördern.

15. Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen und Erhöhung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energien entsprechend dem Pariser Klimaabkommen einhalten.

18. Eine umfassende Abrüstungsstrategie (einschließlich nuklearer Abrüstung) entwickeln, um schrittweise Kapazitäten der Rüstungsindustrie für Friedensproduktion umzunutzen und die militärischen Arsenale auf dem europäischen Kontinent sowie weltweit unter strikter und wirkungsvoller internationaler Kontrolle und unter gebührender Berücksichtigung der globalen Sicherheitslage systematisch zu reduzieren.

 [Das gesamte Dokument zum Download:
www.comece.eu/dl/MutoJKJKoKMLJqx4KJK/20160614_PEACE_report_DE.pdf](http://www.comece.eu/dl/MutoJKJKoKMLJqx4KJK/20160614_PEACE_report_DE.pdf)

Bescheidenheit

Ein offener Brief der KEK

Seit fast 60 Jahren versuchen die Mitglieder der ökumenischen „Konferenz Europäischer Kirchen“ (KEK), zur Versöhnung und Kooperation der Völker Europas beizutragen. In einem offenen Brief an die Kirchen und Partnerorganisationen in Europa lädt sie zu „Dialog und Konsultation“ ein. Darin geht sie auch auf die Rolle der Kirchen ein:

„Bei der Diskussion darüber, auf welche Werte sich die europäische Gesellschaft insgesamt stützen sollte, steht den Kirchen, vor dem Hintergrund der ambivalenten Rolle, die die Religion in Europa in den vergangenen 2000 Jahren gespielt hat, ein gewisses Maß an Bescheidenheit gut zu Gesicht. [...] Es sollen einige in diesem Zusammenhang relevante Schlagwörter genannt werden: Kreuzzüge, Kriege um Religion und zwischen Religionen, Inquisition, patriarchale Strukturen, Hexenverfolgung, Kolonialisierung, Sklavenhandel und Sklaverei, Rassismus und Faschismus.

Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, dass die Kirchen im Lauf der Geschichte in der europäischen Gesellschaft auch eine positive Rolle gespielt haben. Denken wir etwa an ihre pastorale und diakonische Arbeit, die Schaffung und Unterhaltung von Systemen der medizinischen Versorgung, von Krankenhäusern, Schulen und Universitäten [...]

Der jedem Menschen innewohnende Wert ist für die Kirchen von grundlegender Bedeutung. Hierin zeigt sich ihr Verständnis vom Menschen als Ebenbild und Gegenüber Gottes (Genesis 1,27). Aus eigener Erfahrung wissen die Kirchen um die Spannungen und Konflikte, die mit Vielfalt einhergehen können. Ihre besten Eigenschaften zeigten Kirchen bei der Überwindung solcher Konflikte, wenn das Gefühl, zueinander zu gehören, stärker war als das Streben nach Uneinigkeit. In diesen Fällen wurde mehr Wert gelegt auf das, was die Kirchen eint, anstatt auf das Trennende.

 [Der gesamte Brief zum Download:
www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2016/06/
1GB2016_Doc15-Open-Letter-Future-of-Europe_DE.pdf](http://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2016/06/1GB2016_Doc15-Open-Letter-Future-of-Europe_DE.pdf)





Außen- und Innenansichten



„Wenn man Europa liebt, darf man auch zornig sein!“

Ein Gespräch mit Heribert Prantl über die Heimat Europa, heiligen Zorn und die Rolle der Kirchen

Als Jugendllicher engagierte sich Dr. jur. Dr. theol. h.c. Heribert Prantl (63) im Bund der katholischen Jugend, schon mit 15 schrieb er täglich Berichte für Lokalzeitungen. Nach dem Jura-Studium arbeitete er als Rechtsanwalt, Richter und Staatsanwalt, bis er 1988 als Journalist zur Süddeutschen Zeitung ging. Dort leitet er seit 1995 das Ressort Innenpolitik und ist seit 2011 Mitglied der Chefredaktion. In seinen Leitartikeln plädiert der mehrfach ausgezeichnete Journalist für einen liberalen und weltoffenen Rechtsstaat. Sein Engagement in der Ausländer- und Flüchtlingsfrage führt er auf den Kontakt zur Evangelischen Akademie Tutzing zurück. Im Juli dieses Jahres verlieh ihm die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg die theologische Ehrendoktorwürde.

Bild links: Heribert Prantl an seinem Schreibtisch im SZ-Hochhaus.

Eigentlich könnten wir Ihrer oberpfälzischen Großmutter dankbar sein, dass Sie sich so für Europa einsetzen, oder?

Sie war eine Respektsperson, sie hatte 15 Kinder. Entsprechend war die Familie verteilt im Zweiten Weltkrieg. An allen Fronten waren entweder die eigenen Kinder oder die Schwiegersöhne im Einsatz. Und deren Briefe sammelte sie in einer Kiste. Darauf stand: „Der Krieg“. Diese Kiste war und ist für mich ein Erinnerungsort.

„Bub, nun schreib, dass nie wieder Krieg kommt“, hat sie Ihnen gesagt.

So habe ich mich erinnert, als ich mich fragte: Was hat die Großmutter, die diese Kiste in ihrem Zimmer hatte, mir mit auf den Weg geben? Sie war wie eine sizilianische Mama, saß in ihrem Lehnstuhl, hat ihre kleine Welt dirigiert.

Das war also ihre Beauftragung an Sie: „Sorge für Frieden, dass nicht wieder Krieg kommt“?

So habe ich das verstanden. Man forscht ja in sich selbst: Woher kommt der Impetus für bestimmtes Schreiben, für bestimmtes Handeln, für bestimmtes Denken. Manche Kollegen haben berühmte Vorbilder. Bei mir ist es die Großmutter.

Sie haben Europa mal als Heimat bezeichnet.

Ich glaube, jeder braucht ein paar Heimaten, um so Sicherheit und Geborgenheit zu erfahren. Und ich glaube, mit europäischer Politik kommen wir nur dann weiter, wenn die Leute das Gefühl haben, dass auch Europa für sie so etwas ist wie Heimat. Kennen Sie noch den schönen Spruch von Franz Josef Strauß, der mal sagte: „Bayern ist unsere Heimat, Deutschland ist unser Vaterland und Europa ist unsere Zukunft“?

Kein schlechter Satz.

Das Vaterland wirkt natürlich ein bisschen tückisch. Aber der Satz stellt dar, was Europa sein muss. Nämlich nicht etwas, womit ich nur seltsame Verordnungen aus Brüssel verbinde.

Oft sind Sie voll des überschwänglichen Lobes für Europa.

Bin ich, ja. Weil ich das Gefühl habe, dass das spektakulär Historische in den Alltagsproblemen einfach unter die Räder kommt.

Warum schimpfen dennoch mehr Leute über Europa als es zu loben?

Weil die Errungenschaft selbstverständlich geworden ist im Lauf der Jahrzehnte. Bei den Leuten, die Krieg oder Nachkriegszeit noch bewusst erlebt haben, ist Europa etwas Spektakuläres, Außergewöhnliches. Wenn ich meine eigenen Kinder anschau: Für sie ist der Euro, für sie sind die offenen Grenzen selbstverständlich. Das Außergewöhnliche ist gewöhnlich geworden. Aber das Selbstverständliche ist nicht selbstverständlich. *Wir müssen Europa wieder schätzen, wieder lieben lernen. Wie?* Europa muss demokratischer, Europa muss sozialer, Europa muss heimatlicher werden. Das alles sind Herausforderungen, vor denen Europa steht; die nächste Generation von Europapolitikern muss sie anpacken. Und auch wenn man verzweifeln möchte wegen der mangelnden Solidarität bei der Flüchtlingspolitik oder bei der Europapolitik, sollte man sich trotzdem sagen: Unglaubliches ist passiert innerhalb von zwei Generationen auf diesem Kontinent! Und mit solchen Gedanken, mit solchem Sich-selber-Klarmachen, wächst vielleicht auch wieder die Lust, das große Projekt weiterzutreiben. Wenn ich dann sehe, wie die Generation von 25- und 30-Jährigen, wie die Studenten von heute europäisch vernetzt sind, stimmt mich das wieder zuversichtlich. Wenn die Jungen sagen: Wir lassen uns von den Rentnern nicht unser Europa wegnehmen. Davon erhoffe ich mir einen Schub.

So, wie Sie loben, so tadeln Sie aber auch und hauen drauf. Europa sei ein Konglomerat von Egoisten, da regiere der Geiz und die Egomanie.

Ich kann mich noch gut erinnern an den großen Flüchtlingssonntag im Herbst letzten Jahres, als ich den Leitartikel geschrieben habe, in dem diese Sätze stehen. Ich war wütend. Natürlich darf man sich von der Wut nicht wegtragen lassen. Aber es ist es eigentlich keine Wut, sondern ein heiliger Zorn, und der darf auch einmal sein – wenn man das Gefühl hat, alles Reden von Solidarität ist leeres Gerede. Wer Europa liebt, darf auch zornig sein, wenn Europa seine Ideale verrät.

Sie haben gerade eine Streitschrift geschrieben: „Trotz alledem, Europa muss man einfach lieben.“ Das klingt pathetisch.

Das ist pathetisch. Und es ist richtig. Europa braucht Geist, Mut, Herz und Sinn. Es gibt leider keine europäische Marseillaise. Man hat nicht das Gefühl, dass man Europa singen kann. Es wirkt wie ein bürokratisches Projekt, da fehlt irgendwas.

Es wird viel vom christliche Abendland geredet. Was haben denn die europäischen Werte mit dem christlichen Glauben zu tun?

Für mich ist soziales Wirtschaften, für mich ist kluge Sozialpolitik ein christlicher Wert. Einer der fundamentalen Sätze des Christentums oder meinetwegen des christlichen Abendlandes ist der Satz: „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ Ich glaube, die Kirchen sind schon lange nicht mehr so herausgefordert gewesen wie heute, diesen Satz zu interpretieren und ihn zur Leitlinie ihres Handelns und ihres Verhandeln mit den staatlichen Autoritäten zu machen.

Gehen die Kirchen mit der Herausforderung gut um?

An der Basis ja. Es gibt viele unglaublich engagierte Kirchengemeinden. Ich glaube, es gibt keine andere Frage in den letzten Jahrzehnten, kein anderes Thema, das Kirchengemeinden so aktiviert hat wie das Thema Kirchenasyl.

Und an den Kirchenspitzen?

Da herrscht doch ein gewisses Maß an Vorsicht, es sich mit den staatlichen Autoritäten nicht zu sehr zu verderben. Es wird ja dann behauptet, dass man in vertraulichen Gesprächen mit den Spitzenpolitikern durchaus Tacheles rede. Aber irgendwann, glaube ich, muss man aus der Vertraulichkeit heraus und muss auch öffentlich Flagge zeigen. Da sehe ich bei beiden großen Kirchen zu wenig.

Wirklich? Meine Beobachtung ist, dass sowohl evangelische wie katholische Bischöfe im Sinne der Flüchtlinge argumentieren. Aber sie werden wenig gehört.

Wenn es nicht gehört wird, dann muss ich es anders sagen.



REFUGEES



WELCOME

Bild links: Flüchtlinge suchten Unterschlupf in der Kreuzberger St.-Thomas-Kirche.

Haben die Protestanten da aufgrund ihrer Geschichte einen besonderen Ruf oder besondere Fähigkeiten?

Fähigkeiten, glaub ich, hätten sie schon – Fähigkeiten, die auf der Erkenntnis beruhen, dass das Evangelium politisch ist. Aber ich sehe, höre und spüre zu wenig von der Umsetzung dieser Erkenntnis. Ich kriege viel mit von der wunderbaren Entfaltung der Fähigkeiten an der Basis, in einzelnen Pfarreien. Aber das Mindeste, was von Kirchenleitungen zu erwarten wäre, ist eine offensive Rückendeckung.

Geht es um Kirche und Flüchtlinge, sind seltsame Dinge geschehen. Im August zum Beispiel wurde ein Ghanaer in Handschellen aus dem Kirchenasyl in einem Kloster in Münster abgeführt.

Es ist bezeichnend, dass so was passieren kann.

Oder neulich, in Regensburg, hatten Flüchtlinge den Dom, dann ein Pfarrheim besetzt. Das Bistum stellte die Versorgung ein und stellte Strafantrag wegen Hausfriedensbruch.

Was hätte Jesus Christus mit diesen Bistumsverantwortlichen gemacht? Was hätte der Jesus gemacht, der die Händler aus dem Tempel gezeißelt hat? Ob der auch die Flüchtlinge aus dem Tempel geworfen hätte oder nicht eher diejenigen, die die Flüchtlinge ausgehungert haben? Hätte Jesus gesagt: „Das ist ja unerträglich, das stinkt ja hier und unser Dom und unsere Pfarrkirche schauen nicht mehr so aus, wie wir uns unseren Dom und unsere Pfarrkirche vorstellen“? Ich glaube nicht. Vielleicht gehört es zu dem notwendigen Bewusstseinsmachungsprozess, dass Kirchen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht mehr so ausschauen werden, wie wir es gewohnt waren und wie wir es uns vorgestellt haben.

Wünschen Sie sich als Katholik von uns Protestanten: Seid ihr doch wenigstens lauter und deutlicher in dieser Frage?

Ach, es ist immer so komisch, wenn man auf die anderen zeigt. Es geht um eine gemeinsame Aufgabe der Kirchen. Ob es dann der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm macht oder Kardinal Marx oder ein anderer der Bischöfe, ist mir letztendlich

egal. Ich will die Stimme der Kirche im Einsatz für die sogenannten Schwachen so laut haben wie möglich.

Und die ist im Moment zu leise!?

Ja, die ist ja viel zu leise. Vor drei Jahren Zeit hatte ich mal eine Diskussion mit Landesbischof Bedford-Strohm in Rosenheim, es ging darum, wie laut man sein sollte. Sein Petikum war: Lautstärke führt nicht immer zum Erfolg. Und meine Position war dann: Leise zu sein führt auch nicht immer zum Erfolg. Ich glaube, man muss einfach auch bisweilen sehr wohlüberlegt den Konflikt riskieren. Und ich sehe nicht, dass die Kirchen den Konflikt riskieren – der aber in der Flüchtlingsfrage unausweichlich ist. Zu-

Kirchenasyl in der Diskussion

Im Frühjahr 2015 entspann sich zwischen Staat und Kirchen in Deutschland eine Debatte um das Kirchenasyl. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte erklärt, „als Verfassungsminister“ lehne er das Kirchenasyl „prinzipiell und fundamental“ ab. Er warf den Kirchen vor, sie stellten sich über geltendes Recht, indem sie über das Kirchenasyl die Fristen beim Dublin-Verfahren ausreizten und so dafür sorgten, dass Flüchtlinge in Deutschland bleiben könnten. Die christlichen Kirchen in Deutschland widersprachen deutlich: Sinn des Kirchenasyls sei es nicht „das Recht auszuhebeln“ erklärte der Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm. Es gehe um „einzelne ausgewählte Härtefälle“. In einem Kompromiss einigten sich schließlich beide Seiten auf ein neues Verfahren, das feste Ansprechpartner und eine engere Kommunikation vorsieht und fortlaufend evaluiert wird. Bei Spitzengesprächen zwischen dem Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge und Vertretern von katholischer und evangelischer Kirche im Dezember 2015 und im Februar 2016 zogen beide Seiten eine positive Bilanz. Ein erneutes Treffen ist für Ende 2016 anvisiert.

mindest muss man sich auf diesen Konflikt vorbereiten. Und man bewegt sich halt mit der christlichen Botschaft nicht immer im Triumphzug der Herrschenden. Und manchmal muss es Konflikt und muss es Krach geben. Ich glaube, diese Zeit rückt näher; sie ist da.

Sie benutzen oft Begriffe aus der biblischen Tradition, wenn sie aktuelle Zeitfragen kommentieren. Europa bezeichneten Sie als Wunder. Ist das nicht etwas dick aufgetragen?

Nein. Europa ist das Ende eines tausendjährigen Krieges, den fast alle gegen fast alle geführt haben. Europa ist ein welthistorisches Friedensexperiment. Es ist wundersam und wunderbar, dass nach einem furchtbaren Weltkrieg das von Hitler verächtlich „Kleinstaatengerümpel“ genannte Europa, trotz aller alten Feindschaften und trotz aller nationalen Egoismen, solche Verträge hingekriegt hat. Wunder? Vielleicht muss man manchmal nach solchen Worten greifen, um das ganz Außergewöhnliche zu beschreiben. Das Wort Wunder ist vielleicht auch ein Weckwort, um das Besondere darzustellen. Und: „Wunder“ ist ein schöneres Wort als „Projekt“.

Hat da Gott seine Finger im Spiel?

Wenn man damit die Größe des Projekts und das Besondere des Projekts beschreiben will, ist es mir auch recht. Aber der Satz darf nicht heißen, dass man weiterhin darauf vertraut, dass Gott das alles schon zum guten Ende führen wird. Das müssen schon wir selber machen. Mein Reden und Schreiben ist ein Appell, Europa nicht den Europagegnern zu überlassen. Wir müssen das europäische Feuer wieder entfachen.

Ihre Großmutter würde sich vermutlich freuen.

Sie würde mir einen Schokoladenpudding kochen.

Das Gespräch führte Uwe Birnstein

Europäischer Stationenweg



Deventer 01.04.2017

Die Hansestadt Deventer war ein Zentrum von Kultur und Wissenschaft. Gerhard Groote kritisierte den Reichtum der Kirche und entwickelte eine Bildungsreform: die Bibel in der Volkssprache, Unterricht auch für arme Männer und Frauen. So entstand der Orden „Brüder und Schwester vom gemeinsamen Leben“ (Devotio Moderna), der die Atmosphäre vor der Reformation prägte.

Dordrecht 05.04.2017

Der Augustinermönch Hendrik van Zutphen (1489–1524) war Prior des Augustinerklosters in Dordrecht. In Wittenberg kam er mit der reformatorischen Lehre in Berührung und führte diese in Bremen ein. Dordrecht ist bekannt, weil dort die Internationale reformierte Synode von Dordrecht (1618) gehalten worden ist.

Strasbourg 08.04.2017

Die Idee der Reformation fasste früh Fuß in der Stadt im Elsass. Der erste evangelische Prediger war 1521 am Straßburger Münster Matthäus Zell. 1524 übernahm der Rat die Oberaufsicht über die Kirche.

Speyer 11.04.2017

Beim Reichstag 1529 in Speyer protestierte die protestantische Minderheit gegen die Beschlüsse des Wormser Reichstages und versagte dem Kaiser die Gefolgschaft. Darauf lässt sich vermutlich der Begriff „Protestanten“ zurückführen.

Coburg 15.04.2017

Die oberfränkische Stadt beherbergte während des Reichstages in Augsburg 1530 Martin Luther, der unter Reichsacht stand und deshalb nicht nach Augsburg konnte. Der Reformator über die Veste: „Es ist ein überaus reizender und für Studien geeigneter Ort.“



ZWISCHENRUF

BLICK AUS ENGLAND



Das Referendum in Großbritannien hat gezeigt, dass das Land in seiner Haltung zu Europa gespalten ist. Die einen fühlen sich als Europäerinnen und Europäer, schätzen die Möglichkeit, in verschiedenen Ländern zu leben und zu arbeiten, und sehen die Vorteile, die der gemeinsame Markt bietet. Den anderen ist die nationale Identität wichtiger; sie fürchten die völlige Überfremdung des weithin schon multikulturellen Landes und glauben, dass ein unabhängiger Staat Kosten spart und wirtschaftlich erfolgreicher ist.

Angesichts dieser Kontroverse tritt der Frieden zwischen den Völkern, zu dem die EU beiträgt, in den Hintergrund. Er braucht nach einem Austritt Großbritanniens künftig wieder eine verstärkte Pflege.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben deutsch-britische Clubs und Städtepartnerschaften für persönliche Begegnungen gesorgt, die zur Überwindung von Vorurteilen notwendig sind. Die deutschsprachigen Gemeinden in zahlreichen Städten Großbritanniens wurden als Orte der Versöhnung betrachtet. Im zusammenwachsenden Europa schien es, als seien diese Institutionen mittlerweile überflüssig geworden. Die Debatte über den Brexit hat jedoch deutlich gemacht, dass es weiterhin großer Anstrengungen bedarf, eine Kultur der Freundschaft zu erhalten.

Die deutschsprachige Kirche in Großbritannien versteht sich selbst als ein Projekt der Solidarität zwischen Briten und Immigranten. Sie fördert die deutsch-britischen Clubs und pflegt ökumenische Kontakte auf lokaler und nationaler Ebene. Und sie macht deutlich, dass der christliche Glaube keine Grenzen kennt.



Albrecht Köstlin-Büürma

Senior der Evangelischen Synode deutscher Sprache in Großbritannien und Pfarrer im Pfarramtsbereich Süd-West
www.ev-synode.org.uk/

Feindbild und Vorbild

Ein kritischer Blick auf Europa

von Barbara Rudolph

Wir stehen auf dem Flughafen in der Schlange vor der Passkontrolle, der Bischof aus Sri Lanka und ich. Er hat zwei Pässe in der Hand. Als ich ihn danach frage, antwortet er mir: „Mein Pass ist noch recht neu. Der alte Pass zeigt, dass ich nach jeder Reise wieder in meine Heimat zurückgekehrt bin. Das hilft hoffentlich. Meiner Frau ist vor ein paar Monaten die Einreise nach Schweden zur Beerdigung des Schwagers nicht erlaubt worden. Man hatte Angst, sie bleibt.“ Als Ökumenereferentin der Evangelischen Kirche im Rheinland erfahre ich von meinen ökumenischen Partnern, wie sie Europa wahrnehmen; sie haben mitunter einen kritischen Blick von außen auf Europa, manchmal holzschnittartig, manchmal aber auch sehr differenziert. Wie der Bischof aus Sri Lanka vermitteln sie mir eine fremde, aber notwendige Perspektive auf den Kontinent, in dem ich lebe.

Migration

Für viele Menschen außerhalb Europas ist der Kontinent Europa unerreichbar. Noch nicht einmal für kirchliche Partnerschaftsbesuche werden überall Visa vergeben, vor allem, wenn es sich um Frauen ohne eigenen Verdienst oder um junge Menschen handelt. Viel dramatischer ist es, dass Menschen, die sich aus Bürgerkrieg, Diktatur und Unterdrückung, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und Armut auf den Weg machen, an der Festung Europa scheitern oder auf illegale Wege zurückgreifen. Europa, das in den letzten 500 Jahren große Auswanderungswellen erlebt und verursacht hat, ist in den Wanderungsbewegungen dieser Tage ein begehrtes, aber fast verschlossenes Ziel. Die Solidarität mit den Krisengebieten der Welt und untereinander ist eine Herausforderung, der sich Europa erst noch stellen muss. Dr. Ruth Klüger hat in ihrer Rede vor dem Bundestag anlässlich der Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2016 festgestellt: „Und dieses Land, das vor achtzig Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts verantwortlich war, hat heute den Beifall der Welt gewonnen, dank seiner geöffneten Grenzen und der Großherzigkeit, mit der Sie die Flut von syrischen und anderen Flüchtlingen aufgenommen haben und noch aufnehmen.“ Nur ein kurzer Moment?

Wirtschaften für das Leben

Die weltweite christliche Gemeinschaft erinnert die Kirchen Europas daran, dass sie in einer Verantwortungsgemeinschaft für Gerechtigkeit stehen. In dem 2004 auf der 24. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra verabschiedeten „Bekenntnis des Glaubens im Angesicht von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung“ wird zu einem Bündnis für Gerechtigkeit aufgerufen, das die „Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Alliierten“¹, insbesondere Europa, daran erinnert: „Wir glauben, dass die Integrität unseres Glaubens auf dem Spiel steht, wenn wir uns gegenüber dem heute geltenden System der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung ausschweigen oder untätig verhalten.“² In diesem Sinne mahnt die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz an, dass die Handelspolitik als Teil der EU-Außenpolitik im Dienste aller Politikziele stehen muss, die im EU-Vertrag festgeschrieben sind.³ Im Art. 208 des Lissabon-Vertrages ist Armutsbekämpfung zum Hauptziel der europäischen Entwicklungspolitik erklärt worden. Deshalb müssen Handelsabkommen (wie z. B. TTIP) auf negative Folgen für die Entwicklungsländer geprüft und diese im Zweifelsfalle kompensiert werden. Die EKD stellte 2011 fest: „Die Zielsetzung, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft weiter zu steigern und die Produktivität zu erhöhen, darf nicht zu Lasten der natürlichen Lebensgrundlagen und der Ernährungssicherung in den armen Ländern gehen.“⁴ Die Erwartungshaltung der Kirchen des globalen Südens ist, dass diesen Worten Taten folgen.

¹ Bekenntnis von Accra: Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, Ziff. 13 www.reformiert-info.de/124-0-56-3.html

² Bekenntnis von Accra, Ziff 16

³ Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. Eine Orientierungshilfe der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, S. 59 www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/Stellungnahme_TTIP_EKBO.pdf

⁴ Leitlinien für eine multifunktionale und nachhaltige Landwirtschaft, 2011, Pressemeldung der EKD vom 6.10.2011: www.ekd.de/presse/pm227_2011_leitlinien_landwirtschaft.html



Für gerechten Frieden sorgen

Während Europa sich selbst als gelungenes Friedensprojekt sieht und den Nobelpreis für Frieden im Jahr 2012 entgegennehmen konnte, trägt es auf der anderen Seite dazu bei, Krieg und Bürgerkrieg in anderen Teilen dieser Welt zu befördern. Der Export von Rüstungsgütern in Kriegs- und Krisengebiete ist zwar in Deutschland und anderen europäischen Staaten reglementiert, im Ergebnis aber nur begrenzt effektiv. „In unserem Land wird keine der Kleinkaliber-Waffen hergestellt, mit denen Rebellen, darunter auch Kindersoldaten, die Dörfer im Ostkongo überfallen“, klagt der Präsident der Baptistischen Kirche im Zentrum Afrikas (CBCA) Dr. Kakule Molo. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) setzt zu sehr auf militärische und zu wenig auf zivile Instrumente.⁶ Die Bürgerkriege in Ländern wie dem Kongo kommen der wirtschaftlichen Entwicklung Europas entgegen, wie Brot für die Welt anhand des Coltan-Handels nachweist.⁷

⁵ So z. B. der Ratsvorsitzende anlässlich des Volksentscheids der Briten zum Austritt aus der EU

⁶ Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007, S. 93. www.ekd.de/EKD-Texte/friedensdenkschrift.html

⁷ Coltanfieber 2002. www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/publikation/zfd-coltanfieber-3903.pdf

Bild links: Teilnehmende der zweiten GEKE-Begegnungstagung europäischer evangelischer Synodaler in Budapest 2015.

Mission erfüllt

„Bitte denkt daran, wir feiern nicht den Tag, an dem die Missionare uns verlassen haben, sondern den Tag, an dem die Missionare kamen.“ Das sagt der Generalsekretär der größten evangelischen Kirche Asiens, der Huria Kristen Batak Protestan (HKBP), der Batak-Kirche in Sumatra. In West-Papua ist der Tag der Ankunft der ersten Missionare Nationaler Feiertag. In Namibia ist das Missionshaus der ersten Missionare ein nationales Kulturdenkmal. In Europa sind mit der Mission häufig Negativ-Assoziationen verbunden, sie wird oft in einem Atemzug mit Kolonialismus und Ausbeutung genannt: ein häufiger Vorwurf an die Kirchen, von ihnen selbst auch wiederholt. Viele Kirchen außerhalb Europas aber verehren die Missionare, die ihnen den christlichen Glauben gebracht haben. Als Kirchen, die aus der Mission erwachsen sind, sind sie selbst missionarisch ausgerichtet, in ihren eigenen Ländern und auch im säkularen Europa. Schon längst betrachten sie das „christliche Abendland“ als Missionsgebiet.⁸ Und sie wundern sich über die missionarische Enthaltensamkeit der Europäer: „Viele Gemeinden, auch viele Pfarrerinnen und Pfarrer, haben große Zurückhaltung, mit Menschen, die den christlichen Glauben nicht praktisch leben, klar zu sprechen. [...] Die Christen sind bei der Verkündigung ihres Glaubens sehr höflich und zurückhaltend“⁹, haben Deutschlandbesucher der „Ökumenischen Visite“ im Jahr 2015 notiert.

⁸ Mission erfüllt? Edinburgh 1910–100 Jahre Weltmission, Hamburg 2009, S. 60 f.

⁹ Bericht der Ökumenischen Visite 2015 in der Evangelischen Kirche im Rheinland, S. 11. www.ekir.de/www/downloads/2015-06-20VotumOekumenischeVisite.pdf

Säkularität und christliche Werte

Mit der Frage der Mission gehen die Verwunderung und das Erschrecken außereuropäischer Christinnen und Christen (aber auch Muslime und Menschen anderen Glaubens) über die säkularen Gesellschaften in Europa einher. Dass Religion Alltag und Familie nicht oder zumindest kaum prägt, ist für viele eine völlig neue Erfahrung. Häufig gibt es eine Argumentationslinie, in der die „Aufweichung“ der Geschlechterrollen, die hohe Scheidungs- und die geringe Geburtenrate, die Anerkennung der Homosexualität u. a. als Werteverfall dargestellt werden, dessen Ergebnis leere Kirchen und sinkende Mitgliedszahlen sind. Entlang dieser Fragen gibt es Verwerfungen, für die die großen konfessionellen Weltbünde wie der Lutherische Weltbund, die anglikanische Weltgemeinschaft oder die Methodisten nach Lösungen suchen.



Europäischer Stationenweg

Augsburg 19.04.2017

Die drittgrößte Stadt Bayerns war Schauplatz des Reichstages 1530, wo Philipp Melanchthon die „Confessio Augustana“ einbrachte und verteidigte. Dieses Bekenntnis ist heute Grundlage vieler protestantischer Kirchen.

Nürnberg 22.04.2017

Kurz nachdem Luthers „95 Thesen gegen den Ablass“ gedruckt erschienen waren, wurden sie in Nürnberg in deutscher Sprache gedruckt. 1522 wurden die drei wichtigen Predigerstellen mit drei jungen Theologen, die Luthers Ideen nahestanden, besetzt.

Torgau 25.04.2017

Torgau war mit Schloss Hartenfels ein politisches Zentrum der Reformation. Überliefert ist der Spruch: „Wittenberg ist die Mutter, Torgau die Amme der Reformation“. Dort wirkte Johannes Walter, der das erste evangelische Chorgesangbuch herausgegeben hat.

Europa – Vorbild und Feindbild?

Die Bewunderung für Europa ist weltweit groß: Kultur, gute Organisation, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Kraft, politischer Einfluss. Die Sehnsucht nach einem auskömmlichen und sicheren Leben verbinden viele Menschen mit diesem Kontinent. Für viele Menschen im globalen Süden steht Europa aber nicht für die Lösung ihrer Probleme, sondern wird als Verursacher von Klimawandel, ungerechten Wirtschaftsstrukturen und Verbrauch der globalen Ressourcen wahrgenommen. Europa ist für viele der ökumenischen Partner ambivalent: Vorbild und Feindbild. Der „solidarisch-kritische Blick“¹⁰ von außen ist für den Kontinent und die Kirchen in Europa notwendig.

¹⁰ Bericht der Ökumenischen Visite 2015, S. 6: Die ökumenischen Partner haben diese Formulierung gewählt, um die ambivalenten Eindrücke ihrer europäischen Partnerkirche knapp dazustellen.



Barbara Rudolph

Oberkirchenrätin Barbara Rudolph leitet in der Evangelischen Kirche im Rheinland die Abteilung 1 Theologie und Ökumene.

„Wir haben den richtigen Zeitpunkt verpasst!“

Die Europäische Union muss wieder dahin kommen, ihren Beitrag zum Flüchtlingschutz zu leisten, fordert Doris Peschke, die sich seit vielen Jahren mit dem Schicksal von Flüchtlingen und der EU-Politik beschäftigt.

Wie schätzen Sie aktuell die Lage der Flüchtlinge in Europa ein?

In Italien und Griechenland kommen immer noch viele Flüchtlinge an. Da sie nicht weiterkommen, der Zugang zum Asylverfahren erschwert wurde, sind sie gezwungen, eine lange Zeit in Unterkünften zu bleiben, die nur für wenige Tage gedacht waren. Dort sind die Zustände oft prekär. Viele wenden sich an Schlepper, verschulden sich, damit sie über die Grenzen gebracht werden. Das bedeutet, dass sie es noch lange mit diesen kriminellen Netzwerken zu tun haben. Das sehen wir als ein großes Problem an. Doch wir haben eine weltweite Flüchtlingskrise. 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. 1,3 Millionen sind im letzten Jahr nach Europa gekommen.

Haben Sie den Eindruck, dass Europa sich abschottet und zu einer Festung wird?

Es wurde im September verabredet, dass europäische Länder 160 000 Flüchtlinge übernehmen sollen, die in Griechenland oder Italien ankamen. Umverteilt wurden bisher 3000. Es kommt etwas in Gang, und Länder wie Portugal, Rumänien und Estland machen mit. Aber es muss schneller gehen. Bis September 2016 starben bereits 3212 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Das ist die höchste Zahl an Toten im Vergleich zu den Vorjahren. Ja, das ist eine Konsequenz der restriktiven europäischen Politik, die kaum legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge schafft. Das darf uns nicht egal sein.

Es wird darüber debattiert, dass ein Land seine Grenzen schützen muss, um Eigeninteressen zu wahren. Wie sehen Sie das?

Sowohl Waren als auch Menschen gehen am besten kontrolliert über die Grenze. Flüchtlinge müssen natürlich registriert werden. Da sie aber im Moment häufig an den Grenzen abgewiesen werden, suchen sie sich andere Wege, an den Kontrollposten vorbei. Wir brauchen ein gutes Gleichgewicht zwischen Grenzschutz und Asylrecht.



Doris Peschke ist Generalsekretärin der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), einer ökumenischen Organisation der Kirchen in Europa für Migration und Integration, Flucht und Asyl.

Momentan ist es unverhältnismäßig, es wird sehr viel mehr in den Grenzschutz als in das Asylsystem investiert. Wenn es über ein Jahr dauert, bis jemand überhaupt als Flüchtling registriert wird, dann ist das zu lang. Der Weg nach Europa wurde erschwert, Flüchtlinge werden in die Illegalität gedrängt. Das zeigt einen Mangel an politischem Willen, hier etwas zu verändern und in den Flüchtlingsschutz zu investieren.

Was hat die europäische Politik versäumt?

Rückblickend würde ich sagen: Es gab zu viele Forderungen und zu wenige diplomatische Gespräche. Das führte zu Widerstand in einzelnen Ländern. Und es wurde wertvolle Zeit verloren. Bereits 2013/2014 hat die UN darauf hingewiesen, dass mit mehr Flüchtlingen zu rechnen sei. Wenn man das ernst genommen hätte, hätte man sich frühzeitig darauf einstellen und entsprechende Strukturen schaffen können. Der Großteil der Flüchtlinge bleibt in der Region ihrer Heimatländer. Jordanien, Libanon und die Türkei, die die meisten syrischen Flüchtlinge aufgenommen haben, hätte man rechtzeitig unterstützen müssen. 50 Prozent der Flüchtlinge sind minderjährig, damit keine „lost generation“ heranwächst, hätte man viel früher in Bildung investieren müssen. Wenn die Menschen in ihrer Region eine Perspektive haben, dann würden weniger nach Europa wandern. Wir haben einfach den richtigen Zeitpunkt verpasst.

Deutschland hat im Vergleich sehr viele Menschen aufgenommen, von 1,2 Millionen ist die Rede. Ist das zu schaffen?

Ich frage mich immer, wo diese Zahl herkommt. 2015 haben 442 000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag gestellt, bis zum Sommer 2016 kamen noch einmal 358 000 dazu. Es mögen 1,2 Millionen eingereist sein, viele sind aber weitergewandert. Natürlich ist es für ein Land eine große Herausforderung, wenn jeden Tag einige Tausend Menschen ankommen und versorgt werden müssen, keine Frage. Aber ich denke, Deutschland kann mehr tun. Man muss in den Wohnungsbau, die Ausstattung der Schulen mit Lehrern, in Sprachkurse investieren und Teilnahme und Teilhabe organisieren.

Europäischer Stationenweg



Berlin 27.04.2017

In Berlin wurde 1540 erstmals das evangelische Abendmahl gefeiert. Heute sind knapp über 21 Prozent der Berliner evangelisch. Die deutsche Hauptstadt ist im Reformationsommer 2017 Gastgeber des Kirchentages.

Kiel 29.04.2017

Die Hauptstadt des nördlichsten Bundeslandes Schleswig-Holstein wandte sich früh der Reformation zu: 1526 trat der Kieler Bürgersohn Marquard Schuldorp, der bei Martin Luther in Wittenberg studiert hatte, seinen Dienst als Vikar an.

Detmold/Lemgo 03.05.2017

Detmold und Lemgo, zwei Städte in Lippe. Sie stehen für die besondere evangelische Geschichte der Lippischen Landeskirche. Die Reformation begann mit lutherischer Predigt in Lemgo 1522. Graf Bernhard VIII. führt das lutherische Bekenntnis ein, Graf Simon VI. dann von Detmold aus das reformierte. Seither leben und respektieren sich in der Lippischen Landeskirche lutherische Minderheits- und reformierte Mehrheitskonfession.

Haben Sie den Eindruck, die Kirchen zeigen Solidarität in der Flüchtlingskrise?

Die Kirchen haben viel getan in den vergangenen drei Jahren, darauf dürfen wir auch stolz sein. Kirchengemeinden sind gute Orte für die Integration, weil es hier die Möglichkeit zur Begegnung mit Flüchtlingen gibt. Es gibt Interesse an den Menschen, und nicht so sehr diese Haltung: Ihr müsst so werden wie wir. Integration ist ein Veränderungsprozess für beide Seiten. Die, die neu hinzukommen, haben ein Recht mitzuentcheiden, wie sie leben möchten, auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Um sich anzunähern, muss man Gespräche führen. Da können die Kirchen vermitteln. Die Kirchen in Europa haben sich gegenseitig bei diesen Herausforderungen gestärkt, sich besucht und finanziell unterstützt, wo es dringend war und ist.

Welche Perspektiven sehen Sie für die Flüchtlingsarbeit in Europa?

Die EU muss wieder dahin kommen, dass sie ihren Beitrag zum Flüchtlingsschutz leisten will, angesichts der internationalen Krise kann man nicht vorrangig die Zahlen in Europa reduzieren wollen. Europäische und internationale Kooperation muss verbessert werden. Aber auch in den Gesellschaften müssen wir die Akzeptanz für den Flüchtlingsschutz erhöhen. Wir müssen Ängste davor abbauen, alles rolle einfach nur über uns hinweg. Angst lähmt und führt zu Entsolidarisierung. Dabei können wir viel mehr selbst und mit Flüchtlingen gestalten, wenn wir uns darauf einlassen. Auch dies haben im vergangenen Jahr Hunderttausende von Freiwilligen überall in Europa erlebt.

Das Interview führte Amet Bick



*Kirchengemeinden
sind gute Orte für
die Integration.*

„Ich dachte, Europa ist ein Paradies“

Seit gut zwei Jahren lebt Andrew Moussa in Deutschland. Seine Vorstellung von Europa musste sich seit seiner Flucht aus Ägypten an der Wirklichkeit messen lassen.

Vielen sind die Bilder aus den Nachrichten noch präsent: Auf dem Kairoer Tahrir-Platz und in mehreren ägyptischen Städten protestieren Anfang 2011 Hunderttausende gegen das korrupte Mubarak-Regime. Der arabische Frühling führt aber nicht in die Freiheit, sondern geradezu ins Chaos. 2013 putscht das Militär gegen die Macht der Muslimbrüder; die islamistischen Kräfte wiederum entladen ihre Wut an den Christen, zerstören Dutzende Kirchen und Klöster, Kliniken und Schulen. Mittendrin: Andrew Moussa. Der junge Mann ist Kopte, gehörte also zur christlichen Minderheit. Bloß weg hier, denkt er sich und setzt seinen Plan in die Tat um. Moussa hat Glück: Ihm wird ein Touristenvisum bewilligt. Nach Deutschland will er, da lebt ein Freund von ihm.

Angekommen in Deutschland, stellt er einen Asylantrag, die Begründung: politische Verfolgung. Sechs Monate lang wartet er. Arbeiten darf er nicht, die Zeit nutzt er aber gut: Er lernt Deutsch. So leidenschaftlich, dass er die Lehrkräfte nervt, er will immer mehr und schneller lernen. „Mir war klar: Chancen habe ich hier nur, wenn ich die Sprache kann“, erzählt er. Sechs Monate dauert es, dann wird er zur Anhörung geladen. „Die Frau war sehr unfreundlich“, erinnert er sich. Journalist möchte er werden. Durch Glück bekommt er einen Praktikumsplatz beim zdf. Zwischendurch Gänge zum Lageso, dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales. Menschenmassen, die in endlos langen Schlangen warten, ja sogar in der Kälte vor dem Amt übernachten müssen, bevor sie in eine Amtsstube dürfen. Andrew Moussa möchte nicht untätig bleiben. Er schreibt 600 Briefe an Abgeordnete, schildert ihnen sein Schicksal und fragt, ob sie sich einsetzen könnten. 50 Rückmeldungen kommen, immerhin. Eine Politikerin macht ernst und verwendet sich bei den Behörden für ihn. Im Dezember 2015 folgt seine zweite Anhörung. Anfang dieses Jahres dann die erlösende Botschaft: Er ist als Asylberechtigter anerkannt, hat dreieinhalb Jahre Aufenthalts- und Arbeitsrecht. Jetzt hat er sich bei einer Journalistenschule angemeldet. Seinem Traumjob kommt er immer näher, jetzt, mit 23 Jahren.



Andrew Moussa beim Gespräch in einem Café am Berliner Bahnhof Zoo.

Und so langsam hat er auch ein realistisches Bild von Europa bekommen, dem Land seiner Sehnsucht. „Als Kind erschien es mir wie ein Paradies“, sagt er: „Alle halten die Gesetze, es gibt nur Luxusprobleme, keine Korruption, keine Armut, keine Obdachlosigkeit, alles easy, alles happy.“ Schnell sah er auf der Straße in Berlin Obdachlose, Arme, Flaschensammler. Spürte, wie langsam und unperfekt deutsche Behörden arbeiten. Ein Paradies ist Deutschland wahrlich nicht, hat Moussa gelernt.

Und was denkt er über die derzeitige Situation Europas? „Es sind viele Länder, in denen verschiedene Sprachen gesprochen werden und die trotzdem kooperieren – ganz anders als in der Arabischen Liga. Da sprechen alle dieselbe Sprache, aber können sich nicht einigen.“ Was ihm noch auffällt: die Doppelmoral, die herrscht: Europa liefert Waffen in arabische Länder und ist damit Teil des Flüchtlingsproblems. „Europa hat dazu beigetragen, dass die Probleme in arabischen Ländern entstanden sind.“ Und die AfD? Deren Schwarzmalerei sei schon dumpf. Andererseits: „Ich komme aus einem Land, in dem keine Meinungsfreiheit herrscht. Mir ist lieber, jemand äußert sich rassistisch, als schweigen zu müssen!“

Uwe Birnstein

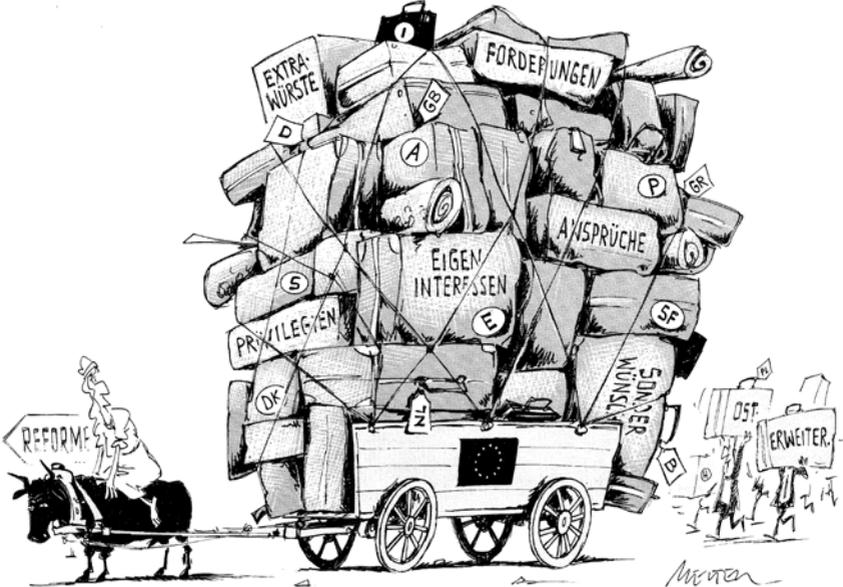
Europa mit Humor

Kennen Sie den? „Der Himmel ist, wo die Briten Polizisten, die Franzosen Köche, die Deutschen Automechaniker, die Italiener Liebhaber sind und die Schweizer alles organisieren. Die Hölle ist, wo die Briten Köche sind, die Franzosen Automechaniker, die Deutschen Polizisten, die Schweizer Liebhaber sind – und die Italiener alles organisieren.“

Ja, über Europa wird viel gelacht. Die Auswüchse des Bürokratismus geben weiteren – unfreiwilligen – Anlass. Zum Beispiel die DIN EN 13451-10: „In Europa sollten Sprunganlagen im Freien nach Norden gerichtet sein.“ Europa will die Springer vor der Blendung durch die Sonne schützen. Oder die (inzwischen abgeschaffte) Verordnung EWG Nr. 1677/88, die den Krümmungsgrad von „Extra-Gurken“ festlegte. Berühmt auch die 52 Seiten lange EU-Schnullerkettenverordnung.

Auch politische Karikaturisten finden reichhaltige Inspirationen beim Thema Europa. Zwei des Wiesbadener Karikaturisten Gerhard Mester haben wir ausgewählt – und eine seines chinesischen Kollegen Luo Jie aus der China Daily (re. oben).







Die große Mehrheit der Malteserinnen und Malteser sieht Europa durchaus positiv. Malta hat viel von der EU profitiert, besonders im Bereich der Infrastrukturmodernisierung. Die Wirtschaft wächst und der Tourismus ist auf Rekordniveau. Die Arbeitslosigkeit ist mit 6,5 Prozent die zweitniedrigste in der EU. Es ist klar, dass das ohne die EU nicht möglich wäre. Die Stimmung in Bezug auf Europa ist positiv.

Wir haben viele gute Kontakte zu verschiedenen Gemeinden in Deutschland und anderen Auslandsgemeinden der EKD, besonders mit unserer Nachbargemeinde in Sizilien. Wir sind aktiv in der Ökumene hier in Malta und eng verbunden mit der deutschsprachigen katholischen Gemeinde, außerdem assoziiert mit der St. Andrews Scots Church, die die Gründung der Andreasgemeinde 1991 erheblich unterstützt hat.

Auch im Bereich der Flüchtlingshilfe sind wir aktiv und kooperieren mit verschiedenen NGOs wie der Jesuiten-Flüchtlingshilfe, Microfinance, MOAS und Sea Watch. Die EU-Abschottungspolitik sehen wir kritisch, die diese verzweifelten Leute zwingt, über lebensgefährliche Meeresrouten zu flüchten. Die EU-Politik der offenen Grenzen und Wirtschaft hat dazu beigetragen, dass unsere Gemeindemitgliedschaft stabil geblieben ist.



Noel Jean Cauchi

Vorsitzender des Kirchenvorstandes
der Andreas-Gemeinde Malta, Mosta
www.andreas-gemeinde-malta.de

Eine unbescheidene Vision für Europa

von Anne Gidion und Matthias Rogg

Visionen hat man am besten gemeinsam.

Unsere folgenden Gedanken kommen aus der Mitte des Vorbereitungsausschusses für das Synodenthema „Europa“. Autorin und Autor bündeln und spitzen zu, was dort zwischen Physikstudentin und Historiker, Menschenrechtsberater und Slavist, Theologin und Politikstudentin entstanden ist.

Gemeinsam gewachsen also, aber dennoch kräftig, denn: Eine Vision hat es an sich, unbescheiden zu sein. Sie gibt sich nicht zufrieden mit dem, was ist. Sie träumt, aber verträumt ist sie nicht. Ihr Modus ist die Hoffnung. Ihr Ton ist die Apokalypse, die den Schleier wegzieht von dem, was ist. Sie enthüllt, statt zu drohen.

In diesem Sinn also: EINE Vision für Europa. Aus dem Blickwinkel von evangelischen Christinnen und Christen aus Deutschland im Jahr 2016 ist sie also zeit-, orts- und perspektivenbedingt. Und doch ist die Vision gedacht von Menschen, die reisen und lesen und die Augen aufmachen und fremde Sprachen sprechen und immer wieder in anderen Ländern und Kontinenten leben und arbeiten und das gerne tun und manchmal leiden an ihrem Land und ihrer Kirche und sie in all dem auch lieben und ihr ihre Zeit und ihre Nerven und ihre Identifikation schenken, immer wieder neu und bis auf Weiteres.



*Menschenrechte,
Demokratie, Bildung,
Teilhabe, soziale
Gerechtigkeit – das geht
nur in einem
solidarischen Geist.*



Bild links: „Feier des Lichtes“ am letzten Abend der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu/Rumänien. Die rund 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahezu aller Konfessionen diskutierten über die Einheit der Kirchen, Europapolitik, Religionsfreiheit, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit.

Zu Beginn ein paar Fragen direkt an Sie: Gesetzt den Fall, Ihr Herz hinge an Europa – was wäre, wenn es gut ausginge? Also, wenn Europa gut ausginge? Und damit verbunden: Welchen Blick braucht es, dass es gut ausgeht? Welche Geschichte erzählen wir von Europa? Brauchen wir jenseits gültiger Verträge vor allem ein neues europäisches Narrativ?

Und dann gibt es die Wünsche – und die Forderung: Glaubwürdig soll Europa sein, glaubwürdig und gerecht. Das kann nicht eine Handvoll Staaten allein durchsetzen. Alle europäischen Länder, in Ost und West, Nord und Süd, müssen dafür erkennen: Menschenrechte, Demokratie, Bildung, Teilhabe, soziale Gerechtigkeit – das geht nur gemeinsam. Das geht nur in einem solidarischen Geist. Das kann nur funktionieren, wenn nationale Eigeninteressen immer wieder zurückstehen. Die Mitgliedsländer sind verschieden in ihren Temperaturen und ihren Lebensstandards, in ihrer Geschichte und ihrer Nachbarschaft. Teils begegnen wir den Unterschieden auch innerhalb der Länder selbst, denn auch dort gibt es nicht die eine Weise zu sein, nicht die eine Form zu arbeiten und gesellschaftlich mitzuwirken. Deshalb natürlich: Vieles muss vor Ort entschieden werden.

Aber das ist nicht der Stoff, aus dem Visionen sind. Das ist die Schmiere, damit es funktioniert.

Eine Vision ist groß, sie denkt und fühlt groß. Denn sie sieht, was noch unsichtbar ist für viele: gutes Leben für alle. Und: globale Verantwortung, die den Blick von außen braucht. Die Vision hat eine Landkarte, die größer ist als Europa. Darauf ist das geographische Europa zu sehen, auch die Länder, die nicht in der EU sind. Darauf sind ganze Kontinente zu sehen, die ganze bewohnte Erde. Europa hat Verantwortung über die eigenen Grenzen hinaus, sieht die Vision. Europa will stark sein, für die eigenen Bürgerinnen und Bürger. Und für eine Welt mit Zukunft. Für eine Gerechtigkeit für alle. Für einen gerechten Frieden. Für Konfliktstrategien, die nicht nur löschend den Bränden und ihren Überresten hinterherlaufen. Die Vision sieht voraus, handelt präventiv, spielt Szenarien durch und ist wach, wenn dann alles ganz anders kommt.

Europäischer Stationenweg



Eisenach 05.05.2017

Eisenach liegt im Westen Thüringens und ist eine der Lutherstädte. Bekannt ist die Wartburg oberhalb der Stadt, die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Dort übersetzte Martin Luther das Neue Testament vom Griechischen ins Deutsche.

Marburg 07.05.2017

Philipp der Großmütige gründete 1527 die erste protestantische Universität, die die Stadt bis heute prägt. 1529 fand dort auf seine Einladung das Marburger Religionsgespräch statt, um den Abendmahlsstreit zwischen Luther und Zwingli beizulegen.

Herborn 09.05.2017

In der Stadt mit den bekannten Fachwerkbauten wurde 1584 von Graf Johann VI. die Academia Nassauensis, die Hohe Schule Herborn, gegründet. Diese Hochschule war durch ihren Gründungsvater, den Theologen Caspar Olevian, von Beginn an reformiert.

Kerkwitz 11.05.2017

Kerkwitz ist ein Dorf in der Niederlausitz. Der Ort soll nach den Plänen für den Braunkohleabbau ab 2020 umgesiedelt werden. 1952 wurde dort mit Unterstützung des Gustav-Adolf-Werkes eine Kirche gebaut.

Wroclaw 13.05.2017

Schon 1523 wurde in Wroclaw (Breslau) die erste evangelische Predigt von dem lutherischen Theologen Johann Heß in der Maria-Magdalenen-Kirche gehalten, die den Impuls zur Reformation gab. Seitdem ist die Stadt zum Protestantismus übergetreten.

Zwickau 16.05.2017

Von Oktober 1520 bis April 1521 predigte Thomas Müntzer in Zwickau und schloss sich den „Zwickauer Propheten“ an, die von Luther später als „Schwärmer“ bekämpft wurden. Ende April 1522 kam Martin Luther auf Bitten des Rates nach Zwickau und hielt vier große Predigten.

Die Vision sieht ein kluges und ein starkes Europa, eines, das auch verzichten kann. Starke Wirtschaft ja, zugleich aber Teilhabe für alle – das braucht Balancevermögen, das braucht den Blick, der sieht, wo mein Vorteil für jemand anderen zum Nachteil wird.

Die Vision von Europa hat eine große Landkarte und die Grenzen sind offen. Die Menschen sind es auch. Sie gehen auf andere zu, egal aus welchen Ländern sie kommen. Sie fühlt sich als Europäerin, weniger als Französin oder Kroatin. So ist es für viele junge Menschen schon heute. Die Vision sieht begeisterte Menschen, junge und alte, begeistert für Europa, begeistert für ein friedliches und gutes Leben für alle, begeistert für ein Leben, das teilt und genug hat und nicht neidisch sein muss auf die Verhältnisse jenseits des eigenen Gartenzauns.

Die Vision ist sich zugleich der Geschichte bewusst: Europa ist seit seiner Gründung eine Geschichte von Frieden und Versöhnung. Junge Freiwillige arbeiten in Haifa und Minsk, Oslo und Paris. Nagelkreuze verbinden Coventry und Potsdam, Stralsund und Lübeck. In Europa glauben Menschen katholisch, evangelisch, freikirchlich, islamisch und jüdisch oder gar nichts oder von allem etwas und das mag Einzelne befremden, aber es darf so sein. All das hat es erreicht, dieses Europa, all diese Freiheiten von und zu. Und die Vision ist stolz darauf und warnt zugleich: Gebt das nicht auf, lasst es nicht kaputt gehen, ruht Euch nicht darauf aus, schottet Euch nicht ab, sondern tragt sie weiter, diese Friedenslichter und Versöhnungskreuze, erzählt davon und kämpft dafür, auch über Eure Grenzen hinweg.

Und die Vision ist realistisch. Sie weiß: Europa muss sich rechnen. Deutschland lässt es sich etwas kosten, kraftvoller Teil von Europa zu sein. Andere auch. Die Vision ruft nach einer Balance – investieren fürs Eigene, streiten auch fürs Fremde. Beispiel zu sein und andere aufzurufen: Macht mit, schert nicht aus, rettet Eure Rohstoffe, schont Euer Klima, spart Eure Energie – für Euch selbst und für alle darum herum.



Die Vision hakt sich bei den Kirchen unter und bei denen, die glauben. Braucht Ihr wirklich eine neue Erzählung? Habt Ihr nicht längst ein Narrativ, das trägt?

Ihr seid doch schon Geschwister über Grenzen hinweg, sagt sie allen, die glauben. Ihr wisst doch schon, dass Glaube wandert und nicht bleibt und doch Häuser baut und immer weiterzieht. Ihr betet doch schon für die eine Welt. Ihr feiert das Fest der vielen Sprachen, ihr bekennt den einen Gott, der wurde und ist wie Menschen sind, und Ihr lebt den Geist, der verbindet und bezogen ist. Ihr wisst doch schon, ruft die Vision, dass gute Taten zu Euch zurückkehren. Dass Zäune eingerissen gehören, nach innen und nach außen. Dass Gott angerufen wird Tag und Nacht und dass der Nächste Teil ist von mir und von Dir. Dass der Fremde nicht am Straßenrand liegen bleiben darf. Das wisst Ihr und davon erzählt Ihr lange vor Europa. Gebt Eures dazu. erinnert Euch und schaut zugleich nach vorne. Dann pulst das Herz von Europa wieder, dann weitet sich die Seele, dann schenkt der Blick in die Zukunft Gegenwart.

Dann, sagt die Vision, werdet Ihr leben.



★ Europäischer Stationenweg



Bernburg 18.05.2017

In der Mitte Sachsen-Anhalts liegt Bernburg in der Magdeburger Börde. Die Stadt war Residenz der Linie Anhalt-Bernburg, in deren Fürstentum als drittem Staat weltweit 1526 die Reformation eingeführt wurde, nach Kursachsen und Anhalt-Köthen.

Wittenberg 20.05.2017

Die heutige Lutherstadt, in der Martin Luther predigte und lehrte, Philipp Melancthon lehrte und Justus Jonas Propst war, erinnert mit Schloss- und Stadtkirche, Luther- und Melancthonhaus an die Zeit der Reformation.

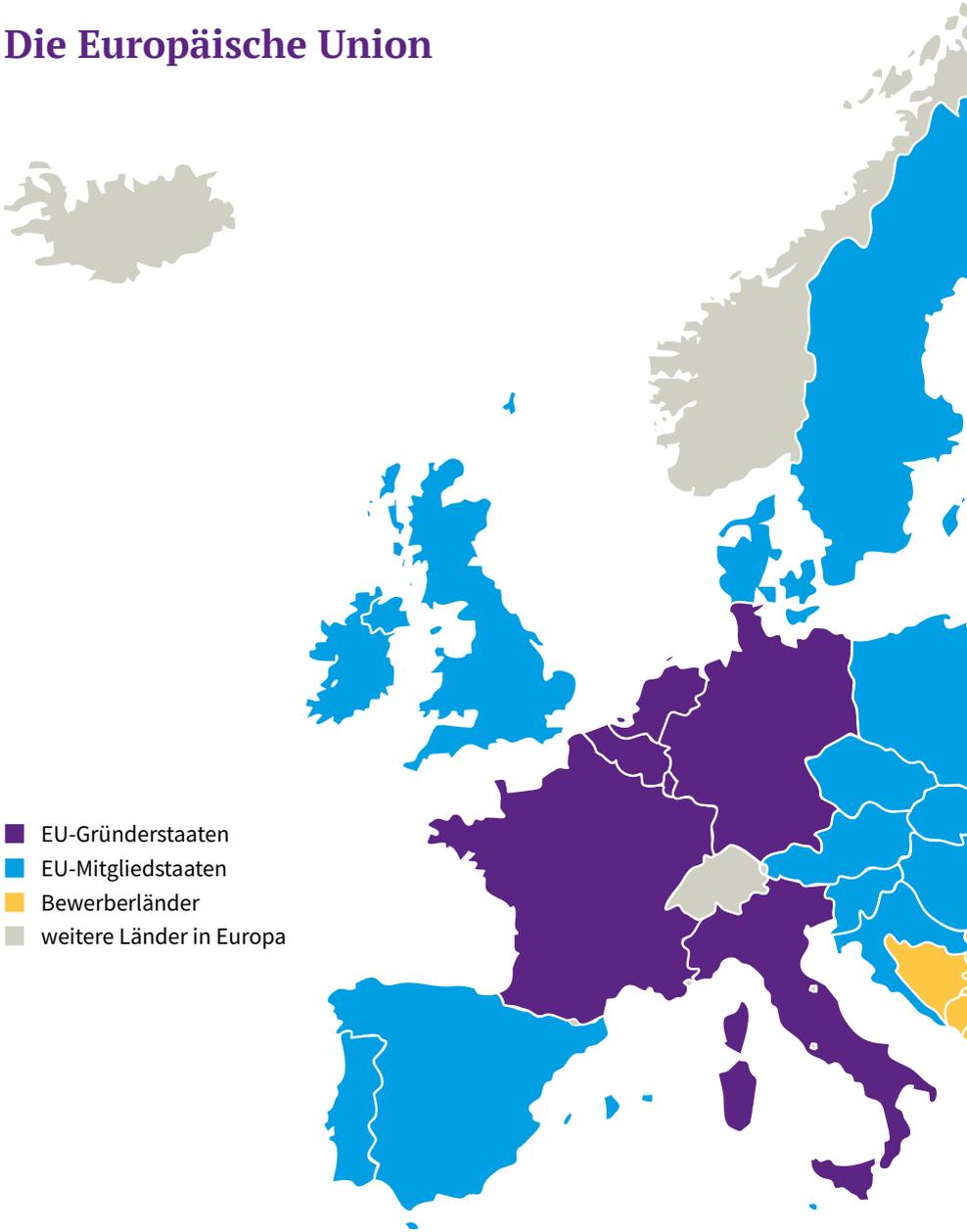
Die Europäische Union

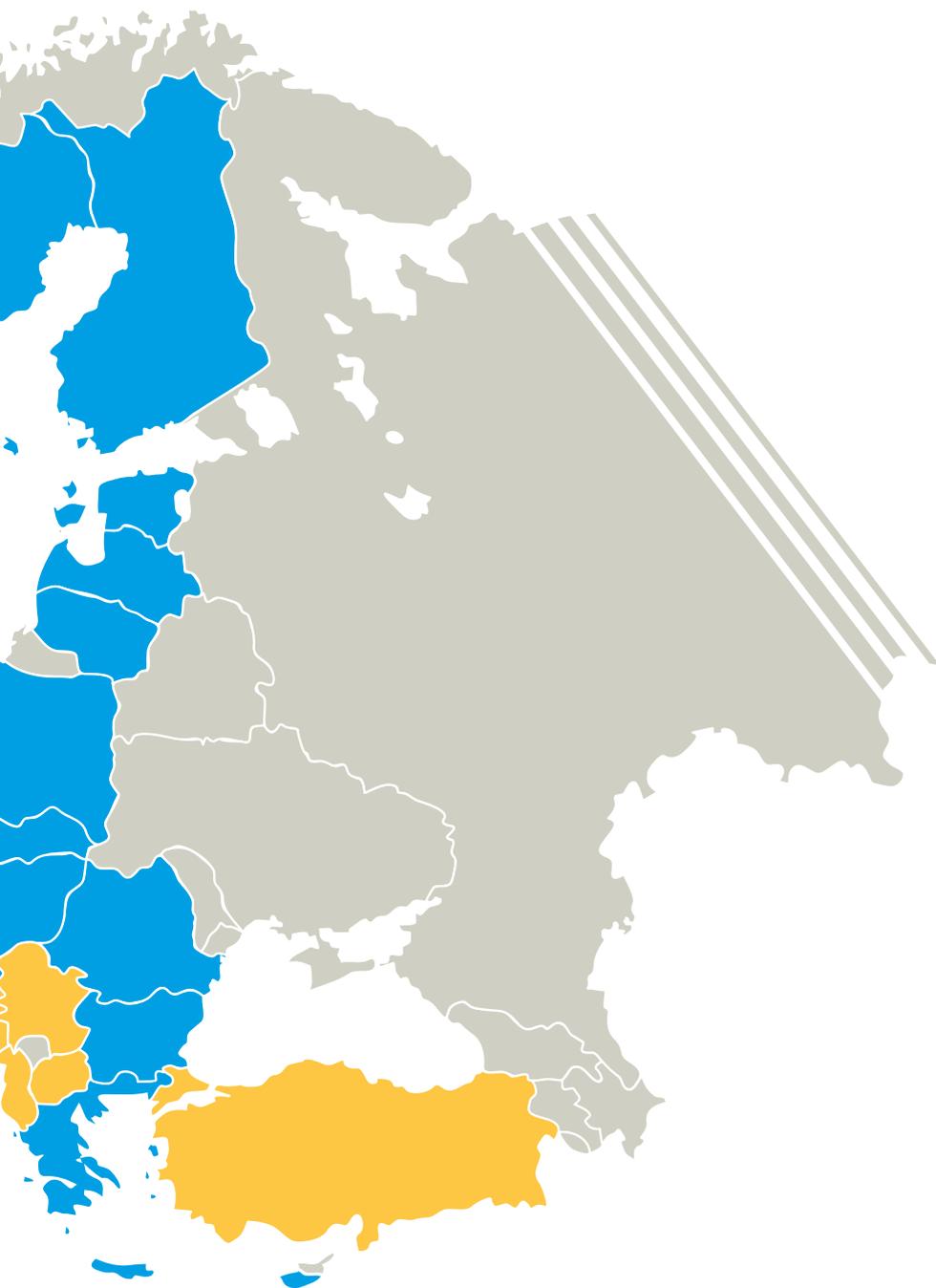
Ein Überblick

- A Die Europäische Union (Karte)
- B Europa: Definition
- C Die Entwicklung der EU
- D Die Organe der EU
- E Die Rechtsquellen der EU
- F Wesentliche Gebote und Prinzipien der EU
- G Der Binnenmarkt
- H Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- I Die Unionsbürgerschaft
- J Instrumente der Partizipation
- K Kirchliche Organisationen in Europa

A

Die Europäische Union





B

Europa: Definition

Mit dem Begriff „Europa“ wird im allgemeinen Sprachgebrauch Verschiedenes assoziiert:

- der geographische **Erdteil**, westlicher Teil der Eurasischen Landmasse, eigener Kontinent mit eigener historischer, kultureller, politischer, wirtschaftlicher, religiöser, rechtlicher und geistiger Prägung
- der **Staatenverbund der Europäischen Union**, bestehend aus 28 Mitgliedsstaaten
- der **Europarat**, eine europäische internationale Organisation, die sich für allgemeine europäischen Anliegen, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Soziales, Wirtschaft und die Zusammenarbeit der 47 Mitgliedsländer einsetzt (≠ Europäische Union)

Die **Europäische Menschenrechtskonvention** (EMRK) ist eine Sammlung von Grundrechten und Menschenrechten **des Europarats**. Verbindlich ist sie für Mitglieder des Europarats und damit auch für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, da sie alle dem Europarat angehören und damit die EMRK ratifiziert haben. Die EU selbst ist (noch) nicht Mitglied. Über die Einhaltung der EMRK wacht der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte** (EGMR).

C

Die Entwicklung der Europäischen Union

- 1950 Schuman-Erklärung: Grundzüge für die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion von D, F, I, B, NL und Lux
- 1951, 1957 Verträge über Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Europäische Wirtschaftsgemeinde (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft.
- 1967 Verträge über Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), Europäische Wirtschaftsgemeinde (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM); Fusionsvertrag zur Europäischen Gemeinschaft (EG)
- 1973 Erste Norderweiterung: GB, DK und IRL
- 1979 Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament
- 1981 Erste Süderweiterung: GR
- 1985 Unterzeichnung des Schengener Abkommens (Inkrafttreten 1995)
- 1986 Zweite Süderweiterung: E und P
- 1986 Einheitliche Europäische Akte (erster besonderer Reformvertrag, Grundlage für weitere Verträge), u. a. mit Weiterentwicklung der Befugnisse der Organe der EWG und mit Schaffung des europäischen Binnenmarkts
- 1992 Vertrag von Maastricht: Aus der EWG wird „die EU“ (EU aus drei Säulen: EG, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit (PJZS)), Einführung der Unionsbürgerschaft
- 1995 Zweite Norderweiterung: FIN, S, A
- 1997 Vertrag von Amsterdam: Verbesserung der Bürgerrechte und Verbesserung der Funktionsweise der EU-Organe
- 2001 Vertrag von Nizza: Klärung der Arbeitsweise und Besetzung der EU-Organe
- 2002 Einführung des Euro
- 2002 Verhandlungen im Europäischen Verfassungskonvent
- 2004 Erweiterung um: EST, LV, LT, M, PL, SK, SLO, CZ, H, CY
- 2005 Gescheiterte Referenden zum EU-Verfassungsvertrag
- 2007 Beitritt von RO, BG
- 2009 Vertrag von Lissabon: Stärkung der Bürgerrechte, Stärkung des Europäischen Parlaments und Schaffung des Postens des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- 2013 Beitritt von HRV

D

Die Organe der Europäischen Union



Europäische Kommission:

- Zentrales Exekutivorgan
- Motor der Integration, Hüterin des Unionsrecht
- Initiative für Rechtssetzung



Institutionelles Dreieck



Europäisches Parlament:

- Vertretung der „Unionsbürger“
- Rechtsetzungsorgan und Kontrolle der Kommission



Rat der EU (Rat):

- „Vertretung der Mitgliedsstaaten“ durch die nationalen Minister
- Unterschiedliche Formationen, je nach Thematik
- Rechtssetzungsorgan
- Wesentliches Entscheidungsorgan, politische Leitung

Europäischer Rat:

- Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten
- Impulse
- Politische Ziele und Prioritäten

Weitere Organe der EU:

- EZB: Europäische Zentralbank
- EuGH: Gerichtshof der Europäischen Union
- Rechnungshof

E

Die Rechtsquellen der Europäischen Union

- Primärrecht:
 - Vertrag über die Europäische Union (EUV)
 - Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
 - Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GrCh):
Kodifizierung von Grund- und Menschenrechte der EU
- Sekundärrecht: Verordnungen, Richtlinien, etc.

F

Wesentliche Gebote und Prinzipien der EU

- Achtung der nationalen **Identität der Mitgliedsstaaten** und Schutz der grundlegenden Staatsfunktion, Art. 4 EUV:
Die nationalen Identitäten der Mitgliedsstaaten müssen von der EU geachtet werden, also das Selbstverständnis der Mitgliedsstaaten, wie es sich in seiner politischen, sozialen und kulturellen Besonderheit entwickelt hat. Weiter sind die Wahrung der territorialen Unversehrtheit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Schutz der nationalen Sicherheit besonders geschützt.
- Grundsatz der **Solidarität**, Art. 4 EUV u. a.:
Für die Beziehungen der Mitgliedsstaaten untereinander gilt eine Pflicht zur Solidarität, also zur Unterstützung und zu ausgleichendem Beistand, insbesondere bei unterschiedlichem sozioökonomischem Entwicklungsstand sowie in Krisen und Notsituationen (vgl. Art. 222 AEUV). Es gilt als allgemeines EU-Verfassungsprinzip. In der sog. Flüchtlingskrise kann man insoweit jedoch von einer extremen Diskrepanz in der unterschiedlichen Auffassung dieses Grundsatzes sprechen.
- Grundsatz der **begrenzten Einzelermächtigung**, Art. 5 EUV:
Die EU darf nur die ihr übertragenen Aufgaben und Befugnisse wahrnehmen und nicht in die den Mitgliedsstaaten verbleibenden Zuständigkeiten eingreifen.
- **Subsidiarität**, Art. 5 EUV:
Nach dem allgemeinen Subsidiaritätsgedanken, dieser befasst sich mit der Legitimation öffentlicher Daseinsvorsorge, gibt das Prinzip der Selbstverantwortung dem Individuum, soweit es die gestellte Aufgabe erfüllen kann, Vorrang vor der ihm übergeordneten Einheit. Dieses Prinzip findet dort Anwendung, wo die EU keine ausschließliche Kompetenz innehat.
- **Verhältnismäßigkeit**, Art. 5 EUV:
Maßnahmen der EU dürfen nicht über das für die Aufgabenerfüllung Erforderliche hinausgehen. Dies gilt sowohl für die Bindungswirkung als auch für die Regeldichte.

■ Grundsatz der **Loyalen Zusammenarbeit**, Art. 4 EUV:

Die allgemeinen Regeln der loyalen Zusammenarbeit beschreiben, dass den Mitgliedsstaaten und der Union bei der Erfüllung der vertraglichen Aufgaben gegenseitige Pflichten zur Zusammenarbeit und Unterstützung obliegen. So haben die Union die elementaren Interessen der Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen und die Mitgliedsstaaten ihre Pflichten einzuhalten und die Maßnahmen zu ergreifen, die von ihnen gefordert sind. Umfasst ist ebenfalls, die Union generell zu unterstützen und jegliche Gefährdung der Zielverwirklichung der EU-Verträge zu unterlassen.

G

Der Binnenmarkt

Der **Europäische Binnenmarkt** fördert die Wirtschaft in der Europäischen Union. Ziel ist es, den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten auszubauen, Ex- und Importe in der EU zu stärken und die Wirtschaftsleistung in der EU zu steigern. Grundlage für den Binnenmarkt stellen dabei die **Grundfreiheiten der Europäischen Union** dar:

- Warenverkehrsfreiheit, Art. 28 ff. AEUV
- Personenverkehrsfreiheiten, Art. 45 ff. AEUV
- (Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit)
- Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 ff. AEUV
- Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit, Art. 63 ff. AEUV

Neben den wirtschaftlich bedeutenden Grundfreiheiten besteht für Unionsbürger das:

- **Allgemeine Freizügigkeitsrecht**, Art. 21 AEUV („Grundfreiheit ohne Markt“)

H

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

„Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem – in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität – der freie Personenverkehr gewährleistet ist.“

Art. 3 II EUV (Ziele der Union)

- Keine Personenkontrolle an den Binnengrenzen, Art. 67 II AEUV
- Gemeinsame Politik in den Bereichen Asyl, Einwanderung und Kontrolle an den Außengrenzen, Art. 77 ff. AEUV
- Polizeiliche Zusammenarbeit zur Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung insbesondere im Hinblick auf die offenen Binnengrenzen, Art. 67 III, 87 ff. AEUV
- Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Art. 67 III, 82 ff. AEUV

- **„Strategische Leitlinien zur Justiz- und Innenpolitik“**, Juni 2014 für fünf Jahre: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts als gemeinsamer Raum zum Schutz und zur Förderung der Grundrechte, für eine besser abgestimmte auswärtige und interne Politik der EU und zur einheitlichen Umsetzung und konsequenten Durchführung der oben genannten Ziele, insbesondere der **Asyl- und Migrationspolitik** (Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS))¹

- **Schengen-Raum** (weiter als das Gebiet der EU-Mitgliedsstaaten, in der EU aber durch EU-Recht umgesetzt):
 - Wesentlicher Pfeiler des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
 - Raum ohne Polizei- und Zollkontrollen im Binnenraum (ggf. mit Einschränkungen für einen begrenzten Zeitraum), verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen, Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden, Schengener Informationssystem, gemeinsame Visumpolitik gegenüber Drittstaaten

¹ http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/docs/ceas-fact-sheets/ceas_factsheet_de.pdf

I

Die Unionsbürgerschaft

- Einführung 1992/1993 mit dem Vertrag von Maastricht zur „Stärkung der Rechte und Interessen der Angehörigen der Mitgliedsstaaten“
- Akzessorisch zur Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats: *„Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats besitzt.“* (Art. 9 EUV, Art. 19 AEUV)
- *„Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzu, ersetzt sie aber nicht.“* (Art. 9 EUV, Art. 20 AEUV), keine „europäische Staatsbürgerschaft“
- Staatsangehörigkeitsrecht bleibt genuine Zuständigkeit der Mitgliedstaaten
- Stärkere Einbeziehung der Bürger in den Integrationsprozess: „Europa der Bürger“ durch Bürgerrechte und -pflichten auf EU-Ebene
- **Diskriminierungsverbot**, Art. 18 AEUV als „Leitmotiv“ und Auslegungsgrundsatz der EU-Verträge: (offene und versteckte) Diskriminierungen aufgrund der Staatsangehörigkeit sind verboten. Art. 18 I AEUV ist unmittelbar wirksam, der Einzelne kann Rechte geltend machen. Eine Rechtfertigung für das Vorliegen von Diskriminierungen kann ggf. vorliegen, z. B. bei öffentlichen Interessen.

J

Instrumente der Partizipation

- **Europäische Bürgerinitiative und Dialog mit der Zivilgesellschaft, Art. 11 EUV:** Ausgestaltung des Rechts auf Teilnahme am politischen Leben einer partizipativen Demokratie; die EU-Organen ermöglichen eine politische Diskussion der Bürger untereinander und unmittelbar mit der EU. Sie hält Kontakt mit Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft, ihnen wird die Möglichkeit gegeben, ihre Ansichten in den politischen Prozess einzuspeisen. Formen der Teilnahme stellen die Betroffenenanhörung, das Petitionsrecht, die Befassung des Bürgerbeauftragten sowie die getroffene Sprachenregelung für die Kommunikation zwischen EU und Bürger dar. In Art. 11 IV EUV ist insbesondere die Möglichkeit der Bürgerinitiative zu finden, konkret also, die Kommission aufzufordern, einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorzulegen, der in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt.
- **Dialog mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Art. 17 AEUV)**
Speziell neben dem Dialog mit der Zivilgesellschaft ist der Dialog mit den Kirchen geregelt. Während Art. 17 I AEUV die kollektive Religionsfreiheit, also die rechtliche Organisationsform, anspricht, sie in ihrer mitgliedsstaatlichen Vielfalt anerkennt und ihnen zumindest eine grundrechtsgleiche Rechtsposition einräumt, ist in Art. 17 III AEUV der strukturierte Dialog erwähnt, der offen, transparent und regelmäßig sein soll. Ziel ist es, die Ansichten der Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften frühzeitig in das Handeln der EU einzubinden.



Zusammenstellung A-J:

Jonas Straßer

Jonas Straßer ist Student und Mitglied des Präsidiums der 12. Synode der EKD.

K

Kirchliche Organisationen in Europa

CCME (Kommission der Kirchen für Migranten in Europa): CCME, 1964 gegründet, ist eine ökumenische Organisation von Kirchen, ökumenischen Konzilen und kirchlichen Organisationen mit derzeit 28 Mitgliedern aus 18 europäischen Ländern sowie zwei assoziierten Organisationen. Die EKD ist Mitglied bei CCME. Die Organisation arbeitet auf europäischer Ebene in den Bereichen Migration und Integration, Flüchtlinge und Asyl sowie Rassismus und Xenophobie und ist assoziiertes Mitglied von KEK.

COMECE (Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union): Die COMECE besteht aus delegierten Bischöfen der katholischen Bischofskonferenzen aller 28 EU-Mitgliedstaaten. Das Sekretariat sitzt in Brüssel. Die Mission der COMECE besteht darin, den politischen Prozess der EU auf den Gebieten, die für die katholische Kirche von Interesse sind, zu beobachten und zu analysieren. Dies umfasst u. a. die Themen: Asyl und Migration, Forschung, Gesundheit und Bioethik, Soziales und Wirtschaft, Religionsfreiheit, interreligiöser Dialog und Außenpolitik.

EKMOE (Evangelische Kommission für Mittel- und Osteuropa): Die EKMOE koordiniert die engen partnerschaftlichen Beziehungen, die sich zwischen der EKD und den Landeskirchen auf der einen und den evangelischen und orthodoxen Gemeinden und Kirchen in Mittel- und Osteuropa auf der anderen Seite herausgebildet haben. Zu ihren Aufgaben gehören u. a. die Entwicklung gemeinsamer Konzepte und Strategien zur Orientierung von Kontakten und Partnerbeziehungen und die Beratung der EKD und der anderen Mitglieder in allen Mittel- und Osteuropa betreffenden Fragen.

GEKE (Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa): Die GEKE ist der Verbund der evangelischen Kirchen in Europa, der aus 94 lutherischen, methodistischen, reformierten und unierten Kirchen aus über 30 Ländern Europas und Südamerikas besteht. Die Leuenberger Konkordie vom 1973 ist das Gründungsdokument der GEKE, die bis 2003 den Namen „Leuenberger Kirchengemeinschaft“ führte. Die GEKE dient der Auseinandersetzung mit den theologischen Grundlagen kirchlicher Gemeinschaft und den zentralen Problemen der kirchlichen Gegenwart. Der Sitz ist in Wien. Mit dem EKD-Büro in Brüssel besteht eine enge Kooperation.

KEK (Konferenz Europäischer Kirchen): Die KEK ist eine Gemeinschaft von mehr als 114 orthodoxen, anglikanischen, protestantischen und alt-katholischen Kirchen in Europa sowie weiteren 40 assoziierten Organisationen. Sie wurde 1959 gegründet und unterhält Büros in Brüssel und Straßburg. Die KEK setzt sich auf europäischer Ebene für Themen von gemeinsamem Interesse für die Kirchen ein, u. a. in den Bereichen Bioethik, Frieden, Wirtschaft und Soziales, Klimawandel, Menschenrechte, Religionsfreiheit und dem interreligiösen Dialog. Die EKD ist Mitglied der KEK.

Meissen Kommission: Die gemeinsame Meissen Kommission der EKD und der Church of England wurde auf der Basis der Meissener Erklärung von 1991 ins Leben gerufen. In dieser ökumenischen Erklärung ist als Ziel „volle, sichtbare Kirchengemeinschaft“ vereinbart. Die Meissener Erklärung ist zugleich die theologische Grundlage für die Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft beider Kirchen. Die Meissen Kommission initiiert und betreut intensive Beziehungen und persönliche Begegnungen zwischen Gemeinden, Kirchenkreisen und Landeskirchen bzw. Diözesen. Die Meissen Kommission betreut die gemeinsame theologische Arbeit beider Kirchen, die in den letzten Jahrzehnten bereits eine Vielzahl von Publikationen zu grundsätzlichen und aktuellen theologischen Themen hervorgebracht hat, gerade erschienen ist: „Reformation Then and Now“.

„So wirst du leben.“ (Lk 10,28)

Europa in Solidarität – Evangelische Impulse

Impressum

Lesebuch zur 3. verbundenen Tagung der 12. Synode der EKD/
3. bis 9. November 2016 in Magdeburg

Herausgeber:

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
im Auftrag des Präsidiums der 12. Synode der EKD
Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover
www.ekd.de

Projektteam im Kirchenamt:

Dr. Horst Gorski, OKR Dr. Detlef Görrig, Dr. Katharina Ratschko

Redaktion: Uwe Birnstein/BirnsteinsBüro

Grafik und Gestaltung: Timm Schroeder/Büro Schroeder

Druck: Druckhaus Pinkvoss

 www.ekd.de/synode2016/schwerpunktthema/index.html

Bildnachweise:

1 pyty, AdobeStock, 3 Schwaetzer: Andreas Schoelzel/EKD, 8 Grafik: Daniel Leyva/r2017, 9 Schiffner/photocase.de, 12 Gustavo Alàbiso/epd, 15 epd/Neetz (2), 16 lasse-designen/Adobe Stock, 18 Rolf Zoellner/epd, 21 Helge Neuschwander-Lutz, 22/23 art-jazz/Adobe Stock, 27 real-enrico/photocase.de, 32 Thomas Lohnes/epd, 34 epd/Neetz, 35 privat, 36 antifalten/photocase.de, 37 EC-Audiovisual Service/Karel van Millegheem, 39 EC-Audiovisual Service/Christian Lambiotte, 40 epd/Neetz, 41 Olaf Kosinsky/Skillshare.eu/CC BY-SA 3.0 DE, 42 Paolo Galosi/epd, 45 Friedrich Stark/epd, 49 privat, 50-51 EC - Audiovisual Service/Jean-Michel Clajot, 53 PR, 54 Gustavo Alàbiso/epd-bild, 56 EKD/Kiene, 59 Weber, 60 Rolf Zöllner/epd-bild, 63 Hanno Gutmann/epd-bild, 66 epd/Neetz, 68 Grill/MfE, 73 EKvW, 75 privat, 76 Dieter Sell/epd, 77-80 privat, 82-83 www.excorporalux.de, 85 Thomas Lohnes, 86 Islamrat, 88 Erzbischöfliches Ordinariat München, 89 Friedrich Stark/epd, 91 Wolfgang de Vries, 93, 99 Horst Wagner/epd, 100 Rolf Zoellner/epd, 106 Julia Baumgart/EKD, 107 privat, 112 Erich Mehr/epd, 118 Uschmann, 119 privat, 122-123 Andrea Tanase/Joker/epd-bild, 125 Birnstein, 129 Christian Ditsch/epd-bild, 133 privat, 136 GEKE/Evelyn Martin, 139 Sergej Lepke/ekir.de, 146 Gerhard Mester, 147 o.: Luidoja, u.: Gerhard Mester, 148 privat, 150 epd/Neetz, 166 epd/Neetz

Mitglieder des Vorbereitungsausschusses

Pfarrer Klaus Breyer, Schwerte
Dr. Holger Gemba, Bochum
Pastorin Anne Gidion, Hamburg (stellv. Vorsitz)
Johannes Grün, Mücke-Ruppertenrod
Jutta Henrich, Laupheim
Dr. Gabriele Hoerschelmann, Neuendettelsau
Prof. Dr. Paul Nolte, Berlin
OKRin Marianne Wagner, Landau
Elisabeth Schwarz, Dresden
Jonas Straßer, Langweid am Lech
Bischof Prof. Dr. Michael Bünker, Wien
OLKR Rainer Kiefer, Hannover
Prof. Dr. Alexander-Kenneth Nagel, Göttingen
Doris Peschke, Brüssel
Prof. Dr. Matthias Rogg, Oberst, Dresden (Vorsitz)
OKRin Barbara Rudolph, Düsseldorf
Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Weinrich, Paderborn

Ständiger Gast

OKRin Katrin Hatzinger, Brüssel

Weitere Mitarbeit

Dr. Katharina Ratschko, Hannover
Dr. Johannes Goldenstein, Hannover
Stephan Gerbig, Hannover

Geschäftsführung

VP Dr. Horst Gorski, Hannover
OKR Dr. Detlef Görrig, Hannover

www.ekd.de
